Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

18. Juli 1977
Jg. 5 Nr. 29

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Die indianischen Völker kämpfen um ihre Existenz gegen die US-Imperialisten

Die Ojibwa Gree, einer der größten Indianerstämme in Ontario (Kanada), haben eine Unabhängigkeitserklärung vorgelegt, in der sie die Unabhängigkeit, die Zurückgabe des geraubten Landes und Entschädigung für die Plünderung von Bodenschätzen und das verbotene Fischerei- und Jagdrecht fordern.

23 Indianerstämme in den USA führen Verhandlungen mit Mitgliedsstaaten der OPEC über Unterstützung bei der Förderung der Bodenschätze in den Reservaten. Die Feststellung, daß sich die größten Uranvorkommen des Landes und zwei Drittel aller Kohlevorkommen in den Reservaten befinden, hat die US-Imperialisten in der Vernichtung der Indianer und dem Raub ihres Landes erneut beflügelt. Eine amerikanische Physikerin hat enthüllt, daß 25 Prozent aller indianischen Frauen entweder unmittelbar nach der Geburt eines Kindes oder unter erpresserischen Drohungen in den amerikanischen Krankenhäusern zwangssterilisiert worden sind. (The Guardian, Juni 1977)

Nach einer Studie des Washingtoner Büros für Landnutzung von 1971 sollen bis 1986 die Kraftwerke in den Reservaten ein Siebtel des Weltelektrizitätsbedarfs der USA decken. In dem Gebiet der Navajo in Arizona rauben die US-Imperialisten die reichen Kohlevorkommen und sind jetzt dabei, eine 275 Kilometer lange Pipeline bauen zu lassen, um die Kohle in pulverisierter Form und vermischt mit Wasser bis nach Kalifornien zu transportieren. Dabei graben sie gleichzeitig das ganze Grundwasser ab. Die indianische Landwirtschaft und Viehzucht wird dadurch vernichtet.

„Thurau fährt der Industrie voran"

Internationale sportliche Wettkämpfe sind im Imperialismus Gegenstand des Chauvinismus. Einige Spitzensportler werden mit Millionen Mark hochgepäppelt und als Gallionsfigur aufgebaut. Seit der Radfahrer Dietrich Thurau aus Frankfurt in der Gesamtwertung der Tour de France führte, rückte ihn die westdeutsche Imperialistenpresse ganz nach vorn. „Die Radsport-Welt staunt über einen jungen Deutschen" – „Neuer Sieg! Frankreich jubelt über unseren Thurau" – „Alles schwärmt von Didi – sauber, sparsam, ehrlich" – Diese Tour wird zur Deutschland-Fahrt . . .! Gleichzeitig beginnt „Bild" eine Serie über Max Schmeling und propagiert die Methoden, mit denen die Nazis 1936 den Sport für ihre imperialistischen Kriegsvorbereitungen nutzten.

Zwar bedauert die „Frankfurter Allgemeine" am 5. Juli: „Didi Thurau sitzt allerdings auf einer englischen Maschine", doch die Hauptseite ist positiv: „Aber natürlich kämpft Thurau auch für die deutsche Fahrradindustrie . . ." Die chauvinistische Propaganda soll unmittelbar nutzen als Begleitmusik für westdeutschen Waren- und Kapitalexport. Seit 1945 haben die westdeutschen Imperialisten 1 700 Fabriken in Frankreich gekauft, doppelt soviel wie umgekehrt. Für diesen Expansionspfad sollen die westdeutschen Radfahrer die Fanfaren blasen.

Die Supermächte proben den Krieg um Europa – Ostseemanöver des Warschauer Paktes

Anfang Juli hat in der Ostsee eine große Übung der Seestreitkräfte des Warschauer Paktes stattgefunden. 200 Schiffe sowie 100 Flugzeuge und Hubschrauber der Sowjetunion, Polens und der DDR waren daran beteiligt. Höhepunkt war eine großangelegte amphibische Kampflandung auf der Insel Usedom, der eine Luftlandeoperation vorausgegangen sei. Beobachtet wurde der Einsatz einer neuen Klasse amphibischer Luftkissenfahrzeuge, die Panzer und Marineinfanterie anlanden können." (Tagesspiegel, 8.7.)

Der Oberbefehlshaber der NATO, Haig, hat kürzlich Manöver angekündigt, in denen die gemeinsame Nutzung der Waffensysteme durch die westlichen imperialistischen Staaten, der Kampf nach „übernationalen Führungsvorschriften" und die Heranführung von Reserven aus Amerika im Vordergrund stehen. „Dreißig ineinandergreifende Manöver sollen die militärische Bereitschaft der NATO auf bisher nicht gekannte Höhepunkte führen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.7.) „Haig eröffnet die Gegendemonstration mit einem Paukenschlag", jubeln die imperialistischen Schreiberlinge. Es handelt sich dabei offensichtlich um Kriegstrommeln.

Die beiden Supermächte gieren nach den hochentwickelten Produktivkräften Europas. Ihre Konkurrenz treibt sie zum Krieg. In den jetzigen Manövern werden die militärstrategischen Varianten geprobt.

Große Bewegung in der imperialistischen Weltpolitik

Carters neueste Rüstungsentscheidung / Schmidt in Kanada und bei Carter

Von Sommerpause ist bis jetzt in der imperialistischen Weltpolitik nichts zu spüren. Kaum hatte Präsident Carter die Entscheidung getroffen, die neuen Raketen „Cruise missile" in Serienauftrag zu geben, da kam schon die nächste Rüstungsentscheidung von strategischer Bedeutung: die Neutronenbombe soll gebaut werden. General Haig, der in Zukunft einen zweiten, deutschen Stellvertreter als Oberbefehlshaber der NATO erhalten soll, hat bereits gefordert, die NATO-Truppen in Europa mit der Neutronenbombe auszustatten.

Die Sowjetunion beklagt sich über eine neue Eskalation des Wettrüstens, das durch die US-Regierung vorangetrieben werde. Die Klage ist verständlich. Der Sozialimperialismus muß fürchten, daß durch die jüngsten US-Rüstungsentscheidungen sein Angriffspotential gegenüber Westeuropa im Spielraum eingeschränkt wird.

Über die Neutronenbombe schreibt der Kommentator der „Welt" unter der Fragestellung „Wie scharf ist das Neutronenschwert?":

„Bei der Einschätzung dieser einzigartigen Waffe muß ihr Defensiv- und ihr Offensiveinsatz erörtert werden. Gegenüber der starken Panzerwaffe der Sowjets (ergänzt durch Verbündete) scheint die Neutronenwaffe zum ersten Male eine realistische Raumverteidigung zu ermöglichen. Die geringe räumliche Tiefe Westeuropas, seine Verwundbarkeit aufgrund des hohen Zivilisationsstandes zwang uns in ein System totaler Abschreckung, die nur atomar geartet sein kann, aufgrund der absoluten Eskalationsgefahr aber im Schatten der Unglaubwürdigkeit liegt."

Der Vorteil der Neutronenbombe sei, daß sie mit tödlicher Sicherheit alles Leben durch Strahlen vernichte, Gebäude usw. aber praktisch unbeschädigt lasse. „In ein einfaches Bild gebracht: Das angreifende Ritterheer bleibt wie angewurzelt stehen, die Ritter sind tot, die Rüstungen unbeschädigt (oder geringfügig beschädigt). Hitze und Druck bleiben auf ein Minimum beschränkt."

Es ist klar, daß das Kapitalistenhirn in dieser Waffe die schönsten Hoffnungen erblickt, „die Vision vom leeren Land", in das man nur noch einmarschieren muß, um die Fabrikanlagen in Besitz zu nehmen. Arbeitslose gibt's genug, um die Fabrikanlagen wieder in Gang zu bringen. „Die Waffe eignet sich nicht nur zur Verteidigung, sondern ebenso für eine angreifende offensive Zielstrategie (gegen Städte)."

Kein Wunder, daß die Kapitalistenhirne ins Träumen kommen. Einzige Furcht: Die sozialimperialistischen Konkurrenten könnten gleichziehen: „Für die Raumverteidigung (also die Vornverteidigung) eignet sich die Neutronenwaffe nur als westliches Monopol. Ist dies gebrochen, gibt es strategisch betrachtet nichts anderes als eine besondere Atomwaffe mehr. Der gegenwärtige Zustand der ‚labile response' wäre auf technisch perfekter Stufe wieder hergestellt."

Während also die Entwicklung der Neutronenbombe und die Entscheidung Carters die westlichen Imperialisten zu ausgreifenden Träumen veranlaßt („Die Schönheit Dresdens wäre erhalten geblieben, seine Einwohner samt Flüchtlingsmassen hätten den Tod gefunden"), sollen die KSZE-Vorverhandlungen inzwischen zu einem „entscheidenden Durchbruch" gelangt sein. Die Fortsetzung der „Konferenz für Sicherheit und Entspannung in Europa" sei von der Tagesordnung her inzwischen gesichert. Die USA und die Sowjetunion, die auf dieser Konferenz ihre Rivalität um Europa auf der diplomatischen Bühne austragen, hätten sich stillschweigend geeinigt, kann man der Presse entnehmen.

Die westdeutschen Imperialisten sind in diesen bewegten Zeiten nicht untätig. Schmidt ist nach Kanada gereist und dann zu Carter. Wirtschaftsminister Friderichs ist nach Australien und Neuseeland aufgebrochen. Bei den Reisen nach Kanada, Australien und Neuseeland geht es vor allem um die Sicherung der Rohstoffbasis des westdeutschen Imperialismus und dabei in erster Linie um die Sicherung der Uranimporte. Das Energieprogramm der westdeutschen Imperialisten ist auf diese Uranbasis angewiesen.

Auf Wink des US-Imperialismus und im eigenen Interesse, höhere Preise zu erzielen, hat insbesondere Kanada in letzter Zeit mit einem Uranlieferstopp nach Europa gespielt. Die Reise Schmidts diente dazu, nach entsprechenden diplomatischen Vorbereitungen die Lieferungen formell wieder in Gang zu bringen. Gegenüber dem US-Konkurrenten war zusammen mit Frankreich erklärt worden, die BRD und Frankreich verzichteten vorläufig auf die Lieferung von Wiederaufbereitungsanlagen in Drittländer. Ein zweites Brasilien-Geschäft, das den US-Imperialisten nicht paßte, soll es zunächst nicht geben. So stellten die US-Imperialisten den kanadischen Uranlieferungen keine Hindernisse mehr in den Weg, und Schmidt konnte, wie die bürgerliche Presse befriedigt mitteilt, mit dem kanadischen Premier „Tacheles reden".

(Fortsetzung auf Seite 2)





Gewerkschaftsdelegationen vor Grunwick. Etwa 20 000 britische Gewerkschafter, Delegationen aus ganz England, kamen am vergangenen Montag, dem 12. Juli, nach London, um die Grunwick-Arbeiter beim Kampf für ihre Rechte zu unterstützen. Trotz aller Bemühungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und der Labour-Regierung, den „Sozialpakt" zur Verhinderung des Lohnkampfes und Durchsetzung der Senkung des Lohns in die „dritte Phase" nach diesem Monat zu verlängern, hat sich die klassenkämpferische britische Arbeiterbewegung in den großen Gewerkschaften der Metallarbeiter, der Bergleute und der Transportarbeiter jetzt durchgesetzt: Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung und die britische Regierung mußten die Verhandlungen zur Verlängerung des „Sozialpakts" für gescheitert erklären. Die Eisenbahnergewerkschaft hat am 15. Juli Lohnforderungen in Höhe von 63,5% beschlossen, die Automobilarbeiter um 20% und die Bergarbeiter schon vor zwei Wochen um 90%

Neuer Anlauf, das imperialistische Energieprogramm durchzusetzen

Das Finanzkapital ruft, die Bourgeoispolitiker eilen / Die Spaltung durch die Bourgeoisie muß bekämpft werden

Das westdeutsche Finanzkapital gerät zunehmend in Unruhe, weil es mit der Durchsetzung des Energieprogramms nicht so vorangeht, wie die Bourgeoisie es wünscht und braucht, um die imperialistischen Konkurrenten im Kampf um Marktanteile und Kapitalanlagen aus dem Felde zu schlagen.

Bundeswirtschaftsminister Friderichs erklärte letzte Woche im Fernsehen, gegenwärtig seien „durch Gerichtsentscheide oder schleppende Genehmigungsverfahren" Kraftwerke, mit einem Auftragswert von 10 Milliarden DM „blockiert". 18 000 Arbeiter sollen der Bourgeoisie dieses Kapital durch den Bau der Kraftwerke Wyhl, Brokdorf und Grohnde verwerten.

„Millionenfache Kosten entstehen, wenn ein neues Kernkraftwerk nicht in Betrieb genommen werden kann", wie z.B. in Esensham an der Unterweser oder in Grohnde wegen Gerichtsverfahren. Die niedersächsische Landesregierung klagt: Die Verhinderung der Stromproduktion in dem betriebsbereiten Werk in Esensham bedeute für die Preußen-Elektra und die Nordwestdeutsche Kraftwerke allein monatliche Kosten von 48,4 Millionen DM. Der Vorsitzende der Hamburger Handelskammer Schlenker hat die Bürgerinitiativen whitand als „Projektverhinderungsgesellschaften" angegriffen: „Allein das in Hamburg und seinem Umland blockierte Bauvolumen . . . gibt Schlenker mit etwa 1,5 Milliarden Mark an." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Juli)

Die Kapitalisten haben bereits Milliardensummen investiert. Jetzt verlangen sie mit dieser Propaganda von ihrer Regierung, den Widerstand gegen das imperialistische Kernenergieprogramm zu brechen, um die Profite zu machen und Bedingungen ihrer Expansion zu schaffen, die sie sich von der Durchsetzung dieses Programms erhoffen.

Die Bourgeoispolitiker überstürzen sich

Vor einem Monat, am 15. Juni, in der „Energiedebatte" des Bundestages, hat die Bundesregierung aufgrund ihrer „Grundlinien und Eckwerte" vom März dieses Jahres erklärt, daß bis zum Jahre 1985 Kernkraftwerke mit einer Kapazität von 30 000 Megawatt gebaut sein sollen. Gegenwärtig sind Kernkraftwerke mit 6 400 Megawatt an der Energieerzeugung beteiligt, das sind 2,1% des Primärverbrauchs von Energie. Bis 1985 soll dieser Anteil nach dem Regierungsprogramm verseschfachen auf 13%. Jetzt im Bau befinden sich Kraftwerke mit 14 300 Megawatt.

Seitdem überstürzen sich die Bourgeoispolitiker, den Forderungen des Finanzkapitals nach Beschleunigung der Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms nachzukommen. Sie haben die Hoffnung, die gegen dieses abenteuerlichen und auf ihre Ausplünderung angelegte Programm kämpfenden Arbeiter und Bauern überrumpeln und die durch die Opportunisten gespaltene Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm schlagen zu können:

– Anfang des Monats genehmigte Maihofer den Bau des zweiten Anlageblocks der Kernkraftwerke Union in Philippsburg in der Nähe von Karlsruhe. Der baden-württembergische Wirtschaftsminister Eberle ordnete am 6. Juli den sofortigen Vollzug an.

– Die Anhörungen für den Bau des dritten Kraftwerks in Biblis wurden letzte Woche vom hessischen Wirtschaftsministerium beendet. Von den Bürgerinitiativen wurden sie als Farce entlarvt. Als „Sachverständigen" hatte das Ministerium von vorneherein gleich den Vertreter der den Bau betreibenden Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke-Kapitalisten angebracht.

– Am 7. Juli wurde die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig von Maihofer angewiesen, unverzüglich das Prüfungsverfahren für die Atommülldeponie in Gorleben / Niedersachsen einzuleiten und bis zum Herbst abzuschließen.

– Zum gleichen Zeitpunkt kündigte die Landesregierung von Baden-Württemberg Berufung gegen das Urteil des Freiburger Verwaltungsgerichts zum Baustopp für das Kernkraftwerk in Wyhl an.

– In Lüneburg hat das Oberverwaltungsgericht bis Monatsende von der Nordwestdeutschen Kraftwerke Union und von den Bürgerinitiativen Unterlagen angefordert über Mülldeponien und bereitet die Entscheidung über den Revisionsantrag der schleswig-holsteinischen Landesregierung gegen den Baustopp in Brokdorf vor.

– Am 15. Juli meldet die „Süddeutsche Zeitung", daß die „Reaktor-Sicherheitskommission" beim Bundesinnenministerium die Inbetriebnahme der seit fünf bzw. acht Monaten „betriebsbereiten" neuen Kernkraftwerke in Esensham an der Unterweser und in Ohn bei Landshut „empfiehlt".

– Gundremmingen, wo der gleiche Reaktor wie in Ohn nach wiederholten Unfällen und „Betriebsstörungen" seit Januar stillliegt, sei jetzt „mit Erfolg getestet" und wieder „betriebsbereit".

Stoltenberg, der mit der Durchsetzung des Energieprogramms die wirtschaftliche Existenz der Bauern zerstört und mit dem Abenteurertum dieser Projekte das Leben und die Gesundheit der Volksmassen bedroht, hat beschwörend „die Sicherstellung der künftigen Energieversorgung" zur „Schicksalsfrage" der Kapitalisten erklärt. Gleichzeitig hat er für seine Polizisten für die Monate August und September den Urlaub sperren lassen. Die Bundeswehrführung hat soeben in der Wilster Marsch bei Brokdorf ein mehrtägiges Manöver veranstaltet, um die Besetzung von Bauernhöfen und den Hubschraubereinsatz zu üben.

Um mit dem Militärapparat die Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm zerschlagen zu können, ist die Bourgeois mit dem Versuch beschäftigt, die gegenwärtige Spaltung dieser Bewegung durch die Opportunisten zu vertiefen. Krach gibt es unter ihnen dabei über das „Wie". Der Hauptausschuß der FDP hatte zu Anfang des Monats als Rezept vorgeschlagen, jetzt mit den Neubaugenehmigungen für Kernkraftwerke erst einmal Beruhigung eintreten zu lassen, um alle Kräfte auf die Durchsetzung des Baus der Mülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen zu konzentrieren. Dies Manöver war dem Finanzkapital zu zeitraubend. Mit der Genehmigung von Maihofer für Philippsburg II war es schon nach wenigen Tagen geplatzt. Die Jusos veranstalten Kongresse, um „als Bindeglied zwischen den Bürgerinitiativen und der SPD" zu wirken und Hoffnung auf das Parlament zu verbreiten:

„Ihre Aufgabe, sagte ein Juso-Sprecher, bestehe darin, die Kluft zwischen dem parlamentarischen und dem außerparlamentarischen Bereich nicht unüberbrückbar werden zu lassen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Juli)

Auf diesen Kongressen, wie z.B. am letzten Wochenende in Frankfurt, wirbt u.a. der Hamburger SPD-Landesvorsitzende und Herausgeber von „rororo aktuell", F. Duve, für ein „Null-Energiewachstum". Duve ist schon von seinen Auftritten auf der „Friedenskundgebung" in Itzehoe bekannt. Da hatte er „die erneute Beschäftigung der Parlamente mit der

(Fortsetzung auf Seite 2)

Wachsende Intervention im südlichen Afrika

BRD-Imperialismus erweitert Geschäftsbasis

Auf der 14. Gipfelkonferenz der OAU wurden die BRD und Japan von den afrikanischen Staaten wegen ihres wachsenden Handels mit den südafrikanischen Kolonialregimes scharf verurteilt. Die Bundesregierung versucht Ahnungslosigkeit zu spielen.

Dreist log Bahr, die „deutschen Investitionen" seien „praktisch auf Null" zurückgegangen. Gleich flog jedoch auf, daß in den letzten 18 Monaten die Bürgschaften und Garantien für Exporte nach Südafrika, mit denen die Bundesregierung die Monopolkapitalisten ermutigt, trotz des wachsenden Widerstandes der afrikanischen Völker die Ausplünderung zu verstärken, von 650 Millionen DM auf 2,7 Milliarden DM gestiegen sind. Außerdem setzt der BRD-Imperialismus die EG ein, um die Rivalität der beiden Supermächte in Afrika zu nutzen und sich selber einen größeren Anteil an der Ausplünderung des südlichen Afrika zu sichern.

Auf der EG-Außenministerkonferenz erklärte letzte Woche Außenminister Genscher, es bestehe „grundsätzliche Übereinstimmung, daß die neun EG-Staaten ... dazu befähigt seien, die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten gegen Großmachtansprüche zu sichern. (...) Die Neun könnten deshalb auch die Initiative für ‚friedliche Lösungen in Südafrika' ergreifen."

Friedliche Lösung, das heißt Unterdrückung des Befreiungskampfes der afrikanischen Völker und Umwandlung der Kolonialherrschaft in eine neokoloniale:

Für Südafrika sollten den Monopolkapitalisten Reformen des Apartheidsystems die Ausbeutung des Volkes von Azania sichern. In Namibia und Zimbabwe sollen Marionettenregierungen eingesetzt werden. Großbritannien als Kolonialmacht soll direkt wieder die Macht übernehmen und eine Übergangsregierung bilden, gesichert durch eine „Friedensstreitmacht" aus Commonwealth-Truppen mit einem Kern britischer Einheiten.

Die militärischen Vorbereitungen der BRD-Imperialisten zeigen, daß sie selber hoffen, im Mantel einer derartigen ‚multinationalen' Streitmacht an den Ort des Geschehens zu kommen.

„In einer Übergangsphase von drei bis sechs Monaten würden die Briten dann freie Wahlen abhalten und den Wahlsieger mit der Regierungsbildung beauftragen",

schreibt die Presse über diese Pläne.

Die Rolle der britischen Kolonialmacht für die westlichen Imperialisten spielt in Namibia das südafrikanische Kolonialregime. Der BRD-Imperialismus ist treibende Kraft. Ohne Umschweife behauptet Bahr, die BRD habe

„eine besondere moralische Verpflichtung, mitzuhelfen, die Dinge des Landes zu regeln" (Frankfurter Rundschau, 6. Juli).

30 000 deutsche Kolonialfaschisten sind die moralische Stütze der BRD-Imperialisten bei den Unterdrükkungsmaßnahmen gegen das Volk von Namibia. Die Agenten des BRD-Imperialismus haben sich in den letzten Monaten im südlichen Afrika herumgetrieben.

„Den Machtantritt der SWAPO auf demokratische Weise zu verhindern, war ... der Sinn der Verhandlungen, die die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, die Bundesregierung und Kanada im April und Juni mit der südafrikanischen Regierung geführt haben", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". „Im Juni wurde in Kapstadt Einigung nicht nur über das Prinzip erreicht, daß Südwestafrika ... unabhängig werden soll, sondern auch über die Grundsätze eines Fahrplans. Südafrika hat seine Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung bislang erfüllt. Es hat eine einseitige Unabhängigkeitserklärung für Südwestafrika gestoppt, hat einen Generaladministrator ernannt, der das Territorium bis zur Unabhängigkeit verwalten soll und hat keinen Anlaß gegeben, an seiner weiteren Treue zur Vereinbarung zu zweifeln."

Den Söldlingen und Statthaltern der Imperialisten bleibt gar keine andere Wahl. Sie decken das Manöver in Namibia. Die amerikanische bürgerliche Zeitung „The Guardian" berichtet:

„Südafrika hat zwar versprochen, sich zurückzuziehen, fährt aber dennoch fort, seine wichtigsten Militärbasen auszuweiten, sie mit unterirdischen Hangars für Kampfflugzeuge zu vervollständigen und Einrichtungen für 20 000 südafrikanische Soldaten zu bauen."

Die Besatzung ist auf Dauer gedacht, ein „Beistandsabkommen" zwischen den gekürten Marionetten und dem südafrikanischen Kolonialregime gegen die afrikanischen Völker soll ihm den Schein von Rechtmäßigkeit verschaffen. Die Zeitung läßt auch heraus, wie die imperialistischen Monopole bereits nach der Ausweitung ihrer Ausplünderung gieren. Sie zitiert den Kolonialisten, der für sie als Direktor der Bergwerkskammer Namibias fungiert:

„Wir haben Kupfer, Vanadium, Diamanten und große Uranlagerstätten, die bloß darauf warten, gefördert zu werden. (...) Wir haben das günstige Pacht- und Konzessionssystem und Steuern, die gewaltige Vorteile bieten. US-Firmen stehen jetzt Schlange, um reinzukommen, sobald wir die Unabhängigkeit erhalten."

Eine Anzahl von Monopolkapitalisten ist bereits an der Prospektierung oder Ausbeutung unter namibischen oder südafrikanischen Decknamen, wie z.B. die Bethlehem Steel als Ebco Mining Ltd., und American Metal Climax, die die Mehrheit an den größten Kupferminen über die Tsumeb Corp. Ltd. hat und nach weiteren Kupfervorkommen sucht. Die BRD-Imperialisten sind seit Jahren an der Plünderung des Urans über den Rössing-Konzern beteiligt. Der Raub ist jetzt bereits ungeheuer. Francis Wilson, ein bürgerlicher Nationalökonom, schätzt, daß

„25 % des Bruttosozialprodukts in Form von Profiten, Dividenden und Zinsleistungen ins Ausland gehen". (The Guardian, 6.3.77)

Die Herrschaft der Kolonialisten, Rassisten und Imperialisten im südlichen Afrika geht ihrem Ende zu. Die Pläne, dieses Ende durch Vorbereitung und Durchführung einer Intervention unter dem Deckmantel der „Bürgschaft für friedliche Lösung" aufhalten zu können, sind vergebliche Hoffnungen. Dafür sorgt der Befreiungskampf der Völker Afrikas.

Das südafrikanische Kolonialregime hat in diesem Jahr bereits den Tod von mehr als 100 seiner Besatzungssoldaten bekanntgeben müssen. Am 16. Juli meldete die „Süddeutsche Zeitung":

„Die ... Patriotische Front hat eigenen Angaben zufolge zwischen Januar und Mai dieses Jahres 831 rhodesische Soldaten getötet und mehrere hundert verletzt. Außerdem seien acht Flugzeuge abgeschossen worden."

Über den Einsatz ihrer Truppen in Zimbabwe liegen sich die britischen Imperialisten heftig in den Haaren, sie fürchten „ein britisches Vietnam". Das ist ihnen auch sicher.

Die Patriotische Front Zimbabwes hat unmißverständlich klargemacht, daß keine „Übergangslösung" der Imperialisten den bewaffneten Befreiungskampf aufhalten kann, daß das Volk von Zimbabwe nicht für „die Erneuerung der britischen Kolonialherrschaft" kämpft, sondern für die vollständige Zerschlagung des Siedlerregimes und die Errichtung der revolutionären Volksmacht.

Die afrikanischen Staaten haben auf der letzten OAU-Gipfelkonferenz ihre Einheit gegen die Einmischung der Imperialisten, insbesondere beider Supermächte, gestärkt und die Konzentration der Kräfte für die Ausdehnung des Befreiungskampfes in Zimbabwe, Namibia und Azania beschlossen. In einer Resolution zu Zimbabwe heißt es: Die OAU *„ist entschlossen, die Intensivierung des bewaffneten Kampfes durch verstärkte moralische, diplomatische, materielle und finanzielle Unterstützung zu stärken". „Der bewaffnete Befreiungskampf ist gerecht, unvermeidlich und das entscheidende Mittel zur Befreiung Zimbabwes."*

Wenn jetzt die Bundesregierung von „Unterstützung der Befreiungsbewegungen" und über die „Schließung des Konsulats in Windhuk" redet, so einmal, um der westdeutschen Arbeiterklasse und dem Volk Sand über ihre tatsächlichen Interventionsvorbereitungen in die Augen zu streuen, und in der Hoffnung, in den Befreiungsbewegungen zersetzend wirken zu können, um sie zu schwächen. Am Zusammenschluß des Volkes von Zimbabwe in der Patriotischen Front und der Unterstützung der afrikanischen Staaten für den Befreiungskrieg werden sie auch damit scheitern. – (Z-Red.)

Dieser Sommer kommt uns teuer

„Spüren Sie es auch? Die Hitze macht uns schlapp und geht uns auf die Nerven", überrascht die „Bild-Hannover" am 12.7. ihre Leser. Und der „erfahrene Arzt" Dr. Sander wird dazu zitiert: „Die Leute ernähren sich falsch!" Sein Speiseplan: „Zum Frühstück eine Tasse Kaffee, Cornflakes mit Milch und einen Toast. Mittags: Eine große Schüssel frischen Salat, Orangensaft, ein mageres Stück Fleisch" usw. „So kommen Sie am besten über die heißen Tage."

Die „Bild-Zeitung" will die Massen verhöhnen. Der Bild-Redakteur wird vielleicht von der Hitze schlapp, den Arbeitern macht die Ausbeutung in der Fabrik zu schaffen, die bei der Hitze unerträglich wird. Bereits am Morgen sind in den letzten Wochen die Temperaturen in den Werkshallen in die Höhe gegangen, daß die Arbeiter bald schweißgebadet sind. Der Akkord mußte trotzdem geschafft werden. Das geht an die Gesundheit und auch aufs Geld.

Ohne viel zu trinken, hält das keiner durch. Schnell kommt man da auf 10 bis 20 DM, die für Limonade usw. in der Kantine bleiben. Was an Aufwand und Mehrkosten notwendig ist, um den enormen Verschleiß der Arbeitskraft auszugleichen, läßt sich gar nicht sofort absehen. Nur, daß der Lohn und die Zeit bis zur nächsten Schicht dafür nicht reicht. Das merkt jeder, wenn ihm die Arbeit am nächsten Morgen noch schwerer vorkommt.

„Bild" schreibt dazu die Schlagzeile: „Pausen, Eistee, Duschen. Auch in den großen Firmen gibt's hitzefrei." Beim Lesen kommt heraus, daß es sich um eine 10-Minutenpause im VW-Werk gehandelt hat.

Nach solcher Arbeit würde man sich gern beim Baden und Schwimmen erholen. Um diese Zeit ist das Freibad, z.B. das Lister Bad in Hannover, übervoll. 1,50 DM zahlt man
nover, übervoll. 1,50 DM zahlt man
beim Eintritt, 2 DM und mehr bei beheizten Bädern. Doch dabei bleibt es nicht. Leihgebühren für Badekappe, Ausgaben für Sonnenöl usw. am Kiosk. Schließlich die Fahrt mit dem Bus, auf den schon 40 bis 50 Menschen seit einer Viertelstunde warten, schnell sind 4 bis 5 DM ausgegeben. Familien mit Kindern kommen auf das Mehrfache. Auch die Preise für Speiseeis liegen diesen Sommer gut 10 % höher als im letzten Jahr.

Anschließend geht es zum Einkaufen. „Neue Kartoffeln: Das sind Preise", hat „Bild" geschrieben: „Jede Menge preiswertes Sommergemüse." Blöde soll man sich vorkommen, wenn es einem nicht gelingt, die guten Sonderangebote ausfindig zu machen. Frisches Obst z.B. ist unerträglich teuer. Tausende waren kürzlich zum Gut Lehmkuhlen in Holstein gefahren. „Erdbeeren billig, selbst zu pflücken, Pfund 1 DM" hatte in einer Anzeige gestanden. „Es ist wie in der Nachkriegszeit" hat einer dazu gesagt.

„Vor allem für Saisonwaren" mußte z.T. erheblich mehr ausgegeben werden als im letzten Jahr, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrem letzten monatlichen Bericht über die Verbraucherpreise. Wer nicht ständig hinter jedem einzelnen Sonderangebot herrennen kann, für den wird es in diesem Sommer wenig „große Salatschüsseln" und neue Kartoffeln geben. „Bild" hat unter seinen Einkaufstips eine Sparte „Sparmenü" eingerichtet.

An „Sparmenüs" sollen sich die Massen gewöhnen. Dagegen ist die Arbeiterklasse.

Neuer Anlauf ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Energieprogramm" als „großen Erfolg" verkaufen wollen.

Die Bundesregierung hat sich erneut mit dem Energieprogramm beschäftigt und seinen Kern um ein weiteres Stück enthüllt: „Die Bundesregierung überprüft die bestehenden Stromtarife mit dem Ziel ... energiesparende Elemente zu stärken." Mit Energiesparen hat das nichts zu tun, im Gegenteil, den Kapitalisten geht es um den Profit, und je mehr Strom z.B. die Elektrizitätskonzerne verkaufen, um so mehr Gewinn machen sie. Ihnen geht es einzig um den *Preis*, zu dem sie den Strom produzieren und verkaufen. In der Propagierung aller möglichen Schikanen unter dem Vorwand des Energiesparens bleibt als Mittel immer die Strompreiserhöhung und die nackte Unterdrückung übrig, wobei sich die Nullwachstumstheorektiker wie Duve und Eppler mit diesen Vorschlägen besonders hervortun.

Auf seiten der Massenbewegung sind im Kampf gegen die Spaltung und für den Zusammenschluß große Anstrengungen erforderlich. Das Vorgehen der Bourgeoisie ist geplant als ideologisches und politisches Überrumpelungsmanöver bis zur Beschlußfassung über das imperialistische Energieprogramm im Herbst und wird von der Bourgeoisie Hand in Hand betrieben mit der Vorbereitung der gewaltsamen Durchsetzung des Programms.

Diese Anstrengungen werden unternommen. In Schleswig-Holstein z.B. hat die Marschenkonferenz der Bürgerinitiativen den Beschluß gefaßt, die Rückführung der Baumaschinen auf den Bauplatz nach Brokdorf zu verhindern, und ist dabei, zu diesem Zweck ein Telefon-Warnnetz unter ihren Mitgliedern aufzubauen. Die Kieler Bürgerinitiative „Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht und anderswo" hat zu Aktionen gegen die 4,3-Prozent-Strompreiserhöhungen durch die Schleswag und NWK aufgerufen, die mit der Finanzierung des imperialistischen Energieprogramms begründet werden. Am Samstag dieser Woche werden in Lübeck und Rendsburg, wo diese Kapitalisten ihren Sitz haben, Kundgebungen und Umzüge durchgeführt. – (Z-Red.)

Große Bewegung in der imperialistischen Weltpolitik

(Fortsetzung von Seite 1)

An seine Begleitmannschaft gab Schmidt die Weisung aus: „Man kann doch den Kanadiern nicht mit so weichen Argumenten kommen, sie müßten uns wieder Uran liefern, nur weil wir NATO-Partner sind. Man muß doch ein bißchen Druck anwenden können. Nun lassen Sie sich mal was einfallen, meine Herren."

In den anschließenden Gesprächen mit Trudeau sei Schmidt laut Regierungssprecher Bölling „in Höchstform" gewesen. Druck kann der westdeutsche Imperialismus auf Kanada mit Hilfe der EG ausüben. Kanada ist auf eine Ausdehnung der Handelsbeziehungen mit der EG angewiesen und braucht bei fortschreitender Industrialisierung den europäischen Markt. In der EG dagegen gibt es unter den Kapitalisten immer stärkere Tendenzen, den Markt gegen Importe der imperialistischen Konkurrenten zu schützen.

Der westdeutsche Imperialismus als stärkste Wirtschaftsmacht in der EG ist darauf am wenigsten angewiesen. Wie weit die protektionistischen Tendenzen in der EG gehen, hängt vor allem von den westdeutschen Imperialisten ab. Schmidt hatte etwas in der Hand gegenüber Kanada. Schmidt konnte am Ende der Gespräche vermelden lassen, „die Sache" sei „im großen und ganzen harmonisch" abgelaufen.

„Harmonisch" verliefen auch die Verhandlungen Schmidts und Genschers in den USA. Das mag glauben, wer will. Seit Monaten wollen die USA die BRD-Imperialisten dazu bringen, ihren Exportüberschuß abzubauen. Für die BRD-Imperialisten ist dieser Exportüberschuß aber die Grundlage aller weiteren Expansionsmaßnahmen. Woher sonst soll das Geldkapital kommen, das die BRD-Imperialisten in den letzten Jahren im wachsenden Umfang in alle Länder der Welt exportieren, vor allem aber in die EG und neuerdings immer mehr in die USA?

Die US-Kapitalisten scheuen vor keinem Trick zurück, um den westdeutschen Kapitalisten Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Gerichtsurteile gegen westdeutsche Warenimporte werden erwirkt und den aufsprießenden westdeutschen Bankfilialen werden gesetzliche Fesseln angelegt. Umgekehrt dagegen sollen die EG-Imperialisten den USA ihren Markt, insbesondere den Agrarmarkt, weiter öffnen.

Um in der Konkurrenz auf dem Warenmarkt voranzukommen, nehmen die USA gegenwärtig beträchtliche Abwertungen des Dollar in Kauf. Das erleichtert ihren Export und entwertet die Devisen, die die BRD-Imperialisten in den vergangenen Jahren gehortet haben. Wo soll da Harmonie sein? Aber gegenwärtig brauchen sich die US-Imperialisten und die BRD-Imperialisten. Ohne die BRD-Imperialisten wäre die Handlungsfähigkeit der USA in Europa und im Mittelmeerraum eingeschränkt. Die BRD-Imperialisten können ihre wirtschaftliche Expansion noch nicht selbständig militärisch sichern. Weder gegen die Völker noch gegen die andere, die sozialimperialistische Supermacht, die nach den Flanken Europas ausgreift.

Harmonie? Man kann das so nennen. Unter Mafiabossen ist es üblich, sich zu großen Gelagen einzuladen, bevor die Konkurrenzschlachten in Schießereien umschlagen. Im Herbst soll Breschnew nach Bonn kommen. Auch da wird man Harmonie und Entspannung noch hochhalten.

Die Gefahr, daß die Völker in ihren Kriegsvorbereitungen hinter den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten zurückbleiben, ist groß. Die Kriegsvorbereitungen der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern können nur in der Vorbereitung auf den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes bestehen. Aus der imperialistischen Ausbeuterwirtschaft geht die Kriegsgefahr hervor. Die Arbeiterklasse als Produzent allen materiellen Reichtums kann diese Ausbeuterwirtschaft beseitigen. Besser vor dem imperialistischen Krieg als erst nach einer neuen blutigen Lehre.

Mehrwertsteuer als Instrument des Handelskrieges

Vor dem New Yorker Zollgericht läuft seit einiger Zeit ein Gerichtsverfahren, das die westdeutschen Imperialisten in helle Aufregung versetzt hat und ihnen keinen ruhigen Schlaf mehr läßt. Der größte Stahlkonzern der USA, US Steel, klagt darum, daß bei Import westdeutschen Stahls ein Sonderzoll erhoben wird. Wäre US Steel in dieser ersten Instanz erfolgreich, so müßte die US-Regierung sofort von allen Importeuren fast 15% des Einfuhrwertes zur Hinterlegung verlangen. Das ganze ist eine handfeste Drohung des USA-Finanzkapitals an seine Konkurrenten, gefälligst die Finger von ihren angestammten Märkten zu lassen. Bereits der bloße Beginn der Gerichtsverhandlung hat ausgereicht, daß der westdeutsche Stahlexport in die USA von 1,5 Millionen Tonnen auf 0,85 Millionen Tonnen gesunken ist.

Anlaß für den Angriff auf den westdeutschen Konkurrenten ist US Steel die Mehrwertsteuer. Diese besondere Form der Umsatzsteuer – die sich von den in den USA je nach Bundesstaat unterschiedlichen Formen unterscheidet – bietet den westdeutschen Imperialisten zwei wesentliche Konkurrenzvorteile.

Der erste Vorteil ist, daß diese Steuer vollständig von den Volksmassen zu zahlen ist. Kauft beispielsweise ein Automobilkapitalist Türschlösser für 5 550 DM ein, so schreibt er sich die darin enthaltenen 550 DM Mehrwertsteuern als „Vorsteuer" gut. Verkauft er nämlich ein Auto für 11 100 DM und kassiert damit 1 100 DM Mehrwertsteuer, so liefert er nicht 1 100 DM, sondern diesen Betrag abzüglich der Vorsteuer dem Finanzamt ab. So zahlt der Kapitalist für seine Einkäufe keine Umsatzsteuer.

Anders dagegen die bis 1968 in der BRD verwandte Umsatzsteuer. Hier kann keine Vorsteuer abgezogen werden und für den Automobilkapitalisten würden die Türschlösser um den Steuerbetrag teurer. Das begünstigt den großen Konzern, der diese Schlösser selbst bauen kann, denn nun entfällt die Umsatzsteuer, die nur beim Verkauf erhoben wird.

Da die US-Konzerne höhere Konzentration von Kapital und mehr Produktionsstufen umfassen als die westdeutschen, war diese frühere Umsatzsteuer für die westdeutschen Imperialisten von Nachteil gegenüber den USA. Daher ist die 1968 eingeführte Mehrwertsteuer in der BRD auch eine Maßnahme der direkten Begünstigung der imperialistischen Expansion gegenüber den US-Monopolen.

Bedeutender aber noch ist ein zweiter Vorteil. Nicht nur die Einkäufe der Kapitalisten werden von der Steuer befreit, sondern auch alle Exporte. Der ausländische Käufer muß keine 11 100 DM, sondern nur 10 000 DM für das Auto bezahlen. Den US-Konzernen ist dieser Preisnachlaß umgekehrt nicht möglich; der Käufer muß die Umsatzsteuer mitzahlen. Für die westdeutschen Imperialisten ist dieses raffinierte Steuersystem ein bedeutender Konkurrenzvorteil. Relativ lange konnten die westdeutschen Monopole sich dadurch einen Vorsprung verschaffen. Nun schießen die US-Monopole zurück – und es hat sich daraus bereits ein handfester Streit zwischen den Regierungen gebildet. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 1611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3 406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 29 / 1977: 32 000

„... Stärkung der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen“

„Jetzt die Instrumente richtig einsetzen“ hat Ehrenberg Anfang des Monats nach Verabschiedung und mit Inkrafttreten des von ihm eingebrachten „Sozialpaketes“ im SPD-Blatt „Vorwärts“ als Parole ausgegeben. Der „Vorwärts“ erinnert wöchentlich mit der Benennung seiner Gründer Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Hasenclever im Kopf an die revolutionäre *Vergangenheit* der Sozialdemokratie in Deutschland.

Wir haben gegen Ehrenberg, der heute für die Dienste dieser Partei für das westdeutsche Finanzkapital mit an erster Stelle steht, in dieser Zeitung vor drei Wochen festgestellt:

„Wir behaupten: Diese Maßnahmen lassen jeden moralischen Vergleich mit der ‚Endlösung der Judenfrage‘ zu. Der Bankfachmann Ehrenberg ist ein Schreibtischmörder. Wir haben auf diese Verbrechen an den alten Arbeitern und Arbeiterinnen schon oft hingewiesen. Vielleicht kriegen wir endlich einen Prozeß, wenn wir dem verantwortlichen Minister Ehrenberg persönlich ankreiden, was natürlich ein Interesse der Finanzbourgeoisie als Klasse ist.“ (KVZ Nr. 26 vom 27. Juni)

Das Ehrenberg-Ministerium hat die Leine der Staatsanwälte und Verfassungsschutzbeamten, die für das Lesen dieser Zeitung bezahlt werden, nicht locker gemacht. Es weiß warum.

Rentner haben in diesen Wochen festgestellt, daß ihnen dies Gesetz allein über die Rezeptgebühr ein paar Tage eher vor dem Monatsende das Essen vom Tisch raubt. Für eine weitere Zahl von Rentnern ist die Erhöhung der Rente um 9,9% nichts als Papier und schon wieder weg: als Beitrag zur „freiwilligen“ Krankenversicherung. Das müssen jetzt die Rentner tragen, die durch dieses Krankenversicherungs-Gesetz um die Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung betrogen worden sind. Unter den Versprechungen der Sozialdemokraten wie „Gesundheit auch im Alter“ waren sie auf die Reformgesetze 1972 hin entweder durch Nachzahlung in die Rentenversicherung eingetreten oder hatten als Mitglieder der Rentenversicherung nachgezahlt, um von der zu erwartenden Rente überhaupt leben zu können, ohne die jetzt notwendige Zeit von Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung erreicht zu haben. 5,1 Milliarden hat dieser Betrug zusätzlich von 1972 – 1975 in die Kassen der Rentenversicherung gebracht. Die Kapitalisten wußten es zu danken. Ehrenberg quittiert jetzt.

Obwohl mit den Rezeptgebühren bloß ein Teil der äußeren Umhüllung dieses „Sozialpakets“ aufgerissen ist, besteht an der Methode gar kein Zweifel: Die Rentner mögen weniger essen, dann haben sie das Geld, um sich die Medikamente zu kaufen und Linderung der Schmerzen. Oder sie essen weiter wie bisher, dann müssen sie die Schmerzen tragen. Das Ergebnis ist gleich: „Kosten-Dämpfung im Gesundheitswesen.“ Das aber ist erst der Anfang. Wir haben aufgelistet, was bei dem weiteren „Aufschnüren“ des Gesetzes zur Krankenversicherung herauskommt. Sicher ist: Wenn es dem Finanzkapital gelingen würde, „diese Instrumente richtig einzusetzen“, dann entspricht das Ende genau geplant und kalkuliert der Behauptung, die wir vor drei Wochen aufgestellt haben.

Aber die Abscheulichkeit dieses Gesetzeswerkes ist mit den Maßnahmen allein noch nicht erschöpft: Ehrenberg stellt sich jetzt scheinheilig vor als einer, der „es so nicht gewollt hat“ und „vermitteln“ will. In dieser Pose betreibt Ehrenberg jetzt die Durchsetzung des Gesetzes:

– Er hat jetzt die „Auffassung“ mitgeteilt, daß mehrere Heilmaßnahmen, auf einem Rezept verordnet, nicht mehrere DM kosten dürfen. Die Kassen haben einen anderen „Rechtsstandpunkt“ geäußert. Genauso in der Frage, ob die Studenten mit mehr als 370 DM BAFöG familienversichert bleiben oder nicht. Die Kassen, an deren Spitze die Sozialdemokraten mit direkten Vertretern der Kapitalisten stehen, haben sich der „Auffassung“ des Ministers Ehrenberg angeschlossen, ihren „Rechtsstandpunkt“ gleichzeitig beibehalten. Mögen die Gerichte ihr Wort sprechen!, sagen sie.

So sauber, wie die Absichten dieses Gesetzes bis ins einzelne geregelt, so sauber der Plan für seine Durchsetzung.

– Und noch ein weiteres „Instrument“ hat Ehrenberg zum Einsatz gebracht: die „Härtefallregelung“. In Verhandlungen mit den Kassen hat der Minister „erreicht“ – schrieb die Presse –, daß von der Rezeptgebühr befreit wird, wer weniger als 500 DM im Monat zum Leben hat und mehr als 30 DM Rezeptgebühren im halben Jahr zu bezahlen hat. In den Fernsehnachrichten am Freitag hieß es dazu, 620 Mark sei die Grenze, und auf das Medikament müsse der Betroffene über 3 Monate hinweg angewiesen sein. So oder so: Solche werden sowieso nicht mehr lange Kosten für die Versicherung bedeuten, ist das Kalkül. Da kann man nachgeben, und dafür ist mit dieser „Härtefall-Regelung“ die Sache selber durchgesetzt.

Die Regierung hat im Gegensatz zu sonst *keine Verordnung* über die Durchführung dieses Gesetzes mit seinem Inkrafttreten zusammen herausgegeben. Sie will die Spaltung, die in diesem Gesetz rundum und in jeder einzelnen Maßnahme angelegt ist, erst voll zur Wirkung kommen lassen, um dann zu verordnen.

„Die Rentner meutern“, schreibt die bürgerliche Presse. „Solidarität der Generationen“ – predigt Ehrenberg. „Herbe Enttäuschung nach der letzten Rentenauszahlung“, konstatiert die bürgerliche Presse. „Die Rentenversicherung ist kein Selbstbedienungsladen“, antwortet Ehrenberg. Oder: „Es betrifft ja bloß die Selbständigen, die sich in den letzten Jahren billig eingekauft haben“ usw. Beitragserhöhungen in der Krankenversicherung rükken mit jedem „Dementi“ näher. Dann sind es immer noch die Rentner gewesen. Oder die „Dicken“, die zuviel essen und dadurch „Kosten“ verursachen, oder die „Raucher“, die trotz der höheren Steuern es nicht lassen wollen usw.

Die Hauptsache bei diesen Spaltungsmanövern ist für Ehrenberg: einen kräftigen Gegensatz unter den Versicherten und zwischen den Versicherten und den Kassen zu erreichen. Dann ist die Zeit reif, um mit der Anpassung der Renten an die Erhöhung des Nettolohns nachzuziehen und mit der Einführung eines Krankenversicherungsbeitages für alle Rentner, wie es die CDU schon die ganze Zeit verlangt. Und dann kann auch die jetzt noch zurückgestellte Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes angehen, die die Krankenhäuser offiziell als Kapitalgesellschaften mit „Eigenanteil“ ausstattet.

So ist das Kalkül des Finanzkapitals. Auf diesem Wege der Spaltung der lohnabhängigen Versicherten, der Beseitigung der Rentner, der Steigerung der Ausbeutung der Lohnabhängigen in den Kliniken durch Rationalisierung, der Ausplünderung der lohnabhängigen Versicherten und weiteren einschneidenden Einschränkungen der Krankenversicherung der Arbeiterbevölkerung sollen die Sozialversicherungen „wieder zu Kapitalgebern werden“: aus Lohngeldern finanziert, vom Finanzkapital beherrscht.

Ehrenberg verkauft diese skrupellose Politik der westdeutschen Finanzbourgeoie zynisch als „Stärkung der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen“.

Die Arbeiterklasse kann den Kampf gegen diese Pläne erfolgreich führen und das Kalkül der Finanzkapitalisten zunichtemachen. Im Kampf gegen das Finanzkapital und seine sozialdemokratischen Regierungsvertreter wie Ehrenberg und seinesgleichen muß sie von ihren revolutionären Interessen ausgehen und sich zusammenschließen, um die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die versicherten Lohnabhängigen und die Finanzierung durch die Kapitalisten zu erzwingen. Das kostet die Köpfe auf der richtigen Seite. – (Z-Red.)

Die Änderungen der Reichsversicherungsordnung (RVO) durch das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz

Krankenversicherung der Rentner: Rentner sind in der gesetzlichen Krankenversicherung nur noch versichert, soweit sie „seit der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, jedoch frühestens seit dem 1. Januar 1950, bis zur Stellung des Rentenantrages mindestens die Hälfte der Zeit Mitglied eines Trägers der gesetzlichen Krankenversicherung waren“. Damit ist ein großer Teil der Rentner direkt um die Pflichtmitgliedschaft in der Krankenversicherung betrogen, die sich nach den Rentenreformgesetzen 1972 als Lohnabhängige nachversichert haben (etwa 1 Million) oder als kleine Selbständige in die Rentenversicherung eingetreten waren (bis Ende 1975 nach dem Sozialbericht 92 000). Sie können sich jetzt „freiwillig“ in der Krankenversicherung versichern (§ 165). (Siehe dazu Seite 4)

Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner: werden von der Rentenversicherung nur noch in Höhe von 11,7 % an die Krankenversicherung bezahlt (§ 385). Da der Betrag nicht ausreicht, wird gleich festgelegt, daß der Rest aus den Beitragseinnahmen von den Arbeitern und Angestellten aufgebracht werden muß. (§ 393 b)

Familienhilfe: Besteht für den Ehegatten oder die Kinder nicht mehr, wenn sie ein „Gesamteinkommen haben, das regelmäßig im Monat ein Fünftel der monatlichen Bezugsgröße überschreitet“. Die Grenze liegt bei 370 DM. Wenn das Einkommen eines Ehegatten „1/12 der Jahresarbeitsverdienstgrenze“ übersteigt, das sind gegenwärtig monatlich 2 550 DM, und er sich nicht freiwillig weiterversichert, besteht ebenfalls für die Kinder keine Familienhilfe mehr. (§ 205)

Rezeptgebühr: Die Befreiung von der Rezeptblattgebühr für Rentner, Studenten, Praktikanten, mindestens zu 50 % Erwerbsunfähige und für Bezieher von Kranken- und Übergangsgeld wird gestrichen. Statt bisher zu 2,50 DM je Rezeptblatt sind jetzt „für jedes verordnete Mittel“ 1 DM zu bezahlen. (§ 182 a)

Ambulante Behandlung durch die Kassenärzte

„Geringfügige Gesundheitsstörungen“: sollen durch die Versicherung nicht mehr gedeckt werden. „Arzneimittelgruppen, Verband- und Heilmittel“ dafür dürfen nicht mehr „zu Lasten der Krankenkasse verordnet werden“. (§ 368 p)

Zahnersatz und Zahnkronen: „Die Zuschüsse dürfen 80 vom Hundert der Kosten nicht übersteigen.“ (§ 182 c)

Kieferorthopädische Behandlung: „Die Satzung kann vorsehen“, daß der Versicherte bis zu 20 % der Kosten, höchstens 1/4 „der monatlichen Bezugsgröße“, gegenwärtig also bis zu 420 DM, selber zu tragen hat. (§ 182 e)

Stationäre Behandlung durch die Vertragskrankenhäuser der Krankenkassen:

„Häusliche Krankenpflege“: kann nach dem neuen Gesetz anstelle einer Krankenhausbehandlung verordnet werden. (§ 185)

„Vorstationäre Diagnostik und Nachbehandlung“: werden durch das neue Gesetz ebenfalls eingeführt, d.h. die Behandlung im Krankenhaus wird vom Krankenhausaufenthalt getrennt. (§ 372)

Einbeziehung der Krankenhausärzte in die kassenärztliche Versorgung: Entsprechend der Trennung der Behandlung durch das Krankenhaus vom Krankenhausaufenthalt sollen jetzt neben den bisher „leitenden Krankenhausärzten“ auch die anderen Krankenhausärzte an der kassenärztlichen Tätigkeit teilnehmen. (§ 368 a)

Haushaltshilfe: Für die Haushaltshilfe im Falle z.B. eines Krankenhausaufenthaltes durch Verwandte „werden keine Kosten erstattet“ nach der Gesetzesänderung. Lediglich „in angemessenem Verhältnis zu den sonst . . . entstehenden Kosten“ sollen Fahrkosten und Verdienstausfall ersetzt werden können. (§ 185 b)

Vertragskrankenhäuser: Die Kassen werden verpflichtet, die Rationalisierungspläne in den Kliniken zu unterstützen. Sie müssen Verträge mit solchen Krankenhäusern ablehnen, die nicht „leistungsfähig“ und „wirtschaftlich“ arbeiten. (§§ 371, 372)

Weitere Aufgaben der Krankenversicherung:

Kuren: müssen jetzt durch den Vertrauensarzt genehmigt werden. Der Versicherte muß nachweisen: „eine Schwächung der Gesundheit, die in absehbarer Zeit voraussichtlich zu einer Krankheit führen würde“. (§ 187)

Entbindungen: „Pauschbeträge“ werden nur noch gewährt „für ärztliche Betreuung“ und als „wirtschaftlicher Anreiz“ in Verbindung mit der Teilnahme an Vorsorge- und Nachuntersuchungen. (§§ 195, 198)

Sterbegeld: wird im Durchschnitt um 15 % gesenkt auf jetzt 952 DM. (§ 201)

Mittel der Kontrolle, Bespitzelung und Durchsetzung:

Mitgliederverzeichnis: Die Krankenkassen werden verpflichtet, ein Mitgliederverzeichnis anzulegen mit den „Aufzeichnungen . . . zur rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben“. (§ 319 a)

Überprüfung: In „geeigneten Fällen“ werden die Kassen jetzt verpflichtet, „die in Anspruch genommenen Leistungen zu überprüfen“ und den Versicherten und den Arzt „über ihre Kosten zu unterrichten“. (§ 223)

Prüfungs- und Beschwerdeausschüsse: „Zur Überwachung der Wirtschaftlichkeit der kassenärztlichen Versorgung im einzelnen“ müssen von den Kassen und Kassenärzten „Prüfungs- und Beschwerdeausschüsse“ eingesetzt werden als Vorinstanz der Sozialgerichte. (§ 368 n)

Arzneimittelhöchstbetrag: Die Bundesverbände der Kassenärzte und der Krankenkassen müssen in einem „Gesamtvertrag“ einen „Arzneimittelhöchstbetrag“ festsetzen, für dessen Überschreiten gegenüber dem Durchschnitt der einzelne Arzt regreßpflichtig gemacht werden kann. (§ 368 f)

„Bewertungsmaßstäbe“: Für die ärztlichen Leistungen und ihr Verhältnis zueinander müssen feste Tarife in Mantelverträgen zwischen Kassen und Ärzten festgesetzt werden. Bei Uneinigkeit kommen „Unparteiische“ in die Ausschüsse. (§ 368 g)

„Konzertierte Aktion“: Auf Grundlage des Gesetzes unter Vorsitz des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung mit dem Jugend-, Familien- und Gesundheitsministerium und dem Wirtschaftsministerium, den Kapitalisten und Vertretern der Gewerkschaft und den „am Gesundheitswesen Beteiligten“ muß bis zum 31.3. jedes Jahres diese „Konzertierte Aktion“ die Veränderung von „Arzneimittelhöchstbeträgen“, Beiträgen, Vergütungen usw. „empfehlen“ und Vorschläge zur „Rationalisierung, Erhöhung der Effektivität und Effizienz im Gesundheitswesen“ abgeben. (§ 405 a)

Freie Bahn für Beitragserhöhungen:

Beitragserhöhungen: Die Bestimmung, daß Verluste der Kassen durch die Gemeindeverbände gedeckt werden müssen, ist aufgehoben. Es „sind jetzt die Beiträge so zu erhöhen, daß sie, die anderen Einnahmen eingerechnet, für die zulässigen Ausgaben der Kasse ausreichen“. (§ 389)

„Solidaritätsprogramm Südeuropa“

„Marshall-Plan“ für Südeuropa des SPD-Parteivorstandes / Hegemonieanstrengungen des westdeutschen Finanzkapitals

Die Wirtschafts- und Finanzkommission der SPD hat untersucht, welche Schritte zum Voranschreiten der Expansion des westdeutschen Imperialismus jetzt nötig sind.

Herausgekommen ist unter anderem der Vorschlag eines „europäischen Marshall-Plans“. Der „Marshall-Plan“ war ein Unternehmen der US-Imperialisten, in Westdeutschland nach dem Krieg durch Unterstützung der westdeutschen Finanzbourgeoisie mit Krediten ein Bollwerk gegen die proletarische Revolution in Westeuropa und einen Vorposten gegen die sozialistischen Länder Osteuropas aufzubauen und sich gleichzeitig in großem Umfang an der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse zu beteiligen.

Der „Marshall-Plan“ der SPD-Kommission richtet sich ebenfalls gegen die Revolution in Europa. „Gefördert“ werden sollen daraus nach Angaben des früheren Juso-Vorstandsmitglieds Roth „Portugal, Spanien, Griechenland und die Türkei“. „Es sei daran gedacht, daß die Bundesrepublik, Österreich, Schweden, Holland, Belgien und vielleicht auch Frankreich einen Fonds mit einer Grundausstattung von 20 bis 30 Milliarden Mark schaffen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Juli) Dies Geld soll dann in Form von langfristigen Krediten der „wirtschaftlichen Förderung“ der oben genannten Länder dienen.

Ausgeheckt hat den Plan nach Angaben der Bild-Zeitung der Minister Ehrenberg in seiner Eigenschaft als Mitglied der Wirtschafts- und Finanzkommission der SPD. Der SPD-Vorstand hat dem Plan zugestimmt und ihn „Solidaritätsprogramm Südeuropa“ getauft. Die Herzlichkeit der Solidarität des Herrn Ehrenberg und seiner Kumpane im SPD-Parteivorstand ist bekannt. Jedenfalls ist der Zweck der „Solidarität“ der gleiche wie der Zweck der „Solidarität der Generationen“, mit der Ehrenberg die Rentenkürzungen umschreibt: Die Profite der Imperialisten zu vermehren und ihre Expansion voranzubringen.

Es geht um die ökonomische Durchdringung und Beherrschung Westeuropas, wobei die Ausweitung des Kapitalexports in Form von langfristigen Krediten eine bedeutende Rolle spielt.

Im *Warenexport* haben die westdeutschen Imperialisten in den letzten zehn Jahren Riesenschritte getan. Von 80,628 Milliarden im Jahr 1966 wurde er auf 256,173 Milliarden Mark im Jahr 1976 gesteigert. Die Exportüberschüsse beliefen sich auf 34,553 Milliarden Mark im Jahr 1976, das ist fast dreimal mehr als vor zehn Jahren. Diese Überschwemmung mit Waren trifft auf den erbitterten Kampf der imperialistischen Konkurrenten. Der Warenexport allein kann der Profitgier der Imperialisten auch nicht mehr reichen. Große Mengen Kapital haben sie aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland und aus ihren imperialistischen „Kapitalinteressen“ gezogen, die *angelegt* sein sollen, das ist der Herzenswunsch der Kapitalisten.

Der Fall der Profitrate zwingt sie zum Kapitalexport. Und dieser Kapitalexport hilft ihnen, den Warenexport gegen die Konkurrenten zu sichern. Der *Kredit* ist *eine* Form des Kapitalexports, neben der *Direktinvestition*. Der *Kredit*, den die Banken, Schalt- und Kommandozentralen der imperialistischen Bourgeoisie, vergeben, ist ein wichtiges Mittel der Expansion:

– Er bringt Profit in Form von Zinsen, das heißt, in Beteiligung am Mehrwert, den der entleihende Kapitalist hat, oder aus den Steuereinnahmen des Staates, an den verliehen wurde.

– Er dient der Absicherung des Warenexports. Über 5 Milliarden haben westdeutsche Kapitalisten ihren Käufern im Ausland 1976 kreditiert.

– Er dient – und dies vor allem in Form des langfristigen Bankkredits – der Vorbereitung des Kapitalexports in Form der Direktinvestition.

Der Vorgang ist etwa der: Über billige Waren wird der Gegner weichgeklopft. Über den Kredit in die Zange genommen, werden alle möglichen Bedingungen ihm diktiert, wird „kooperiert“, darf nur in Westdeutschland gekauft werden usw. Das ist die beste Vorbereitung, die entsprechende Fabrik selbst zu kaufen, das heißt, *direkt* Kapital anzulegen und die Ausbeutung in eigener Regie zu betreiben. Die Summe der neu ausgeliehenen langfristigen Kredite ist ganz nach den Wünschen der westdeutschen Imperialisten bis 1976 auf 13,8 Milliarden gestiegen. Im Jahr 1974 betrug sie nur 2,8 Milliarden. Seit 1975 aber fällt sie wieder, auf 9,95 Milliarden 1976, und der Fall geht im ersten Vierteljahr 1977 weiter.

Die Ursache hat dieser Fall nicht im fehlenden Kapital. Davon haben die Imperialisten genug. Die Ursache liegt in der Änderung der DM-Wechselkurse, die die Kredite verteuerten mit ihrer Laufzeit. Unter dem starken Druck der imperialistischen Konkurrenten, vor allem des US-Imperialismus, wurden Aufwertungen vorgenommen, und Schmidt hat eine neue Aufwertung angekündigt in Washington als „Beitrag zur Belebung der Weltwirtschaft“. Der Ehrenberg-Plan soll die Kapitalsumme, die als Kredit vergeben wird, wieder steigern und soll dies gezielt tun in solche Länder, die der BRD-Imperialismus seiner ökonomischen und politischen Herrschaft unterwerfen will. Der Beschluß ist auch eine Kampfansage an den US-Imperialismus, der über seinen Finanzminister Blumenthal gerade den BRD-Imperialisten hat erklären lassen, man müsse in Südeuropa kooperativ zusammenarbeiten.

Die BRD-Imperialisten wollen dabei den „Fonds“ mit den Einzahlungen der kleineren imperialistischen Länder, damit die Sache nicht so offen nach Hegemonie riecht. In Wirklichkeit werden sie sich natürlich deren Kapital, das in den Fonds eingezahlt werden soll, unter den Nagel reißen wollen. Und wenn die Bourgeoisien dieser Länder nicht mitmachen – „leider“, werden die westdeutschen Imperialisten dann sagen, aber dann müßten sie halt allein diese „Solidarität“ aufbringen.

Ehrenberg hat der „Bild“ ein Interview zu dem „Marshall“-Plan gegeben. Nach dem Interview will er neben Südeuropa auch „Irland und Schottland wirtschaftlich stärken“. Ganz so offen hat es der SPD-Parteivorstand noch nicht gesagt, daß das westdeutsche Finanzkapital die Zeit für gekommen hält, die Hinterhöfe des britischen Imperialismus einzunehmen.

Unterwerfung Westeuropas unter den Stiefel des westdeutschen Finanzkapitals – das ist das Ziel der SPD-Führung. Ehrenberg: „Mit diesem Geld könnten dort Industrien angesiedelt werden. Die Milliarden kämen dann in Form von Aufträgen zum Beispiel für die westdeutsche Maschinenbauindustrie wieder zurück. Das würde unsere Konjunktur stärken. . . .“ (Bild, 12. Juli)

Nicht nur als „Aufträge“, also als gelungener Warenexport, vor allem als Profit sollen die Milliarden doppelt und dreifach zurückkommen. Um die Ausbeutung der Arbeiterklasse in Südeuropa konkurrieren die Imperialisten heftig. Viel Sprengstoff hat der SPD-Vorstand für den Konkurrenzkampf um Europa vorbereitet. – (Z-Red.)

Rentengesetz im Sinne der „Endlösung“

Die SPD/FDP-Regierung läßt die Volksmassen für den Profit bluten / In den Gewerkschaften müssen Kampfmaßnahmen beschlossen werden

Soviel steht fest, wenn die führenden Kräfte in der Arbeiterklasse nicht große Anstrengung darauf verwenden, Kampfmaßnahmen gegen die Gesetzgebung der SPD-FDP-Regierung einzuleiten, so wird diese Regierung sich zu noch größeren Verbrechen ermuntert sehen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung wird zur Einleitung dieser Kämpfe keinen Finger rühren. Im Gegenteil. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsspitze sind ausdrückliche Verfechter der verbrecherischen Gesetze ihrer Partei-Kumpane in der Regierung, willige Diener der Kapitalisten. Um die Gewerkschaftsorgane zu Kampfinstrumenten zu`machen, muß man die Sozialdemokraten schlagen. So darf es ihnen beispielsweise nicht gelingen, den Gewerkschaftstag der IG Metall im September über die Bühne zu bringen, ohne daß Beschlüsse gegen die Gesetze zur Renten- und Krankenversicherung gefaßt werden.

Sucht man nach Äußerungen des DGB in dessen Presseorganen zum Rentengesetz, so fällt vor allem die Enthaltsamkeit auf, mit der diesem Thema begegnet wird. Immerhin, am 20. Mai stand in der „Welt der Arbeit“ auf der Titelseite noch vermerkt: „Sollte damit die Nettolohnanpassung eingeführt werden, wäre der Bruch der geltenden Rentenformel perfekt. Der DGB lehnt sie strikt ab.“ Dabei blieb's auch, mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder im Parlament wurde auch noch die Netto-Anpassung beschlossen.

Im März-Heft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ schrieb Alfred Schmidt, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand und Vorsitzender des Bundesvorstandes der Ortskrankenkassen, über „Reformen für das Alter“. Wie die Regierung gerade dabei ist, die Renten zu senken, rät er allen Ernstes:

„Zu diskutieren ist die Frage, welchen Prozentsatz des erreichten Arbeitseinkommens – und zwar bezogen auf das letzte Einkommen oder das Lebensdurchschnittseinkommen – die Altersversorgung gewährleisten soll ... Dabei dürfte wahrscheinlich mit 90 Prozent des vergleichbaren Nettoeinkommens der bisherige Lebensstandard aufrechterhalten werden können.“

Gäbe es einen Preis für Scheinheiligkeit, Alfred Schmidt wäre einer der Anwärter. Die Sache ist aber noch schlimmer, die Interessen der Arbeiter
schlimmer, die Interessen der Arbeiter
werden direkt verraten. Eine Seite vor seinen Erwägungen über denkbare Rentenerhöhungen schreibt Schmidt:

„Betrachtet man den nun vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung, so scheint die Forderung nach einer *ausgewogenen Verteilung der Belastungen* auf Arbeitnehmer und Rentner insgesamt erfüllt, auch wenn die Belastung für Arbeitnehmer nicht dort erfolgt, wo sie eigentlich *richtig und zweckmäßig* gewesen wäre, nämlich durch eine Beitragserhöhung in der Rentenversicherung.“

„Ausgewogene Belastung“ – den alten Arbeitern wird die Rente gekürzt, den jüngeren Arbeitern der Lohn durch Erhöhung der Krankenkassenbeiträge. Die gesellschaftliche Lohnsumme, zu der die Rente gehört, wird gekürzt, und die Kapitalisten reiben sich die Hände.

Die erste Tätigkeit der CDU/CSU in Sachen Rentengesetz war eine Anfrage an die Bundesregierung über die „Auswirkungen der geplanten Abschmelzung der Rücklagen der Rentenversicherungsträger auf den Kapitalmarkt“. (Drucksache 8/127) Die Bundesregierung antwortete ausweichend, dies hänge „ausschließlich davon ab, in welchem Umfang sich die Rentenversicherungsträger zusätzliche Liquidität durch Verwertung von Vermögensanlagen beschaffen müssen“. Zwischen den Zeilen liest man: Da sind wir ja dabei, vorzusorgen. Den Kapitalisten geht es ausschließlich darum, den Preis der Arbeitskraft auf ein Niveau zu drücken, das die Erhaltung der Lebenskraft über die Zeit der Ausbeutung hinaus ausschließt und die Versicherungskasse in eine Quelle für billige Kredite verwandelt. Die Maßnahmen der SPD-FDP-Regierung dienen diesem Ziel und Sozialdemokraten in den Gewerkschaften unterstützen es voll.

Aus der Versicherung wird in Händen des Staatsapparates eine Vernichtungswaffe

Die Bundesregierung hat von Anfang an das Rentenänderungsgesetz und das Kostendämpfungsgesetz in der Krankenversicherung zusammen behandelt und betont, daß beides zusammengehöre. Das entspricht den Tatsachen. Während die Änderung des Rentengesetzes auf die allgemeine Einschränkung der den verrenteten Arbeitern zur Verfügung stehenden Reproduktionsmittel zielt, sollen die im Kostendämpfungsgesetz verfügten Maßnahmen dem von der kargen Rente geschwächten Rentner den Todesstoß versetzen. Am 1. Juli 1976 wies die Rentenstatistik 4,6 Millionen Rentner aus, die weniger als 500 DM im Monat Rente erhalten. Das sind Versichertenrenten und Witwenrenten. Mag sein, daß, wie von dem Bundestagsabgeordneten Franke (CDU) behauptet, 31% der Rentner eine zweit Rente bekommen (Franke: „Das ist der Beweis dafür, daß wir uns der mühevollen Arbeit unterziehen müssen, uns auch dieser Probleme im Fachgremium, dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, anzunehmen und sie zu untersuchen.“). Selbst dies als richtig unterstellt auch für diese 4,6 Millionen Männer und Frauen, so müßten immer noch weit über 3 Millionen von weniger als 500 DM im Monat leben — und von mancher dieser Renten müssen auch zwei leben. Und auf diesem Niveau – das in keinem westdeutschen Altersheim auch nur für die Miete einer Dachkammer ausreichen würde – ist natürlich mit geringem Aufwand viel zu erreichen. 1 DM Arzneimittelgebühr ist hier – ein paarmal wiederholt angewandt – ein Todesurteil. Nicht von heut auf morgen, aber im Verlauf von drei, vier, fünf oder ein paar mehr Monaten. Hat doch letzte Woche der Ehrenberg im Fernsehen erklärt, bei Renten unter *620* DM müßte die Gebühr nicht bezahlt werden. Selbst, wenn es so wäre! Dieser Schreibtischverbrecher, der die Rentner mit den Augen des Henkers sieht und der für *seine* Altersversorgung ausgesorgt hat, rechnet, die unter 620 DM krieg ich auch so weg, da wirken die anderen „Dämpfungen“ genug. Es ist aber nicht mal, dieser Mann bringt keinen Halbsatz über die Lippen, der nicht gelogen ist. Läßt er doch den Nachrichtensprecher hinzufügen, diese Gebühr müßte auch in diesem Fall nur dann nicht gezahlt werden, wenn das Medikament mehr als drei Monate eingenommen werden muß. Im übrigen steht auch davon im Gesetz nichts, so daß es der Willkür der Kassen freigegeben ist. Geistert ja auch jeden Tag etwas anderes durch die Presse.

Mit welcher Gehässigkeit die bürgerlichen Politiker diese neueste ihrer Reformen betrieben haben, kann man aus der Änderung des Kinderzuschusses für Rentner mit Kindern erkennen. Bisher berechnete sich dieser „Zuschuß“ auf ein Zehntel des jährlich angepaßten allgemeinen Bemessungsbetrages. Im Jahre 1976 waren dies 152,90 DM im Monat. Dies ist an sich schon lächerlich. Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz erhält der Rentner nicht. 1977 hätte der Kinderzuschuß 168 DM betragen müssen, da er eingefroren wird, bedeutet dies Kürzung von 15,10 DM im Monat, eine Kürzung, die real durch die Preissteigerungen bereits erfolgt ist. Da der Kinderzuschuß auch ein Teil der Waisenrente auschmacht, wird mit diesem Beschluß zugleich die Waisenrente gekürzt. Natürlich gibt es auch dafür eine schleimige Begründung: der Kinderzuschuß würde sonst immer mehr dem Kindergeld vorauseilen, und sowas sei sozial unausgewogen und ungerecht. Da das Kindergeld von der Inflation zerfressen wird, muß auch der Kinderzuschuß aufgefressen werden, so der Gleichheitsgrundsatz der „Sozialpolitiker“. Kinderzuschuß bekommen vor allem Arbeiter und Angestellte, die früh in Rente gehen müssen, weil ihnen ihre Arbeitskraft vernichtet wurde. Zuerst soll so der erwerbsunfähige Rentner unter die Erde gebracht werden. Hernach bekommt seine Witwe noch 60% seiner Rente als Witwenrente, für das Kind bekommt sie Halbwaisenrente in Höhe von 10% der Rente des verstorbenen Mannes, macht also zusammen noch 70% der alten Rente. Lassen wir den Sozialdemokraten Gerhard W. Brück den Zweck erläutern. In seinem Buch „Allgemeine Sozialpolitik“ schreibt er dazu: „Ein besonderes Problem war von Anfang an, ob man einer jungen Witwe eine gleich hohe Rente wie einer älteren Witwe zusprechen soll. Der Gleichbehandlungsgrundsatz legte eine gleich hohe Rente nahe, arbeitsmarktpolitische und rentenversicherungsfinanzielle Überlegungen sprachen dagegen ... ältere Witwen (über 45 Jahre alt) erhalten eine volle Witwenrente, jüngere erhalten diese nur unter bestimmten Voraussetzungen, *um bei ihnen nicht den Anreiz zur Arbeit zu schmälern.*“ Erschienen ist dieses sozialpolitische Lehrbuch im Bund-Verlag, mit einem Vorwort von Gerd Muhr.

Im einzelnen Fall eine Gruppe der Arbeiterklasse und eine Gruppe der Arbeiter, die auf die Rente angewiesen sind, getrennt zu treffen, um letztlich alle zu treffen, dies ist die niederträchtige Kunst der Rentengesetzgebung und des Rentensenkungsgesetzes.

Wettstreit in der Kunst der Spaltung

Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“, in dessen Kuratorium sich Banken, Regierung und Gewerkschaftsvorstände vereint finden, rät:

„Sozialpolitisch ist es sinnvoller, Privilegien einzelner Gruppen abzubauen und dadurch den Anstieg der Ausgaben zu bremsen, als etwa durch gleichmäßige Kürzungen der Anpassungssätze aller Renten Einsparungen herbeizuführen.“

Schmidt aus Kempten im Bundestag (FDP):

„Wir müssen wirklich deutlich sagen, daß alle Entscheidungen in der Rentenversicherung an demjenigen zu messen sind, der ein volles, echtes Arbeitsleben von 35 bis 45 Jahren in der Solidargemeinschaft war.“

Das Protokoll vermerkt: „(Zuruf von der SPD: Genauso ist es!)“ Hatten sich diese Herren Sprachrohre der Finanzwelt erst ein paar Sitzungen zuvor für ihr „volles, echtes Arbeitsleben“ die Diäten verdoppelt. Die Wechselfälle des Arbeiterlebens dienen ihnen als Vorwand, zu spalten. Bei 40 Versicherungsjahren und durchschnittlichem Lohn betrug die Rente 1976 917 DM, und das meist für zwei Personen. Selbstverständlich, daß mehr als die Hälfte *unter* diesem *Durchschnitt* liegen. Der Streit zwischen Regierungsparteien und Oppositionsparteien ging
parteien und Oppositionsparteien ging
um die Frage, wer das Geschäft der Spaltung besser beherrscht.

„10 Millionen Rentner darf man in ihrer Einkommenssituation doch nicht über einen Kamm scheren“

erinnert Franke (CDU/CSU) vom Rednerpult. Norbert Blüm, dieser Meister der katholisch verklärten Demagogie, bringt es noch besser:

„Ohne Differenzierung aber gibt es keine Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit lebt von der Differenzierung.“ — „Sie scheren wie in allen sozialpolitischen Fragen wieder einmal alles über einen Kamm. Ihr Lösungen sind Dampfwalzenlösungen.“

Blüm bringt es fertig, zuerst die Differenzierung zu fordern und hernach eine differenzierte Lösung für die nunmehr differenzierte Situation. Was antwortet ihm die Sozialdemokratie? Buschfort im Zwischenruf:

„Sie können doch den Gesetzentwurf gar nicht gelesen haben, sonst könnten Sie so etwas nicht behaupten!“

Sind die Renten dank der Rentenformel und der jährlichen prozentualen Anpassung, also vermittels der Inflation, an sich schon weit mehr gespalten, als es das Lohngefüge schon ist, so wirkt die Nettoanpassung auch hier verstärkend. War der Steuersatz auf den niedrigen Lohn etwas niedriger, so kommt auf die entsprechende Rente (die nach dem niedrigeren Lohn berechnet ist) der durchschnittliche – also höhere – Steuersatz in Anwendung. Denn die Nettoanpassung berechnet sich nach Durchschnittswerten. So senkt diese Maßnahme nicht nur die Rente, sie senkt die niedrigen Renten besonders stark.

Insgesamt, so kam in der Parlamentsdebatte heraus, wird eine Rente von 1000 DM (wohl dem, der sie hat) um runde 100 DM binnen eines Jahres gekürzt.

Die CDU und CSU haben lange gebraucht, bis sie dem ausgeklügelten Vorschlag von SPD und FDP etwas ähnlich Gemeines als „Alternative“ präsentieren konnten. Schließlich kamen sie auf den Vorschlag, die Renten zu kürzen, indem ein Beitrag zur Krankenversicherung von zunächst 2,6%, dann 4% und, wie vorgerechnet wurde, in manchen Fällen 8% weggenommen wird. Nachdem die Vorschläge der SPD-Regierung Gesetz geworden sind, ist diese „Alternative“ das nächste, was das hohe Haus zur *weiteren Kürzung* der Renten beschließen wird. Ehrenberg hat es im Bundesrat versprochen.

Die Erhaltung der Lebenskraft des Arbeiters im Alter widerspricht den Interessen der Kapitalisten vollständig

Trotz der Maßnahmen zur Senkung der Renten würde sich ab Jahresmitte die „Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherungen“ weiter öffnen, schreibt die Bundesbank in ihrem Juni-Bericht. Man hört es schon klingeln, die Lücke müsse geschlossen werden.

„Die Einnahmen reichen nicht, die Ausgaben zu decken“, mit dieser falschen Buchhalterphilosohpie versuchen die Bourgeois ihre Verbrechen zu rechtfertigen. Falsch ist diese Sichtweise, weil sie der bürgerlichen Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses verhaftet bleibt und nicht von den Entwicklungsmöglichkeiten der konkreten Produktion ausgeht. Wenn die Volksmassen in Westdeutschland ans Hungertuch getrieben werden, so ausschließlich, weil die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Produktivkräfte an ihrer möglichen Entfaltung hindern, weil sie insbesondere auf der Aussaugung der menschlichen Arbeits- und Produktivkraft beruhen. Diese Fessel wird durch die proletarische Revolution gesprengt werden, und natürlich werden die Produktivkräfte ausreichen, die Volksmassen ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen.

Die Welt der Arbeit und die Welt des Kapitals in der bürgerlichen Gesellschaft stehen sich unversöhnlich gegenüber. Lohn und Profit stehen in direktem Gegensatz. Der Arbeiter gilt nichts, als unmittelbares Verwertungsmittel des Kapitals. Jedes bißchen Lohn, das nicht unmittelbar für die Erhaltung von Arbeitskraft verwandt wird, die dem Kapitalisten Mehrwert produziert oder der Erhaltung der kapitalistischen Produktion dient, ist dem Kapitalisten Verschwendung. So ist die Reproduktion der Arbeiterbevölkerung eine Frage des Klassenkampfes. Der Kapitalist
des Klassenkampfes. Der Kapitalist
will Höchstprofit, durch ein Höchstmaß an Ausbeutung, durch Senkung des Preises der Arbeitskraft. Für die Arbeiter umfaßt der Preis, den die Kapitalisten für den Verbrauch der Arbeitskraft zahlen müssen, auch die Erhaltung der Lebenskraft im Alter. Nicht so für die Kapitalisten. Die alten Arbeiter, deren Arbeitskraft den Kapitalisten keine Mehrarbeit mehr liefert, sind für sie nutzlos und sollen daher unter die Erde. Das ist die Ansicht des Kapitals zur Lösung der „Rentenfrage“.

Die westdeutschen Imperialisten stecken in einer tiefen Krise. Sie sind zu einem Großangriff auf das Lebensniveau der Volksmassen angetreten. Die SPD-FDP-Regierung betreibt dieses Werk, und die CDU-CSU-Opposition stachelt sie dabei zu Höchstleistungen an. Mit den Rentengesetzen versuchen sie, den schwächsten Teil der Arbeiterklasse vernichtend zu schlagen. Gern wollten sie das als „Rentnerfrage“ behandelt wissen, es ist aber eine Existenzfrage für die ganze Arbeiterklasse. Es geht um den Preis, den die Kapitalisten für die Arbeitskraft bezahlen müssen. Es ist fies genug, wenn die Kapitalisten vermittels der Beitragsregelung die Versicherungskosten vom vereinbarten Kaufpreis für die Arbeitskraft abziehen. Niederträchtiger noch ist es, wenn die Sozialdemokraten aus den eigenen Reihen der Gewerkschaft heraus von „ausgewogener Belastung“ reden und so alte gegen junge Arbeiter und Lohnabhängige spalten und aufhetzen wollen. Es handelt sich nicht um einen Gegensatz zwischen Teilen der Arbeiterklasse, sondern zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse. Die Forderungen nach Selbstverwaltung der Versicherungen und vollständiger Bezahlung durch die Kapitalisten stellt die richtigen Fronten her, nämlich Arbeiter gegen Kapitalisten. Um diese Forderungen gibt es Kampf. Sie werden sich durchsetzen, weil sie den objektiven Interessen der Arbeiterklasse entsprechen und ihrem Kampf gegen die Kapitalistenklasse dienen. – (Z-Red.)

Die wichtigsten Maßnahmen des Rentengesetzes:

– Verschiebung der Rentenanpassung vom 1. Juli 1978 auf den 1. Januar 1979
– Höhe der Rentenanpassung nicht nach der Veränderung der Bruttolöhne, sondern wie die Nettolöhne
– Manipulation der allgemeinen Bemessungsgrundlage, die für die Höhe der Renten ausschlaggebend ist; Senkung um etwa 1 Prozent

Ergebnis: Statt am 1. Juli 1978 um 8,4 % werden die Renten erst am 1. Januar 1979 um nur 6,1 % angepaßt. Dies bedeutet bis dahin eine Senkung der Renten um rund 6,5 % gegenüber dem alten Recht.

Zusätzlich:
– Senkung des Kinderzuschusses durch Einfrierung auf 152,90 DM – auch in den Waisenrenten.
– Der Mindestbetrag für die freiwillige Versicherung wird von 18 DM auf 80 DM erhöht.

Durchschnittliche Rentenhöhe in der Arbeiterrentenversicherung Juli 1976:

– Berufsunfähigkeitsrenten:	283,60 DM
– Erwerbsunfähigkeitsrenten:	408,20 DM
– Altersruhegelder, 65 Jahre:	641,20 DM
– Versichertenrenten insgesamt:	591,30 DM
– Witwenrenten:	483,80 DM
– Waisenrenten für Halbwaisen:	216,40 DM
– Waisenrenten für Vollwaisen:	283,40 DM

Im Mai 1977 wurden in der Rentenversicherung der Arbeiter 8,2 Millionen Renten ausgezahlt, in der Rentenversicherung der Angestellten wurden 3,4 Millionen Renten ausgezahlt. Eine Monatsausgabe beträgt 7,3 Milliarden DM.

An alles gedacht ...

Rechtzeitig zur Verabschiedung des neuen Rentengesetzes hat der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger folgende Mitteilung gemacht: „Damit eine rechtzeitige Einstellung der Rentenzahlung an einen verstorbenen Rentenempfänger gewährleistet ist, sind die Hinterbliebenen verpflichtet, den Tod des Rentenberechtigten unverzüglich der Rentenverrechnungsstelle der Deutschen Bundespost, die für die Auszahlung der Rente zuständig ist, mitzuteilen. Für diese Mitteilung sollte das bei allen Postämtern erhältliche Formblatt ‚Änderungsanzeige im Rentendienst‘ verwendet werden. Die Empfänger einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden gebeten, ihre Angehörigen hiervon zu unterrichten.“ Wie die Geier warten die Bourgeois auf die Ergebnisse ihrer Verbrechen.

Einheitliche Versicherung für alle Lohnabhängigen!
Herabsetzung des Rentenalters auf 50 Jahre bei Frauen, 55 Jahre bei Männern!
Erhöhung der Renten auf mindestens 75 Prozent eines Facharbeiterlohns, regelmäßige und gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen!
Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt, durch den Staat!
Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen!

Stahlindustrie: Jetzt die Lohnforderung für den Tarifkampf aufstellen!

Das ist das Kettenglied, um den Angriffen der Kapitalisten entgegenzutreten

„Herr Mehnert (Klöckner-Geschäftsleitung, Red.), Sie mögen vielleicht der Kaufmann der Hütte sein und durch die Preise und Löhne in Südkorea und Japan durchblicken (Gelächter). Das weiß ich im einzelnen nicht so genau, ich weiß aber so viel von der Wirtschaft, daß die Profite aus der schweren Arbeit der Tausenden hier im Saal kommen, und da kommt auch ihr Gehalt her, Herr Mehnert. Und wenn Sie die niedrigen Löhne in Japan und Südkorea bejammern, dann sorgen Sie doch dafür, daß die Arbeiter dort mehr kriegen, aber dafür sind Sie wohl die falsche Adresse. Unser Lohn wird jedenfalls nicht mehr gesenkt! Dafür sorgen wir!"

Klöckner-Werken Hagen-Haspe sollen 200 Arbeiter entlassen werden, Osnabrück-Georgsmarienhütte 600 Arbeiter, Salbach Rosenberg auf der Max-Hütte 1 200 und in Bremen 500.

Mit diesen Entlassungen wollen die Kapitalisten gleichzeitig die Arbeit rationalisieren, um die Produktion zu erhöhen. In Bremen wird auf der Hütte zur Zeit mehr produziert als je zuvor in den letzten Jahren.

Die Arbeiter werden angetrieben, die Aufträge müssen fertig werden, sagen die Kapitalisten. Nur diese Aufträge müssen immer fertig werden, das war vor Jahren schon so. Dazu kommt, daß vor kurzer Zeit noch Kurzarbeit gefahren wurde.



2 000 Klöckner-Arbeiter demonstrierten gegen die Entlassungen. Die Hälfte der Demonstranten waren Angestellte.

Dies ist ein Ausschnitt aus einer Rede eines revolutionären Arbeiters auf der Betriebsversammlung bei Klöckner Bremen, zu der die „Frankfurter Allgemeine" schreibt: „Nach Angaben von Klöckner, ‚sachlich und ruhig' verlaufene Betriebsversammlung", so scheint es nicht gewesen zu sein.

„Der Betriebsrat lehnt daher die Entlassungen grundsätzlich ab", vertrat Betriebsratsvorsitzender Röpke auf der Betriebsversammlung.

Die Kapitalisten wollen entlassen. „Rationalisierung helfe nur in beschränktem Umfang. Da Kurzarbeit keine Dauermaßnahme sei, müsse sich die europäische Stahlindustrie längerfristig auf eine verringerte Kapazität einstellen", erklärte Wolff von Amerongen zur Lage in der Stahlindustrie. „Neu ist allerdings die Heftigkeit", schreibt das „Handelsblatt". In den

„Neu ist allerdings die Heftigkeit", schreibt das „Handelsblatt". In den

Die Kapitalisten wollen die Arbeit intensivieren, und zwar ein Stück. Die Arbeiter in den Werken Bremen und Osnabrück wissen, daß die Arbeit noch nie so schnell erledigt werden mußte, noch nie soviel Druck auf die Arbeiter ausgeübt wurde. Die Auseinandersetzungen verstärken sie, um die Schikane zu bekämpfen.

Es soll nicht nur ein Teil der Belegschaft entlassen werden, sondern die Arbeiter, die im Ausbeutungsverhältnis sind, sollen noch mehr angetrieben werden. Dazu kommt, daß der Lohn der Arbeiter sinkt. Die Lohnerhöhung war schon von vornherein aufgefressen. Die erhöhten Ausgaben vor allem im Sommer machen dies spürbar.

Die Kapitalisten versuchen die Arbeiter zu spalten. Bei Klöckner Bremen sollen im wesentlichen aus der Verwaltung die Angestellten entlassen werden. Dagegen protestierten die

Verwaltung die Angestellten entlassen werden. Dagegen protestierten die

Angestellten bei der Verwaltung. Die Angestellten tun den ganzen Tag nichts, solche Argumente werden bewußt gestreut, um die Einheit zu untergraben. Daran wird deutlich, daß Arbeiter und Angestellte ein gemeinsames Ziel brauchen: Die Entlassungen zu bekämpfen.

Dies reicht nicht aus, den Kapitalisten geht es in ihrem Heißhunger um viel mehr, sie wollen Arbeiter rausschmeißen *und* den Lohn senken. Deshalb kann es für die Stahlarbeiter nur heißen, die Lohnauseinandersetzungen vorzubereiten, um den Kapitalisten heftige Schläge nicht nur auf die Nase zu versetzen, sondern überhaupt.

Die Stahlarbeiter haben bei den letzten Tarifabschlüssen schlecht abgeschlossen, und durch Kurzarbeit haben sie viel Geld verloren. Die Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie sind die ersten im Bundesgebiet, an denen sich die Arbeiter orientieren. Die Stärke der Arbeiterbewegung ist die Grundlage dafür.

Die Forderung muß hoch sein. Streik ist richtig, aber nur im Zusammenhang mit der richtigen Forderung. 200 DM sind das mindeste, darunter geht es nicht, denn auf welcher Linie soll der Streik organisiert werden? Es muß eine solche Forderung sein. Wenn die IGM für den 26. August in Bremen zu einer Vertrauensleutevollversammlung der IGM aufruft, kann das den Arbeitern nur recht sein.

Wenn dem IGM-Vorstand es recht ist, auf dieser Versammlung eine richtige Lohnforderung aufzustellen, ist das noch besser. 200 DM müssen es bei den Stahlarbeitern sein und die Metallarbeiter werden nicht warten können bis zum Winter. 60 Pfennig Lohnerhöhung jetzt wird in verschiedenen Betrieben beraten.

Dies ist die richtige Taktik, die Gier der Kapitalisten nach Profit zu bekämpfen und die gerechten Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Wir sind viele, die Kapitalisten wenige. „Wir können uns einigen, während sie mit anderen Konzernen um den Höchstprofit kämpfen müssen. Und schließlich und vor allem: Wir produzieren den Reichtum, den sie sich unter den Nagel reißen. (sehr starker Beifall) Wir können das auch bleiben lassen (tosender Beifall). Kolleginnen und Kollegen! Wenn ihr mich fragt: Ich weiß, wer hier überflüssig ist! (sehr starker Beifall)" – (N-Red.)

„200 DM? Brauchen tun wir die ganz sicher"

„Ist das nicht ein bißchen happig? 200 DM?!" und *„Das geben die uns nie!"* So reagierten zwei Arbeiter auf der Klöckner Hütte Bremen auf den Vorschlag, für den Lohnkampf eine Forderung von wenigstens 200 DM aufzustellen. *„Und die Entlassungen setzen die auch durch, sollst mal sehen."* *„Das stimmt schon: Wir müssen uns auf eine Lohnforderung einigen, dann können die auch nicht so einfach welche entlassen"*, fuhr der ältere Arbeiter – seit Mitte der fünfziger Jahre auf der Klöckner-Hütte – fort. *„Aber bei 200 DM müssen wir uns alle einig sein und dann die Klamotten hinschmeißen, sonst kriegst du das nicht durch. Bei den Entlassungen ist das doch ganz genau so."* Der andere Arbeiter, Vertrauensmann, fuhr fort: *„Brauchen tun wir die ganz sicher. Aber es müssen alle – auch der Betriebsrat und der Vertreuensleutekörper dafür sein, daß wir nicht mehr arbeiten. Dann kann das hinhauen. Ohne Streik kriegen wir sowieso nichts. Übrigens: Eben haben sie mir ganz beiläufig mitgeteilt, daß wir ab nächste Woche auf 48-Stunden-Weise gesetzt werden."*

Seit Mitte 1974 arbeiten die mei-

Seit Mitte 1974 arbeiten die mei-

sten Arbeiter im Kaltwalzwerk auf 40-Stunden-Weise, d.h. von Montag bis Freitag wechselweise Früh-, Nacht-, Spätschicht. Davor haben die meisten Arbeiter 48-Stunden-Weise verfahren, d.h. jede Woche sechs Tage, und dafür insgesamt sechs freie Tage auf vier Wochen verteilt. Das wollen die Kapitalisten jetzt wieder einführen: den verdichteten Arbeitstag verlängern zum Wohle ihres Profits. Gegenwärtig werden noch Überschichten statt 48-Stunden-Weise verfahren. Das hat für die Kapitalisten den Nachteil, daß das auf die Dauer teurer ist als die Ausweitung der Schichtarbeit und daß die Arbeiter die Möglichkeiten haben, trotz ungeheuren ökonomischen Drucks die Überschichten abzulehnen, einfach weil sie die Schinderei satt haben. Bei der 48-Stunden-Weise muß man Samstag auf Spätschicht und Sonntag auf Nachtschicht kommen. Diese Pläne der Kapitalisten stoßen auf Ablehnung bei den Arbeitern. Daß sie verhindert werden können, dafür ist der Kampf für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag grundlegend. – (Betriebszelle Klöckner, Bremen-Unterweser)

Klöckner, Bremen-Unterweser)

Keiner von uns Arbeitern kann sich sozialdemokratische Vorstellungen leisten

Westberlin. Heute gab es die Lohnabrechnung bei Orenstein & Koppel, einer Baumaschinen- und Waggonbaufabrik in Westberlin. Knapp 1 500 Arbeiter werden hier ausgebeutet.

O & K hat seit Monaten eine Ausnahmegenehmigung für Überstunden, 53 Stunden die Woche sind erlaubt. Überdurchschnittlicher Einsatz wird auch aufgebracht. Die Antreiber sorgen dafür. Auf die Pausen und auf pünktliches Anstellen an den Stempeluhren wird geachtet. Es wird darauf geachtet, daß die Kolonnen die Pläne einhalten. Wenn es dann mal keine Arbeit gibt, weil eine kurze Flaute eingetreten ist, wird man herumgeschoben und noch mehr kontrolliert. Die Stimmung unter den Arbeitern ist dementsprechend. Arbeiter, die um 200 Stunden arbeiten, sind nicht selten. In der Großmontagehalle waren vor ein paar Tagen von ca. 200 Arbeitern 60 Arbeiter schon um 6 Uhr da. Ein türkischer Arbeiter hatte heute bei ca. 220 Stunden im Monat knapp 2 100 DM netto. Er hat vier Kinder.

Ein Betriebsrat meinte dazu, daß die Überstunden freiwillig seien. Doch wer verheiratet ist und Kinder hat, der macht die Überstunden nicht freiwillig. Der Betriebsrat Kuppler weiß da auch eine Antwort. Er meint, daß man nicht alles haben kann, entweder Auto oder eine gute Wohnung.

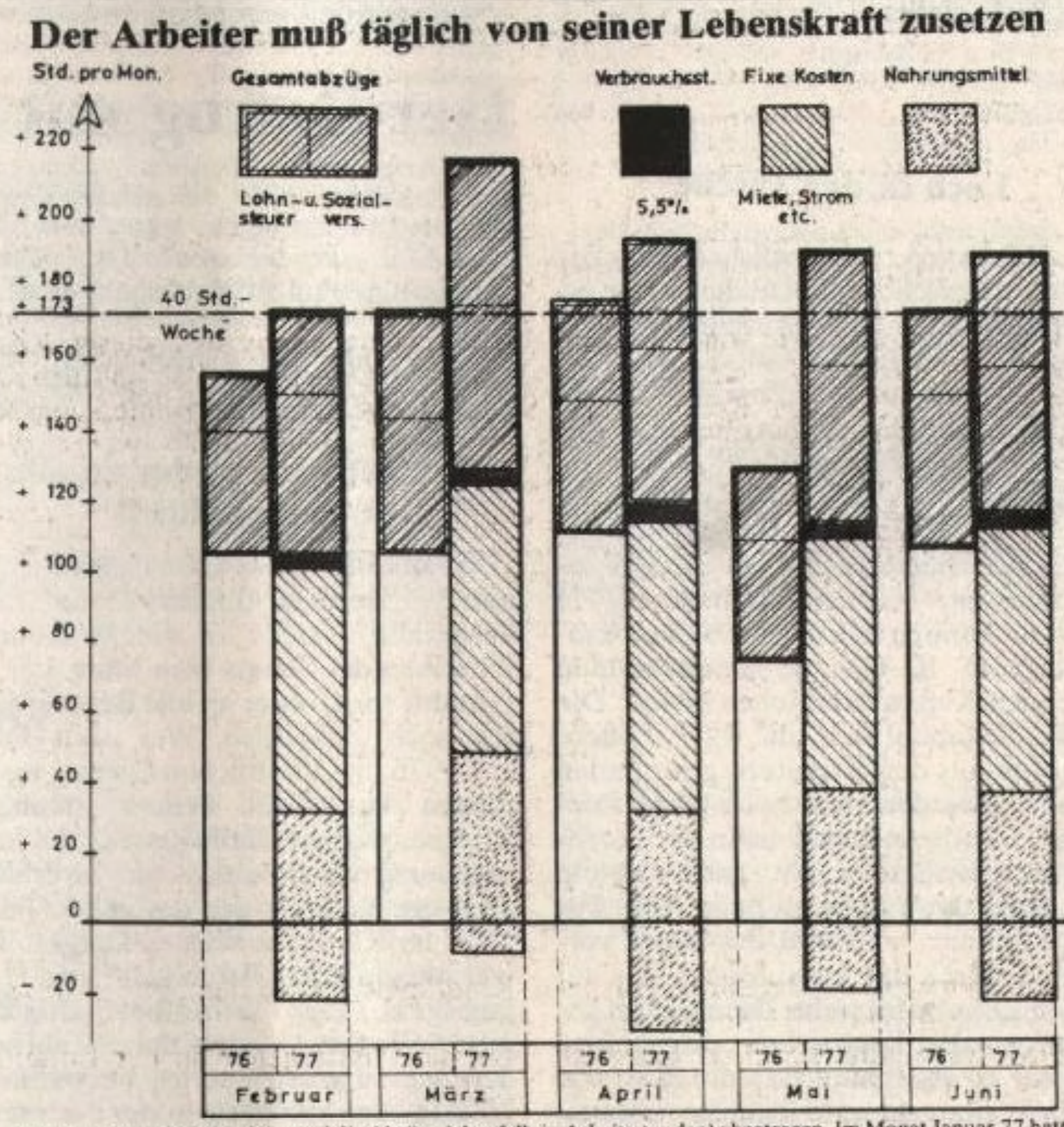
So sollen in Westberlin die Fahrpreise ab 1. August um 23 % steigen. In der Urlaubszeit kamen ungefähr 450 Kollegen mit der BVG (Berliner Verkehrsgesellschaft) zur Arbeit. Gas, Wasser, Müllabfuhr, Straßenreinigung, Beerdigungsgebühren, Anmeldungsgebühren und die Geburtsurkundengebühren, alles ist gestiegen, um den Lohn zu mindern. Damit wollen sie die Arbeitskräfte billiger bekommen als je zuvor. Viele Kollegen haben auch schon im ersten Monat das Lohnkonto überzogen und sind höchstens zwei Tage im Plus.

Die staatliche Ausplünderung verteidigen die sozialdemokratischen Betriebsräte nicht. Sie wollen aber ablenken und erzählen was von einer Preissteigerungsrate von 4 %. Ich habe ihnen erklärt, wie so etwas zustande kommt. Die billigen Sachen werden viel teurer, die guten Sachen bleiben gleich oder werden billiger. Das Preisamt von Westberlin gibt uns recht. Eisbein ist um 30 % teurer als im Vorjahr, Schweinekamm um 19 % und Schnitzel ein Groschen billiger. Sie pochen trotzdem darauf, daß der Schnitt bei O & K ohne Überstunden bei 10,54 DM pro Stunde liege, so 2 000 DM brutto. Daß es nur 1 800 DM brutto sind, habe ich ihnen vorgerechnet. Bei uns in der Halle hat bis jetzt jeder gesagt, daß er nicht hinkommt.

Als wir uns ins Bewußtsein gerufen haben, daß dieser Lohn ohne einen Pfennig Erhöhung noch bis April 1978 reichen soll, hat niemand gewußt, wie das noch gehen kann. Kuppler, der Betriebsrat, sagte dazu, daß es mehr Lohn ab Januar gebe. Daß aber erst im April gezahlt werden soll, das weiß er so gut wie wir, wollte aber abwiegeln.

Ein Arbeiter sagte vor einer Weile, daß es erst mal richtig rummsen müßte und dann wird gestreikt. Auf der Betriebsversammlung muß es aus den Abteilungen geklärt werden, und es müssen 60 Pfennig mehr die Stunde sein, die wir fordern. Es wird dem Betriebsrat dann nur eine Antwort möglich sein. Lavieren kann er dann nicht. – (Betriebszelle O & K. Westberlin)

Der Arbeiter muß täglich von seiner Lebenskraft zusetzen



Für 76 sind nur der Nettolohn und die Abzüge (ebenfalls in Arbeitsstunden) abgetragen. Im Monat Januar 77 hatte der Arbeiter einen Netto-Stundenlohn von 7,49 DM und im Juni von 7,85 DM. An seiner Lage hat das nichts gebessert.

Am Lohn eines Arbeiters bei Vulkan/Bremen haben wir untersucht, ob der Lohn noch ausreicht, die Arbeitskraft täglich zu reproduzieren. Das Ergebnis: Viel länger geht dieser Tarif nicht mehr. Der Lohn reicht nicht für die tägliche Wiederherstellung der Arbeitskraft und die Erhaltung von Frau und Kind. Der Arbeiter muß täglich von seiner Lebenskraft zusetzen. In der Tat ist die Kapitalistenklasse eine Blutsaugerklasse, die sich aus der Lebenskraft der Arbeiter speist.

Das Schaubild zeigt, schon bei dem derzeit geltenden 8-Stunden-Normalarbeitstag zehren Ausbeutung durch die Kapitalisten und Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat an der Lebenskraft des Arbeiters. Für die Darstellung haben wir alle Ausgaben des Arbeiters wie Lohnsteuer, Versicherungen, fixe Kosten, wie Miete, Strom, Müllabfuhr etc. und die Lebensmittel für einen Zweipersonenhaushalt mit Kind (nach dem täglichen Essensvorschlag des „Weser-Kurier" und den in der „Frankfurter Allgemeine" angegebenen Durchschnittspreisen) in Arbeitsstunden umgerechnet; darin sind nicht enthalten Kleidung, Einrichtung usw. Durch die Arbeit der Frau und zusätzliche Arbeit nach Feierabend wird der Tatbestand der Unterkonsumtion nur notdürftig verhüllt, denn natürlich kann sich die Arbeiterfamilie auch bei Arbeit der Frau nicht nach den Vorschlägen des „Weser-Kurier" bei der Ernährung richten.

Einzelhandel: Der Lohnraubabschluß ermuntert die Kapitalisten nachzusetzen, er kann nicht hingenommen werden.

Westberlin/Braunschweig/Göttingen. Anfang Juli wurde auch in Westberlin der neue Tarifvertrag abgeschlossen. 6,8 % mehr Lohn, 50 DM Urlaubsgeld und ein Tag mehr Urlaub ist dabei herausgekommen. „Wir waren über die Höhe des Angebots ganz überrascht, deshalb haben wir gleich zugeschlagen", so äußerte sich eine Sozialdemokratin aus der Tarifkommission, Betriebsrätin bei Bilka, das zum Hertie-Konzern gehört.

Hohn und Spott wird jetzt über die Lohnabhängigen im Einzelhandel ausgegossen. 6,8 % bedeutet für die Masse der Beschäftigten in den Gehaltsgruppen K1, K2 z.B., in denen Verkäufer, Verkaufshilfen, Telefonisten zusammengefaßt sind, im 5. Berufsjahr zwischen 66,91 und 78,54 brutto. Neues Gehalt: zwischen 984 DM und 1 158 DM. Dieser Tarifabschluß schafft Raum für die Einzelhandelskapitalisten, die Arbeitshetze zu steigern, den Arbeitstag zu verlängern, zur Spaltung. Wie das angepackt wird, haben Kollegen in Braunschweig und Göttingen z.B. schon erfahren.

Bei Hertie Göttingen wurden die Lohnerhöhungen auf die übertariflichen Zulagen angerechnet, kein Pfennig mehr sprang heraus. Bei Karstadt/Braunschweig haben zunächst alle den nackten Tarif ausgezahlt bekommen, auch diejenigen, die mit Zulagen bereits darüberlagen. Der Personalchef ist im Urlaub, wenn er zurückkommt, soll ausgemauschelt werden, wem die Zulagen angerechnet werden und wem nicht.

Auf Grundlage des Abschlusses wird rationalisiert. In Westberlin schließt Hertie das Kaufhaus Chausseestraße. Der größte Teil der 400 Beschäftigten wird auf der Straße liegen. Das Lager Rudow wird geschlossen (Mietkosten 30 000 DM), der gesamte Versand im Zentrallager konzentriert und im wesentlichen von Leiharbeitern und Sklavenhändlerfirmen erledigt. In der Warenannahme schaffen heute nur noch drei Arbeiter gegenüber sechs vor einem Jahr. Bei den Möbelfahrern werden die Touren ausgedehnt und sollen mehr Möbel von weniger Fahrern angeliefert werden.

Bis jetzt packen die Fahrer das so an, daß sie behaupten, den Kunden nicht angetroffen zu haben. Das schafft jedoch nur Luft für den Tag. Jeder spürt, daß das keine Lösung ist. Wenige Wochen nach dem Abschluß wird über die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung diskutiert. Das wird nicht einfach sein. Aber es geht. Der Sommerschlußverkauf bietet sich an. Festgeld muß es sein, die übertariflichen Zulagen dürfen nicht angerechnet werden. Darüber kann die Einheit hergestellt werden.

Ferienarbeit

Hannover/Posthausen. Der zwölfjäh-

Ferienarbeit
Hannover/Posthausen. Der zwölfjäh-

rige Sohn eines Conti-Arbeiters berichtet: „Mein Vater verdient wenig. (...) Ich muß mir mein Taschengeld selbst verdienen und wir haben viele Schulden. Jetzt arbeite ich schwarz in einer Spielwarenhandlung am Lager. Ich hole Kisten mit dem Chef vom Bahnhof ab, packe sie aus, schreibe Preise auf und sortiere das Spielzeug. Die Kisten sind ungefähr einen Meter mal einen halben Meter. Die Arbeit geht von 10 Uhr bis 13 Uhr und von 15 Uhr bis 16 Uhr. Für die ganze Arbeit bekomme ich im Monat 100 DM. Das ist ein Lohn von 1,25 DM in der Stunde".

Bei Dodenhof in Posthausen werden Schüler und Studenten für 4,50 DM (unter 18 Jahren) und 5 DM (über 18 Jahren) beschäftigt. Teilweise wurden sie in der letzten Zeit in einem Zelt mit Campingwaren als Verkäufer eingesetzt. In dem Zelt war es bis zu 45 Grad heiß.

Die Kapitalisten nutzen die Not der Arbeiterfamilien, um Kinder und Jugendliche für ein Taschengeld in die Lohnarbeit zu zwingen.

Tarifloser Zustand in der Osnabrücker Bekleidungsindustrie

Osnabrück. In der Bekleidungsindustrie in Osnabrück werden knapp 2 000 Arbeiter ausgebeutet. Die Löhne sind niedrig. Die Statistik der Stadt Osnabrück gibt für 1975 einen durchschnittlichen Bruttolohn von 1 269 DM für die Bekleidungsindustrie an. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung" vom 14.7. lassen die Kapitalisten melden, sie würden nun „freiwillig" 6,4 % mehr Lohn und Gehalt zahlen, 5 % mehr Jahressonderzahlung und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 20 DM. Die Gewerkschaft Textil/Bekleidung hat die Tarifverhandlung für gescheitert erklärt, weil die Kapitalisten keinen zusätzlichen Urlaubstag geben wollen. Den Sozialdemokraten in der Gewerkschaft geht es um die Übertragung des Lohnraubtarifvertrages aus den anderen Tarifbereichen. Den Kapitalisten geht es darum, diesen noch zu unterbieten. Die Gewerkschaft hat erklärt, sie wolle jetzt Haustarifverträge aushandeln. Spaltung statt Kampf planen die Sozialdemokraten. Während die Arbeiter im Betriebsurlaub sind, wollen sie den Lohnraub unter Dach und Fach bringen.

England: Folgen des „Sozialpakts“

Hohe Löhne sind die Hauptursache der Inflation, das war eine der Lügen, mit denen die Bourgeoisie den Lohnraub gegen die englischen Arbeiter durchgesetzt hat. Wie weit sie die absolute Verelendung vorangetrieben haben, kann man aus dem ersten Schaubild nur erahnen, weil die Räubereien über die Steuerschraube und die Sozialversicherungen und die verschärfte Arbeitshetze noch gar nicht berücksichtigt sind. Ist die Lüge, daß die Löhne die Inflation treiben, jetzt geplatzt, rufen sie um so unverhohlener nach der direkten Unterdrückung und verbreiten zugleich neue Lügen. Über die Zürcher Zeitung verbreiten die Kapitalisten, daß die Unterdrückung den „Sinn für die Möglichkeiten der britischen Volkswirtschaft“ schärfen soll.

„Doch obwohl die Lohnbegrenzung zur Inflationsbekämpfung bei weitem nicht ausreicht, möglicherweise sogar überhaupt nicht direkt dazu beiträgt, halten breite Kreise der Regierung, der Opposition, der Gewerkschaftsführung und auch der internationalen Geldgeber eine Lohnpolitik für die englischen Verhältnisse als *notwendig*, nämlich zur *Erziehung und Disziplinierung* der Gewerkschaften, die teils wegen Rivalitätskämpfen und teils wegen begründeter Unzufriedenheit vielfach den Sinn für die Möglichkeiten der britischen Volkswirtschaft verlieren.“

Pence | Index
Bruttostundenlohn
Stundenlohn inflationsbereinigt
O–O Index Lebensmittelpreissteigerung
150 | 100 | 50 | 200 | 100

Index | Index Produktivität
O–O pro Beschäftigten
— Arbeitslose
Arbeitslose in Mio
120 | 110 | 100 | 1,3 | 1 | 0,7

Streiktage in 1000
110 | 100 | 0,7

Streiktage in 1000
Einführung des Sozialpaktes
20 | 15 | 10 | 5
1970 | 71 | 72 | 73 | 74 | 75

Die Rücksichtnahme auf die begrenzten „Möglichkeiten der britischen Volkswirtschaft“ wird auch die wichtigste Rückzugslinie der reformistischen Gewerkschaftsführer sein, von der sie aus zur „Mäßigung“ im Lohnkampf aufrufen, nachdem die englischen Arbeiter den „Sozialpakt“ gesprengt haben. Was sind die „Möglichkeiten der britischen Volkswirtschaft“? Für die Kapitalisten bestehen sie in der schrankenlosen Ausbeutung der englischen Arbeiter, die ihre Grenze einzig im physischen Existenzminimum der Arbeiterklasse findet, und für die Arbeiterklasse bestehen sie im Kampf um dies Existenzminimum und im Sammeln der Kraft, um die gesamte Ausbeuterordnung zu zerschlagen. Da gibt es keine Gemeinsamkeit. Das Lohnsystem ist ein Gewaltverhältnis, was beim Zerbrechen der Lügen um so deutlicher wird. Als erste Reaktion auf die Demonstration der 20 000 vor Grunwick hat die Regierung jetzt die Änderung des Streikpostengesetzes angekündigt: die Zahl der Streikposten soll begrenzt werden und nur die dürften Streikposten sein, die ein „legitimes“ Interesse am Streik haben. Wer das hat, will die Regierung bestimmen. – (Z-Red.)

Urlaubszeit: Neue Maßstäbe in der Abpressung von Mehrarbeit werden gesetzt

VW: Während der Werksferien Produktionsumstellungen zur weiteren Rationalisierung

Wolfsburg. Das VW-Werk Wolfsburg ist vom 11.7. bis 29.7. geschlossen. Werksurlaub. Trotzdem arbeiten zur Zeit 6 000 Arbeiter und Angestellte. Es werden aber nicht nur Reparaturarbeiten durchgeführt, sondern die VW-Kapitalisten nutzen den Urlaub, um Umbauten für die Produktionsumstellung durchzuführen, mit der sie die Ausbeutung der VW-Arbeiter verschärfen und weitere Marktanteile gewinnen können.

Durch Produktionsverlagerungen soll die Spezialisierung der einzelnen Werke vorangetrieben werden. Salzgitter soll zentrales Motorenwerk werden, Braunschweig für Achsen und Fahrwerk, Hannover für die Transporterserie, Wolfsburg für die Modelle bis zur Größenordnung des Golf und Emden für den Passat. In Wolfsburg sind von dieser Umstellung etwa 2 300 Arbeiter betroffen. Ca. die Hälfte wird auf die Kaienzeitliste gesetzt und bekommt entsprechend der Betriebszugehörigkeit befristeten Lohnausgleich. Danach erfolgt eine Lohnsenkung.

Im Großpreßwerk Halle 2 werden an vielen Pressen die elektrischen Anlagen umgebaut. Bisher haben solche Umbauarbeiten zu einer Vergrößerung der Hubzahl pro Minute geführt und damit zur Vergrößerung der Arbeitshetze; denn im Großpreßwerk ist die Stückzahl, die die Arbeiter pro Schicht schaffen müssen, weitgehend von der Anzahl der Hübe, die eine Presse schafft, abhängig.

Nach dem Urlaub wollen die VW-Kapitalisten ein neues Passat-Modell auf den Markt werfen. Die Produktion läuft bereits jetzt im Urlaub an. Die wesentliche Änderung an diesem Modell ist nicht etwa die neue Form, sondern die damit ermöglichten Produktionsumstellungen, die eine Intensivierung der Arbeit zulassen. So hat der Passat Kunststoffstoßstangen. Der langwierige Arbeitsprozeß des Verchromens fällt weg. Nach und nach sollen alle VW-Modelle mit diesen Kunststoffstoßstangen ausgerüstet werden und weitere Arbeiter in der Stoßstangenfertigung wegrationalisiert werden. Auch das soll Lohnsenkungen zum Ergebnis haben, denn insbesondere in der Galvanik sind die Lohngruppen relativ hoch.

Wenn die VW-Arbeiter aus dem Urlaub kommen, wird sich ihnen also die Frage, ob das Fortschreiten der absoluten Verelendung hinnehmen oder dagegen kämpfen, mit noch größerer Schärfe stellen. – (Betriebszelle VW)

Lohngruppen relativ hoch.
Wenn die VW-Arbeiter aus dem Urlaub kommen, wird sich ihnen also die Frage, ob das Fortschreiten der absoluten Verelendung hinnehmen oder dagegen kämpfen, mit noch größerer Schärfe stellen. – (Betriebszelle VW)

Mit weniger Arbeitern mehr Tonnen, aber auch mehr Schrott

Osnabrück. Jetzt in der Urlaubszeit wollen die Klöckner-Kapitalisten in Erfahrung bringen, wie weit ihre Maßnahmen überhaupt durchsetzbar sind. Bricht die Produktion zusammen? Und sind die Stahlarbeiter zu Überstunden zu bewegen? Der jetzige Zustand entspricht dem, wenn die 600 geplanten Entlassungen durchkommen. Mit weniger Belegschaft mehr Tonnen, so ist die Produktion geplant. An den Pressen im Hammerwerk ist in den letzten Wochen bis zur Hälfte mehr über dem Soll geschmiedet worden. Überall fehlen Arbeiter, die im Urlaub sind.

Die Kranführer müssen umsteigen, die Glühöfen müssen von der Pressenmannschaft mitbedient werden. Mehr heiße Blöcke geschmiedet, heißt öfters umhängen und öfters umspannen, und das alles bei Hallentemperaturen über 40 Grad, so daß der Schweiß läuft. Pausen sind nicht drin. Nebenher haut man sich eine Stulle rein und säuft das „Sozialwasser“, welches die Klöckner-Kapitalisten sich bei 24 Grad um 10 Uhr genüßlich abquetschen lassen. In den Büchern sollen dann die hohen Tonnagen ausgeglichen werden.

Im Schmelzbetrieb sieht es nicht anders aus. Im Juni wurden über 15 000 Tonnen geschmolzen. Letzte Woche ist kurzgearbeitet worden. Doch nicht alle wurden in Kurzarbeit geschickt. Noch schnell vor der Kurzarbeit sollte ein 200-Tonnen-Block gegossen werden, doch der ging direkt in die Grube. Die Kokille war geplatzt, also Schrott. Der Stahl mußte jetzt aus der Grube rausgebrannt werden. Zweimal sind die dicken Seile am 150-Tonnen-Kran gerissen. Da in Georgsmarienhütte kurzgearbeitet wurde, kamen die meisten Chargen in die Stahlgießerei. Die konnte die Tonnen kaum noch fassen. Die Stücke mußten fast flüssig gezogen werden. Die Spät- und Nachtschicht hatte alle Hände voll zu tun. Der Kranführer war froh, als er Pause hatte, als der Kran in Reparatur mußte. Endlich konnte er mal absteigen. Neunmal hintereinander sind beim E-Ofen 5 die Kohlen abgebrochen. Die ganzen Reparaturleute wurden zusammengerufen. Nichts konnte gemacht werden. Der Ofen mußte runtergefahren werden. Bereits ein Abstich weniger. Dies sollte mit dem E-Ofen 4 nachgeholt werden. Der steht bereits seit Weihnachten. Der Betriebsleiter hat sich geweigert, den Startschuß zu geben, da die Kurzarbeit vereinbart worden war unter der Bedingung, daß E-Ofen 4 nicht mitläuft. Der Betriebsrat wurde gesucht, der dann entschied, den Ofen anzufahren. Jetzt während der Kurzarbeit müssen die Ofenmaurer ran, um den Ofen neu auszumauern. In der Stahlputzerei haben die Brennarbeiter in der letzten Woche Galopp-Schicht machen sollen. Nicht als Überstunden bezahlt, sondern zum Abfeiern. „Der Auftrag soll schnell raus, aber bezahlen wollen die nicht. Da mache ich nicht mit, sollen die doch selber machen“, war die Antwort der Arbeiter. Im I undR-Bereich sind die Schichten nur mit drei anstatt vier Mann besetzt. Zum Beispiel bei den Schlossern. Kaum noch einer ist in Frühschicht da. „Wo soll ich die Leute hernehmen“, mault der Meister.

Im Bereich Technischer Dienst und vor allem in der Maschinenabteilung sollte nach Meinung der Betriebsleitung Mehrarbeit gefahren werden. Der Betriebsrat hat abgelehnt. Im Behälter- und Apparatebau wird zum Teil Mehrarbeit gefahren. Im Reifenräderwalzwerk sind drei Sonderschichten gefahren worden, und jetzt ist Betriebsurlaub. In der Stahlkontrolle gab es auch Mehrarbeit.

Die verschärfte Arbeitshetze soll hingenommen werden mit dem Argument: Man solle doch Rücksicht nehmen, da der Plan zum Urlaub großzügig ausgelegt sei und jeder seinen Urlaub gekriegt habe, wann er wollte. Dafür müsse man jetzt auch eine Schichtunterbesetzung hinnehmen. Das ist gut gesagt. Denn jetzt während der Hitze geht am meisten kaputt. Dann muß man in Kranschaltkabinen mit Temperaturen von über 60 Grad. Eine Stunde da drin und ein Schütz wechseln, dann ist man fertig für die nächsten sieben Stunden. Noch nie wurde so viel Schrott produziert wie jetzt. Jetzt in der Urlaubszeit wirken sich die 270 Entlassungen vom Dezember, die 70 Umbesetzungen nach Georgsmarienhütte und die Änderung der Schichtpläne im Schmelzbetrieb aus.

Läßt man die Klöckner-Kapitalisten mit ihrer Umsetzungs- und Entlassungspolitik durch, bedeutet es noch mehr schwitzen und eine Senkung des Lohnes. Der Widerstand entwickelt sich, wo jetzt während der Urlaubszeit die Produktion fast mörderisch wird. Es gehen wenn auch einfach vieles zu Schrott. – (Zelle Klöckner/GM-Hütte, Osnabrück)

Der Ofen mußte runtergefahren werden. Bereits ein Abstich weniger. Dies sollte mit dem E-Ofen 4 nachgeholt werden. Der steht bereits seit Weihnachten. Der Betriebsleiter hat sich geweigert, den Startschuß zu geben, da die Kurzarbeit vereinbart worden war

Urlaubssperre im Sommerschlußverkauf

Kiel. Am 25. Juli beginnt der Sommerschlußverkauf (SSV). Für die Beschäftigten im Einzelhandel bedeutet das Mehrarbeit. Vorsorglich ist in der Woche vorher bei Hertie Kiel Urlaubssperre für die Angestellten in der Dekorationsabteilung. Selbst außerhalb dieser offiziellen Sperrzeiten haben Beschäftigte keinen Urlaub bekommen, mußten ihn in den Herbst legen, oder andere mußten den Urlaub zerstückeln. Für die Verkäuferinnen fängt die meiste Arbeit am Freitag vor dem SSV an, und Samstag sind für alle Überstunden angesetzt.

Aus den letzten Jahren haben wir die Erfahrung gemacht, daß in der Urlaubszeit die Arbeit auf die übrigen verteilt wird. Insgesamt ist die Zahl der Beschäftigten bei Hertie Kiel von 1976 auf 1977 von 927 auf 912 um 15 gesunken. Das aber nicht gleichmäßig über das ganze Haus verteilt, sondern z.B. in der Deko-Abteilung und im Lager sind mehr Leute nicht ersetzt worden, die gekündigt haben. Praktisch sieht das so aus: In der Plakatmalerei waren anfangs fünf. Jetzt sind es drei fest Angestellte und eine, die meist vier Tage in der Woche kommt, wenn viel zu tun ist. Die Arbeit bleibt aber. Schon bei der letzten Aktion wurde einem Angestellten vom Abteilungsleiter gesagt, daß er mal Überstunden machen könne oder Samstag kommen könne, wenn er sähe, daß er nicht fertig werde. (Eine Angestellte und die Aushilfe hatten das gemacht, weil sie dafür auch ein anderes Mal frei bekommen konnten.)

Jetzt muß ein Lehrling die Arbeit mitmachen und gleichzeitig noch im Siebdruck und bei Kinderaktionen einspringen. Einen Tag ist er noch in der Berufsschule. Die Schilder, die früher in 10 Tagen gedruckt wurden, sollen jetzt in 7 Tagen gemacht werden. Von Ausbildung ist da nicht mehr viel, es sei denn, man versteht darunter, daß die Lehrlinge lernen sollen, ordentlich reinzuklotzen.

Das Beispiel kann beliebig übertragen werden. Kommt zu den Urlaubern noch hinzu, daß Kollegen krank werden, so muß man gleich für drei arbeiten. Vieles bleibt dabei einfach liegen, was dann wieder Ärger mit den betreffenden Abteilungsleitern gibt. Für die Verkäuferinnen ist auch jetzt schon ziemlich viel Arbeit, weil in Kiel viele Touristen sind und dadurch auch die Geschäfte voll. Am SSV-Montag beginnt der Ansturm schon um 8 Uhr und dauert bis 18 Uhr (nachdem am Samstag schon länger gemacht wurde).

Wir brauchen die Einhaltung des Achtstundentages und eine Fünftagewoche für alle, um den Siebenstundentag zu erkämpfen. Sonst ist die Wiederherstellung der Arbeitskraft nicht zu gewährleisten. – (Bezirk Holstein/Hertie-Zelle)

Urlaubssperre im Sommerschlußverkauf
Kiel. Am 25. Juli beginnt der Sommerschlußverkauf (SSV). Für die Beschäftigten im Einzelhandel bedeutet das Mehrarbeit. Vorsorglich ist in der
Wir brauchen die Einhaltung des Achtstundentages und eine Fünftagewoche für alle, um den Siebenstundentag zu erkämpfen. Sonst ist die Wiederherstellung der Arbeitskraft nicht zu gewährleisten. – (Bezirk Holstein/Hertie-Zelle)

Loch in der Tasche

Hannover. „Einheitliches Ziel aller am Tarifgeschehen Beteiligten war es, die von der metallverarbeitenden Industrie gesetzte Abschlußhöhe von 6,9 % nicht als Schallmauer anzuerkennen. Die Begründung hierfür lag in der besseren Ertragssituation der chemischen Industrie … 7 % mehr Lohn und Gehalt können sich in der tarifpolitischen Situation des Jahres 1977 sehen lassen.“ (Gewerkschaftspost 7/77) Damit können sich die Sozialdemokraten im IG-Chemie-Hauptvorstand bei den Chemiekapitalisten sehen lassen: Die Chemiekapitalisten, die 1976 höhere Profite aus den Arbeitern geschunden haben, werden jetzt noch mehr kriegen. Für die Arbeiter ist in der „tarifpolitischen Landschaft“ nichts als ein Loch in der Tasche zu bemerken. Für den Monat Juni wird das etwas verdeckt durch das Urlaubsgeld, das auf dem Lohnzettel steht. Die meisten haben es allerdings schon ausgegeben, bevor es überhaupt da war; es ist wie das Weihnachtsgeld Teil des Lohnes, mit dem man schon im voraus verplant und meistens auch ausgeben muß. Wer im Juni Urlaub genommen hat, ist noch darüberhinaus beschissen worden. Urlaubsgeld, „Lohnerhöhung“ und Nachzahlung von Mai, die 7 % rückwirkend auf einem Lohnzettel. Das heißt bei einem Stundenlohn von 8,64 DM und Steuerklasse 4 323,50 DM Lohnsteuer statt 199 DM, 173,70 DM Rentenversicherung statt 130,80 DM, 92,64 DM Krankenversicherung statt 69,76 DM im Vormonat, beides bei 176 Stunden im Monat und einem Urlaubsgeld für 12 Arbeitstage.

Durch das Urlaubsgeld wird die Wirkung des Tarifs etwas abgemildert. Umso stärker wird sie im nächsten Monat durchschlagen, wenn zum ersten Mal nur der neue Tarif ohne Nachzahlung und Urlaubsgeld gezahlt wird.

Jeder kann sich's ausrechnen, was bei 100,35 DM brutto netto herauskommt. – (Zelle Conti Hannover)

Der Betrug mit dem Urlaubsgeld

Gezahlt wird weder an alle noch einheitlich

Westberlin. „Das Urlaubsgeld wird mit den Bezügen für den Monat Juli ausgezahlt“, steht in einem Rundschreiben des Senats vom März 1977. Gezahlt wird weder an alle Beschäftigten noch einheitlich. Wer nach dem 1.7.1976 im Öffentlichen Dienst angefangen hat, sieht keinen Pfennig. Ebenso, wer die Stelle gewechselt hat und kurzfristig arbeitslos war. So erhält jetzt ein Kollege, der das ganze Jahr 1976 im Klinikum Westend angestellt war, wegen acht „Fehltagen“ kein Urlaubsgeld. Die Teilzeitbeschäftigten mit 20 Wochenstunden, deren Zahl bei den Schreibkräften steigt, bekommen 75 DM brutto, weil sie ja nur die halbe Zeit arbeiten. Das ist dann gerecht. Und weil Gerechtigkeit schwer zu errechnen ist, zahlt der Paritätische Wohlfahrtsverband den Erzieherinnen, die nach BAT bezahlt werden und 7/8 Verträge (gleich 35 Stunden/Woche) haben, auch 75 DM. 100 DM Urlaubsgeld kriegen die Auszubildenden, aber nicht alle. Am Klinikum Steglitz haben am 1.4.1977 40 die Ausbildung begonnen. Tarifvertraglich wurde ihnen der Lohn um rund 100 DM gesenkt. Urlaubsgeld gibt es für sie nicht. Ausgenommen von dieser Zulage sind auch über 300 studentische Mitarbeiter an der FU und alle 1 400 Arbeiter und Angestellten, die gezwungen sind, für Hungerlöhne im ABM-Programm (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) zu arbeiten.

Nach dem Lohnraubabschluß, der dem staatlichen Dienstherrn mit Hilfe der Gewerkschaftssozialdemokratie gelungen ist, soll jetzt über das Urlaubsgeld die Spaltung der Beschäftigten, ihre Zersplitterung, vertieft werden.

Die das Urlaubsgeld bekommen, denen soll der Blick verstellt werden für den nackten Lohn, damit die Frage nicht aufgeworfen wird: Verelendung oder Kampf um ausreichenden Tariflohn. So steht es aber, und der Betrug mit dem Urlaubsgeld ist erst erlarvt durch die Untersuchung der Tariflöhne. In den Vergütungsgruppen VI und V bleiben von den 150 DM brutto etwa 80 bis 90 DM netto. Eine Verwaltungsangestellte, 27 Jahre, verheiratet, BAT Vc, Steuerklasse 4, hatte im Juni 1 414,20 DM netto und im Juli 1 492,66 DM. Von den 150 DM Urlaubsgeld werden ihr über die Steuern und Sozialabgaben 71,54 DM weggeplündert. In den unteren Lohngruppen reicht der Lohn nicht mehr zur Reproduktion der Arbeitskraft auf dem von der Arbeiterklasse erkämpften Niveau. Urlaub geht, wenn überhaupt, nur mit Schuldenmachen. Das sieht man leicht am Lohn einer Angestellten, BAT VIII, Steuerklasse 1, in den letzten drei Monaten. Im Mai hatte sie 1 371,98 DM netto (da war die Erhöhung von Februar und März mit drin), im Juni waren es fast hundert Mark weniger, 1 275,17 DM..Im Juli wird dieser Hungerlohn verschleiert durch die Urlaubszulage. 1 367,46 DM hat sie diesen Monat auf dem Konto, im nächsten werden es wieder über 90 DM weniger sein.

Die Verschleierung durch das Urlaubsgeld, das im Tarifvertrag bis zu Zulage für 1977 und 1978 vorgesehen ist, ist dünn. Wird es gründlich zerrissen, kann der Kampf um einen ausreichenden Tariflohn aufgenommen werden. – (Bezirk Westberlin)



Am Warnstreik haben sich nach Angaben der Gewerkschaft HBV ca. 500 Lohnabhängige aus Westberliner Buchhandlungen und Verlagen beteiligt. Mit Transparenten, Schildern und Wandzeitungen zogen die Streikenden aus verschiedenen Betrieben vor die Schwerpunktbetriebe

Abbau und Ausbau: Rationalisierung und Militarisierung im öffentlichen Dienst

Der bürgerliche Staat nimmt als Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse die Gesamtinteressen der Kapitalisten wahr, im Stadium des Imperialismus, entwickeltes und schon faulendes Stadium der Ausbeuterordnung, daher die imperialistischen Interessen der Monopolkapitalisten und der Finanzbourgeoisie: Expansion und Kriegsvorbereitung.

Das heißt allgemein gefaßt für den bürgerlichen Staatsapparat: für das Kapital die günstigsten Bedingungen herstellen, die eine rasche Akkumulation von Kapital erlauben; die Sicherheit des akkumulierten Kapitals für immer größere Anlagen in allen Teilen der Welt gewährleisten durch die Aufrüstung nach innen und nach außen; allen Ballast, der der Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Imperialisten im Wege steht, abwerfen.

Schnelle Akkumulation muß sein, um große Mengen von Kapital zu realisieren, damit die Imperialisten mit der nötigen Potenz in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt auftreten können. Rasche Akkumulation heißt aber nichts anderes als Realisierung des Mehrwerts, der durch die Ausbeutung der Lohnarbeiter entsteht und im Wert der Produkte enthalten ist. Die Kapitalistenklasse sorgt in der Produktion dafür, daß die Produktion intensiviert, die Ausbeutung verschärft und die Kosten, der Lohn, gesenkt werden. Damit ist aber der Mehrwert, der den Profit für die Kapitalisten bringt, noch nicht realisiert. Die Waren müssen umgeschlagen werden, müssen von dem Ort der Produktion zu dem Ort des Verkaufs gebracht werden, erst dann ist der Wert und mit ihm der Mehrwert tatsächlich realisierbar. Am 7.7. wurde der größte und modernste Rangierbahnhof Europas in Maschen eingeweiht.

Ballast ist im Kapitalismus alles, was nicht in der Produktion zur Schaffung von Mehrwert beiträgt. Die Arbeiterklasse ist die erste Produktivkraft. Ballast bezieht sich daher auf die lebendige Arbeitskraft selber, zum Beispiel die Jugend, die erst noch für die Profitproduktion hergerichtet werden muß, bevor sie selber Profit schafft. Absoluter Ballast, der nur durch Vernichtung und totale Beseitigung aus der Kapitalistenwelt wegzuschaffen ist, ist ausgebeutete Arbeitskraft, die irreparabel nicht wieder oder nur unvollständig zur Ausbeutung tauglich ist. Mit Anwachsen und Bestand der industriellen Reservearmee auf rund eine Million entfällt auch die Notwendigkeit, lädierte Arbeitskraft wiederherzustellen. Seit 1. Juli ist das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz in Kraft.

Ausbau

Maschen/Hamburg. „Der Rangierbahnhof Maschen ist das bisher spektakulärste Beispiel für das, was wir in unserem Bahnkonzept unter der Investitions- und Konzentrationsphase verstehen." (Vaerst, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bundesbahn, Handelsblatt 8.7.77)

Der am 7.7.77 eingeweihte Güterbahnhof ist eine der wichtigsten Drehscheiben für den internationalen Güterverkehr. „Wir brauchen eine Güteranlage, die dem Hamburger Hafen gewachsen ist", rufen die Hafenkapitalisten und Banken durch den Mund von Klaus Leu, Syndikus der Handelkammer. Entsprechend der Ausdehnung des Hafenumschlages wurde bei der Bahn ausgebaut und rationalisiert. 600 Kilometer Gleisanlagen hat die Bahn den Kapitalisten im Hafen gebaut. 1976 war ein Rekordjahr mit 17,4 Millionen Tonnen Gütern Umschlag, wobei der Schwerpunkt bei Futter- und Getreidemitteln für Comecon-Länder liegt, und einer Steigerung des Containerverkehrs um 30 % gegenüber 1975. 1968 führte die Bundesbahn den ersten Container-Schnellzug „Delphin" ein, der Hamburg mit München verbindet. Ab 1. Juni wird ein zweiter eingesetzt, der Hamburg Waltershof um 17 Uhr ver-
1. Juni wird ein zweiter eingesetzt, der
Hamburg Waltershof um 17 Uhr ver-
läßt und München am nächsten Morgen erreicht.

Der Wagenstillstand hat sich von 2,14 Tagen 1969/70 im Überseezentrum Hamburg auf 1,66 Tage 1970/71 gesenkt. Schon bevor die Container im Hafenterminal ankommen, wird über Prozeßrechner alles an Daten für die Verladung am Kai gemeldet. Vom Terminal an die Bundesbahn geht ein Lochstreifen mit Informationen über die Import-Container.

Ab 1981 sollen 3 000 Kilometer Güterverkehrsstrecken eingespart werden. Gleichzeitig mit der Verringerung des Netzes werden Bahnhöfe konzentriert. Der neue Güterbahnhof in Maschen wird fünf Bahnhöfe in Hamburg ersetzen. Er wird mit einer computergesteuerten Anlage und automatischen Gleisbremsen die Züge zusammenstellen. Allein durch die bessere Kontrolle erhofft man sich, in 36 Stunden statt bisher 65 Prozent jetzt 95 Prozent aller westdeutschen Güterbahnhöfe zu erreichen, indem mehr „zielreine" Güterzüge zusammengestellt werden.

Die ganze Anlage hat 790 Millionen DM gekostet, ist 700 m breit und 7 km lang, umfaßt 122 Gleise und 1 000 Weichen. Vom Hamburger Hafen bis München-Laim oder Basel verringert sich die Waggonlaufzeit um ca. 24 Stunden, da bisher notwendiges „Zwischenrangieren" entfällt.

Wenige Beschäftigte müssen über Computer knapp 300 Züge täglich zusammenstellen und abfertigen. Die Rangierarbeiter, deren Aufgabe es nur noch ist, die Waggons zu kuppeln, müssen „ganz schön laufen, um die Züge auf die Minute abzufertigen" (ein Fahrdienstleiter am 8.7. in der „Welt").

Die rund 1 700 Eisenbahner, die in der Endausbaustufe in Maschen arbeiten sollen, werden von Anfang an dagegen kämpfen müssen, noch weiter zum Anhängsel der Maschine zu werden. Die kapitalistische Rationalisierung hat ihre Arbeit stumpfsinniger, intensiver und gefährlicher gemacht.
intensiver und gefährlicher gemacht.

Die Bevölkerung im Alten Land und im Raum Bergedorf bei Hamburg hat sich in einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen gegen ein zweites „Jahrhundertbauwerk" der Bundesbahn, die südliche Umgehung von Hamburg. Sie kämpft gegen die Zerstörung eines Naherholungs- und Landschaftschutzgebietes um Hamburg, das gleichzeitig für den Gemüse- und Blumenanbau genutzt wird. Ein 14 m hoher und ca. 40 m breiter Bahndamm soll das Gebiet zerschneiden.

Allein schon die Belastung der Deichstraßen bei den Bauarbeiten würde diese zerstören. Zur tiefen Begründung der Brückenpfeiler muß das Grundwasser abgesenkt werden in den Baugruben, was zum Einsturz von Häusern in mehreren Kilometern Umkreis führen könnte.

Das große Interesse der Bourgeoisie für diese Projekte erklärt sich aus der Vorbereitung des imperialistischen Kriegs:

Im Deutschen Reich war der Eisenbahnverkehr vor allem Ost-West-Verkehr. Nach dem Krieg fehlt den Imperialisten dieses Hinterland. Der Osthandel dient der Vorbereitung der Wiedereroberung dieser Gebiete. Noch 13 solcher Bahnhöfe sollen gebaut werden, obwohl die Eisenbahner sagen, daß der Bahnhof Maschen nicht ausgelastet ist. Für die gegenwärtigen Verhältnisse ist diese Planung einige Nummern zu groß. Maschen ist gebaut für Expansion und gewaltsame Wiedereroberung des „Hinterlandes". Diese Pläne müssen durchkreuzt werden. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe/N-Red.)

Die Regierungspläne zur Rationalisierung und Einführung von Arbeitsdienstleistungen bei der Bundesbahn

Bundeskanzler Schmidt hat in der Regierungserklärung angedroht:

„Nach Abschluß der laufenden Vorbereitungsmaßnahmen wird die Bundesregierung einen *Leistungsauftrag an die Bundesbahn* formulieren, der der veränderten Nachfrage, der Anpassungsfähigkeit des Bundeshaushaltes als auch des Steuerzahlers Rechnung trägt." (Bundestagssitzung am 16. Dezember 1976)

Der „Leistungsauftrag" liegt als Beschluß der Bundesregierung mit Datum vom 27. April inzwischen vor. „Geleistet" werden soll, die Subventionierung der Transportkosten der Kapitalisten nicht mehr über die Steuern, sondern allein über die hemmungslose Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten der Bundesbahn zu regeln:
bahn zu regeln:

„Der Vorstand des ‚Transportunternehmens' ‚DB' hat den Auftrag, den Verlust von z.Z. rd. 4 Mrd. DM schrittweise abzubauen und spätestens bis 1985 zu beseitigen, um die Abhängigkeit vom Bundeshaushalt nachhaltig zu vermindern." (Leistungsnachweis S. 1)

„Die Rationalisierungsprogramme für den Vorhaltungsbereich (...) sowie für Produktion und Absatz (...) sind zügig zu realisieren." „Derartige Rationalisierungsprogramme sind für die gesamte DB einschließlich der Verwaltung aufzustellen und zu realisieren." „Die Rationalisierungsmaßnahmen ohne Kapitaleinsatz haben Vorrang." „Der notwendige Personalabbau ist im Rahmen der natürlichen Fluktuation zu vollziehen. Nach heutigen Erkenntnissen werden die vorgesehenen Maßnahmen bis 1981 zu einem Personalbestand von ca. 315 000 Dienstkräften führen." „Bei allen notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen hat der Vorstand von dem Grundsatz auszugehen, daß kein Eisenbahner eine Beschäftigung aus Rationalisierungsgründen verliert. Fachliche und örtliche Mobilität des einzelnen sind die Voraussetzung für die Realisierung dieses Grundsatzes." (Leistungsnachweis, S. 3/4)

„Seit dem Einstellungsstopp hat die Bahn ihren Personalbestand durch natürliche Abgänge um rund 50 000 auf (Ende Mai 1977) 381 773 Kräfte verringert." (Handelsblatt, 1./2. Juli)

Wie der weitere „notwendige Personalabbau" und die „fachliche und örtliche Mobilität" funktionieren sollen – Fragen an Gscheidle in der „Wirtschaftswoche": „Sie haben Ihr Ministerwort gegeben: ‚Kein Eisenbahner wird entlassen.' Reicht allein die Pensionierung zur Rationalisierung?" – „Nein. Aber meine Zusage gilt: Jeder Eisenbahner behält seinen Platz im Unternehmen." (Wirtschaftswoche, 4. Februar)

Die Verhandlungen zwischen Ford

„Die Verhandlungen zwischen Ford und der Bahn (über die Ausleihe von Arbeitern, siehe letzte KVZ, Red.) können gegenwärtig noch nicht als ergebnislos betrachtet werden. Allerdings wurde eine Denkpause bis Ende August/Anfang September vereinbart ..." (Handelsblatt, 12. Juli)

„Bei Beamten wird eine verstärkte Abgabe an andere Behörden und die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand vorgenommen. Bei den Angestellten und Arbeitern werden finanzielle Anreize für freiwilliges Ausscheiden, Beurlaubung oder den Übergang in Privatfirmen geboten." (Handelsblatt, 15. Juli)

Die Antreiberei wird verschärft und die Akkordarbeit eingeführt: „Im Interesse der Erfolgskontrolle ist das Rechnungswesen als Führungs- und Steuerungsinstrument weiterzuentwickeln." (Leistungsnachweis, S. 4)

Für den Zweck werden erprobte Ausbeuter gebraucht: „Neu in den Vorstand der Deutschen Bundesbahn berufen werden soll: Dipl.-Ing. Peter Koch, Vorstandsmitglied der Kraus-Maffei AG, München ..." (Leistungsnachweis, S. 5)

Abbau

Göttingen. Innerhalb von 14 Jahren ist an der Universitätsklinik Göttingen die durchschnittliche Verweildauer von 20,4 Tagen (1961) auf 12,3 Tage (1975) gesenkt worden. In der gleichen Zeit stieg der Patientendurchlauf um 6 334, das sind 28 %.

Mit medizinischen Begründungen haben die Klinikchefs dabei keine Schwierigkeiten. Zum Beispiel behaupten sie, es sei besser, nach einem Herzinfarkt schnell wieder aufzustehen. Wer will ihnen das Gegenteil beweisen? Das Ergebnis erscheint dann allerdings in der Sterbestatistik der Arbeiterbevölkerung, sie steigt.

Auch sterben die wenigsten Patienten unabhängig von ihrer Klassenherkunft nicht unter dem Skalpell des Chirurgen, schon weil das nicht gut ist für das Renomme eines Chefarztes, auch ist die medizinische Technik dafür hochentwickelt. Arbeiter und Lohnabhängige sterben nicht an ihrer Krankheit, sondern an mangelnder und kurzer Pflege und Versorgung nach einer Operation bzw. Krankheit.

Demgegenüber behauptet die Bourgeoisie, die „Patienten" würden zuviel gepflegt, es gäbe einen „Bettenberg". Krankenhäuser werden stillgelegt. Um das zu beweisen, fälscht die Bourgeoisie die Statistik.

An den Göttinger Kliniken fiel die Bettenbenutzung in dem genannten Zeitraum von 91,4 % auf 70,0 %. Diese sinkende Ausnutzung ist in Wirklichkeit ein Gradmesser für steigende Ausnutzung und Arbeitsintensität: Wird ein Bett frei und am folgenden Tag wieder belegt, so gilt es in der Statistik für einen Tag als nichtbelegt, weil die Statistik für Mitternacht erstellt wird, wo das betreffende Bett natürlich frei ist. Je mehr Entlassungen und Neuaufnahmen, desto mehr statistisch „freie" Betten. Soll ein Patient am Montag operiert werden, so wird er in der Woche zuvor kurz aufgenommen, um notwendige Voruntersuchungen zu machen, wird übers Wochenende entlassen, um Sonntagnachmittag wiederzukommen – statistisch ist das Bett Freitag- und Samstagnacht frei, obwohl es natürlich nicht zwischenzeitlich belegt werden kann. Wieder ein Grund mehr, Krankenbetten wegzurationalisieren!

Jetzt versteht aber das Krankenhauspersonal ziemlich alles von Pflege, wovon die Ärzte nichts verstehen und den Schwestern auch nichts vormachen können. Das Interesse der Bourgeoisie ist es, diese Fähigkeiten des Pflegepersonals zu zerstören, damit sie ihr Programm der Vernichtung menschlicher Arbeitskraft, die untauglich zur Ausbeutung geworden ist, gerade durch die verschärfte Ausbeutung durchsetzen kann. Der erste Schritt ist, daß durch die kapitalistische Rationalisierung nicht nur die Kosten für die Personalausgaben gesenkt werden, sondern die Anwendung der Fähigkeiten des Pflegepersonals systematisch behindert wird. Aber halt lediglich behindert, nicht völlig verhindert wird.

Durch weitere Zerlegung der Arbeit wird das angegangen: Im neu eröffneten Klinikum zu Göttingen ist eine weitere „Spezialisierung" eingeführt worden: Den Krankenschwestern und Pflegern wird die Möglichkeit beschnitten, nach der Krankengeschichte die Pflege auszurichten.

Durch nicht medizinisch geschulte und fern von der Station tätige Kräfte wird die Krankengeschichte in einen Computer eingegeben, nur die Ärzte haben dazu Zugang. Schon eingeführt ist, daß die Schwestern die Bestellung der Medikamente nicht mehr ohne ausdrückliche Genehmigung des leitenden Arztes rausgeben dürfen. Dasselbe gilt für Verbandsmaterial, das rationiert wird. Bislang werden die Maßnahmen zur Verschlechterung der Pflege von den Krankenschwestern, so gut es eben geht, unterlaufen, aber es geht schon länger nicht mehr gut. Die Empörung beim Personal an den Kliniken ist groß, sie muß sich klassenmässig im Kampf gegen das Vernichtungsprogramm der herrschenden Klasse organisieren. – (Zelle Unikliniken Göttingen/N-Red.)

Streit um die Stufenlehrer – ein geschickter Schachzug

„Die Besoldungserhöhung selbst ist nicht umstritten", Frankfurter Allgemeine Zeitung am 16. Juli zum Beschluß des Bundesrates zum 6. Bundesbesoldungserhöhungsgesetz am letzten Freitag. Von den 5,3 %, die für viele der kleinen Beamten oft nicht mal 50 DM netto ausmachen, redet niemand mehr. Das Problem sei die Besoldung der Stufenlehrer. Von der allgemeinen Senkung der Beamtenanwärterbezüge von der niedrigsten Stufe A1 an, redet ebenfalls keiner mehr. 'Keiner' und 'niemand' ist die Bourgeoisie selber, 'keiner' ist aber auch die bürgerliche Gewerkschaftsführung des DGB in öffentlichen Diensten.

Schon am 21. Juni haben die DGB Gewerkschaftsführer in Düsseldorf Übereinstimmung erzielt: Streik kommt nicht in Frage. Gesamtmetall verlangt jetzt allgemein die Senkung der Bezahlung für Auszubildende.

Jede weitere Maßnahme kann aber nur durch Streik zurückgeschlagen werden. Jeder einzelne Kampf hat die Unterstützung aller Lohnabhängigen. Das trifft zu auf den Kampf der Beamtenanwärter in den Belegschaften, das trifft zu auf den Kampf der Krankenpflegeschüler und das trifft zu auf den Kampf der Lehrer, insbesondere für den Kampf der Lehrer in Hamburg, die sich in einer Urabstimmung zu rund 80 % für Streik gegen die Senkung der Anwärterbezüge und die besondere zusätzliche Rückstufung der Referendare, die in Ausbildung zum Stufenlehrer stehen, entschlossen haben. Stufenlehrer ist eine Reformmasche der SPD und nicht in allen Bundesländern eingeführt. Der § 77, von dem soviel geredet wird, regelt die Rückstufung dieser Referendare und damit gleichzeitig die Eingangsstufe für diese Laufbahn. Die Durchführung des Urabstimmungsbeschlusses der Hamburger Lehrer für Streik ist bislang vom Hauptvorstand der GEW verhindert worden.

Angeblich sieht Frister sich gezwungen, in einem fünf Seiten langen Brief die Verhinderung des Streiks zu begründen und zu rechtfertigen, tatsächlich ist seine Aufgabe Spalten. Das macht er, indem er versucht, die Hamburger Lehrer zu verunsichern und zu isolieren:

Keine Kampfmaßnahme der Lehrer könne auf Durchsetzung gehen: „Jeder Streik von Beamten bei der geltenden Rechtslage kann daher nur den Charakter einer nachhaltigen Demonstration haben, die dem Arbeitgeber die durch seine Maßnahmen herbeigeführte Störung des Arbeitsfriedens demonstriert und die Öffentlichkeit darüber aufklärt".
Arbeitsfriedens demonstriert und die Öffentlichkeit darüber aufklärt".

Gegen den einheitlichen Kampf aller Beamtenanwärter: „Dem einmaligen Einkommensverlust durch die Senkung der Anwärterbezüge auf A 12 von rund 3 200 DM stünden also langfristig wirksame Einkommensverluste von Zehntausenden von Mark gegenüber, wenn es zu einer Regelung im Sinne des CDU/CSU-Antrages käme".

Um die Kampfentschlossenheit der Hamburger Lehrer schlecht zu machen in der Arbeiterbewegung: „Es ist nicht die Parole Streik jetzt beschlossen worden, sondern der klare Auftrag, Streik, wenn ...". „Streikbereitschaft darf kein schwärmerisches Strohfeuer sein, das schnell erlischt und nichts bewirkt".

Um insgesamt die Beschäftigten in öffentlichen Diensten gegeneinander auszuspielen: „Die Gewerkschaft ÖTV hat niedrigeren Vergütungssätzen für neueingestellte Praktikanten nur zugestimmt, weil die öffentlichen Arbeitgeber sich verpflichten, die Gesamtausgaben für diese Ausbildungsberufe nicht zu verringern".

So geht das fünf Seiten lang, Spaltung ist die Absicht in jeder Zeile.

Was den angeblichen Streit zwischen CDU- und CSU-Ländern und den SPD-Ländern, insbesondere auch des Hamburger Senats betrifft, der angeblich auf der Seite der Lehrer steht, hat es damit eine ziemlich leicht durchschaubare Bewandtnis, auch wenn Frister schreibt: „Niemand vermag vorauszusagen" und „schwer durchschaubare Sache": Bis zum 30. September muß eine einheitliche Regelung gefunden sein für die Besoldung der Stufenlehrer. Die Länder haben sich zu einigen. Tun sie das nicht, ist der Bund zuständig, das bestimmte schon das zweite BesVNG. Die Länder werden sich nicht einigen. Also kann die Regierungskoalition scheinbar auf die Streichung des § 77 eingehen, die Sache wird so oder so, und zwar so wie sie jetzt im Bundesrat beschlossen ist, von den Politikern der Bourgeoisie weiterverfolgt. Alle Länder haben jetzt der Anrufung des Vermittlungsausschusses zugestimmt. Jeder wahrt das Gesicht.

Einschätzung des GEW-Landesvorsitzenden von Hamburg dazu: „Wir bezweifeln allerdings, daß Hamburg seinen politischen Standpunkt juristisch wird durchsetzen können". Wir bezweifeln, daß er das will, dazu können ihn nur die Lehrer zwingen.

„Umschulung“

Kiel. Der Facharbeiterbrief in einem Metallberuf wurde Arbeitslosen versprochen, die das Arbeitsamt in Kiel in eine 22-monatige Umschulung gesteckt hat. Nach acht Wochen wurden die ersten 20 auf die Howaldt-Werft zur „Probearbeit“ als Schiffsbauhelfer (Hilfsarbeiter) abgeschoben, 80 % der Lohnkosten in den ersten drei Monaten ersetzt den Kapitalisten das Arbeitsamt. Aus Protest haben die 20 einen Tag lang gestreikt. Als der Ausbildungsleiter des Umschulungskurses als „Vermittler“ aufkreuzte, kam heraus, daß von vornherein beabsichtigt war, daß 20 bei der HDW als Hilfsarbeiter anfangen sollen. Im Kurs wird jetzt der Kampf für die Ausbildung aller bis zum Facharbeiterbrief und gegen die Unterdrückung mit Beurteilungsbögen und Noten organisiert.

Zwei Jahre Urlaub und Teilzeitarbeit. Stobbe-Senat reorganisiert Staatsapparat

Westberlin. Der Schulsenator Rasch hat für den Stobbe-Senat verkünden lassen: „16 000 Lehrern wird zu Beginn des Schuljahres 1977/78 Teilzeitarbeit angeboten. Sie können sich bis zu zwei Jahren beurlauben lassen. Sie wechseln für diese Zeit vom Beamten- in das Angestelltenverhältnis hinüber. Dadurch entstehen ihnen keinerlei Nachteile. Die durch Teilzeitarbeit gewonnenen vollen Planstellen sollen durch Junglehrer besetzt werden. Mit diesem Plan, der vor allem für Lehrerinnen gedacht ist, können wir die Lehrer-Arbeitslosigkeit abbauen.“

Ein demagogisch dreckiges Manöver, die Auspressung von Mehrarbeit, die Kürzung der Gehälter voranzutreiben und die Schraube des Beamtenrechts fester anzuziehen. Nehmen wir an, 1 000 Lehrer, ihre Arbeitskraft verschlissen durch Verdichtung des Arbeitstages, durch aufgezwungene Schülerunterdrükkung und gehässige Schikane mürbe gemacht, spuren nicht, wie die Schulaufsicht befiehlt.

Nehmen wir an. sie vertreten nicht die

Nehmen wir an, sie vertreten nicht die Auffassung des Westberliner Senats, „daß die Zugehörigkeit der Westsektoren Berlins zur Bundesrepublik Deutschland bei geographischen Darstellungen und statistischen Aufzählungen“ hervorzuheben sei, und bezweifeln die „Viermächteverantwortung für ganz Berlin“. Dann wird ihnen nahegelegt, sich von den Anstrengungen durch zweijährige Teilzeitarbeit zu erholen.

Diese Maßnahmen ergänzen sich prächtig zur Verbilligung der angekauften Arbeitskraft, Schürung der Konkurrenz und Verschärfung der Schulunterdrückung bei der Jugend. Der neue Senat unter dem „unverbrauchten“ Regierenden Bürgermeister Stobbe betreibt verstärkt die Reorganisierung des Staatsapparates zum Zwecke der imperialistischen Expansion. Kann das Teilzeitlehrerprogramm zu Fall gebracht werden, wird ihn das schwächen.

Hannover: Zwei Lehrer sollen entlassen werden.

Hannover. Am 9.7.77 ist Eva Ennker, Sekretärin der Bezirksleitung Hannover des KBW, vom Schuldienst suspendiert worden. Seit 1973 hat sie an der Grund- und Hauptschule Mühlenberg unterrichtet. Unter anderem hat sie bei den Bundestagswahlen für den KBW kandidiert. Die Schulaufsicht hat sich zunächst trotzdem nicht an eine Entlassung rangetraut. Vor der Verbindung der Genossin Ennker mit den Schülern und Eltern in dem Arbeiterviertel Mühlenberg hat die Schulbehörde solche Furcht, daß Schulleiter Barthel angewiesen wurde, ihr Hausverbot ab 1.8. für die Schule zu erteilen.

Wenige Tage zuvor war unter einem formalen Vorwand das Beamtenverhältnis des Lehrers Kurmann vom Goethe-Gymnasium in Hannover für nichtig erklärt worden. Regierungsdirektor Lampe vom Regierungspräsidium hat in der „Hannoverschen Allgemeinen“ erklärt, daß man über die formalen Gründe hinweggegangen wäre, ja, wären „nicht all die Vorfälle mit Herrn Kurmann“ gewesen. Die „Vorfälle“ waren, daß der Lehrer Kurmann keine Fünfen und Sechsen gegeben hat und, schlimmer noch, das geheiligte „Konferenzgeheimnis“ gebrochen und „Einzelheiten aus der Fachkonferenz an Eltern und Schüler weitergegeben“ und „Ergebnisse aus der Versetzungskonferenz erzählt“ hat (HAZ 7.7.).

In einem Bericht über die Entlassung Kurmanns hat die „Nordschau“ am 11.7. das Notensystem als „umstritten“ bezeichnet: „Das Zensurensystem muß, nach Meinung vieler Wissenschaftler, durch ein Gutachtersystem ersetzt werden.“ Warum dann die Entlassung? Weil der Lehrer Kurmann nicht für „eine Gesamtbeurteilung der Schüler, ihres emotionalen, sozialen Entwicklungsstandes“, „das . . . einen neuen Verteilungsmodus in Bezug auf Berufe herstellen würde“, eingetreten ist, sondern gegen die Unterdrückung durch die Noten.

Auf einer Veranstaltung am 14.7. wurde über die Vorbereitung eines Schulstreiks am Goethe-Gymnasium nach den Ferien beraten und ein Aktionskomitee für die Forderungen „Weg mit dem Notensystem! Weg mit dem Beamtenrecht! Kurmann soll Lehrer bleiben!“ gebildet.

Gegen die Entlassung von Eva Ennker verabschiedeten die etwa 30 Anwesenden eine Resolution.

Gesamtmetall fordert Stopp für Lehrlingslöhne

Hannover. „Die Gewerkschaften können bei der Bewältigung des ‚Schülerbergs‘ einen wesentlichen Beitrag dadurch leisten, daß sie in der Tarifpolitik einem Stillhalteabkommen bei den Ausbildungsvergütungen zustimmen“, hat Gesamtmetall gefordert (Handelsblatt, 8.7.77). „Unzumutbar“ sei das nicht. Immerhin liegt die staatliche „Berufsausbildungsbeihilfe“ bei 235 DM. So was haben die Metallkapitalisten auch für die Lehrlingslöhne im Sinn.

Der jetzige Lehrlingslohn liege bei 409 bis 615 DM, behauptet Gesamtmetall. Wir sind Lehrlinge im dritten Lehrjahr. Nach unserer Lohnabrechnung sieht das so aus: Brutto 523 DM minus 22 DM Lohnsteuer minus 32,38 DM Krankenversicherung minus 8,14 DM Arbeitslosenversicherung, bleiben ausgezahlt 397,35 DM.

Das ist den Kapitalisten zu viel. „Nach Abzug der produktiven Leistungen“ würde sie ein Auszubildender 13 000 bis 15 000 DM im Jahr kosten, behauptet Gesamtmetall. Was die Kapitalisten stört, ist, daß den jugendlichen Arbeitern frisch von der Schule weg doch immer noch einige Handgriffe und Fertigkeiten beigebracht werden müssen. Dies macht einen bestimmten Teil ihrer Arbeitszeit aus, in der sie erst die kapitalistische Profitproduktion erlernen, selber aber noch keinen Profit erarbeiten, keine Mehrarbeit leisten, keine „produktiven Leistungen“ erbringen. Offensichtlich schätzen die Kapitalisten den Profit, der ihnen dadurch entgeht, ziemlich hoch ein. Was den Teil der „produktiven Leistungen“ betrifft, heißt das in der Maschinenfabrik zu Hannover, wo der Kapitalist Müller die Produktionsmittel besitzt und die Arbeiter ausbeutet: Arbeiten wie Stahlhaltermontage in Serie, Kettenbau in der Montagehalle, Rohrbiegen usw. Das wird von Facharbeitern im Akkordlohn gemacht; ebenso in allen anderen Abteilungen, in die man in zweieinhalb Jahren Lehre kommt, wie Anreißerei, Härterei. Ein Lehrling berichtet:

„Zum Beispiel habe ich an einem Tag 2 500 Mitnehmer für Stahlhalter in fünf Stunden oberflächengehärtet. Dafür gibts 400 DM netto.

In einer Polemik gegen die Einführung eines Berufsgrundbildungsjahres hat Gesamtmetall kürzlich „massive Bedenken“ dagegen angemeldet, „wertvolles Ausbildungspotential, das die Betriebe in ihre Lehrwerkstätten investiert hätten“, stillzulegen. „Eine solche Verschwendung kommt nach Auffassung Gesamtmetalls einem Skandal gleich.“ (Handelsblatt, 21.6.)

Reine Verschwendung ist für die Ausbeuterklasse alle Zeit, die nicht als Mehrarbeit für sie gerackert wird. Nur mit mindestens 1 200 Zeitstunden im ersten Lehrjahr wäre „noch ausreichend Zeit für das absolut notwendige Einüben der Grundfertigkeiten gegeben“.

„Schon mit dem jetzigen Lohn kommen wir vorn und hinten nicht aus. 100 bis 120 DM geben wir zu Hause als Kostgeld ab (wobei man mit 100 DM vielleicht einen Kanarienvogel, aber keinen arbeitenden Menschen ernähren kann). Von dem Rest gehen 100 DM für Zigaretten, 20 DM Monatskarte für Straßenbahn, ein Abend in Diskothek oder Kneipe ca. 20 DM, einmal Kino 10 DM, Moped ca. 100 DM, Hosen und Hemden ca. 70 bis 80 DM, Schulbücher usw. 15 DM, also insgesamt 455 DM drauf. Das bei einmal Kino und einmal Diskothek. Schon jetzt müssen wir die Eltern immer wieder anpumpen.

Die Lehrlingslöhne dienen den Kapitalisten als weiteres Mittel, die Verelendung der Arbeiterfamilien voranzutreiben und Eltern und Kinder gegeneinander zu hetzen. Ein Lehrling berichtet: „Klar ist, daß der Streit in der Familie sich unheimlich verschärft durch das fehlende Geld. Der Vater weiß nicht mehr ein noch aus, geht trinken, kommt nachts nach Hause, wird auf das Geld angesprochen und schlägt auf meine Mutter ein. Weil ich meiner Mutter helfen will, kommt es zu Auseinandersetzungen mit meinem Vater bis zur Schlägerei.“ Der Spaltung in der Fabrik durch Akkordarbeit für 3,02 DM die Stunde, wie man auf dem Lohnzettel nachlesen kann, soll die Spaltung in den Familien hinzugefügt werden.

Im letzten Tarifkampf haben fast alle in der Lehrwerkstatt von Max Müller in Hannover die Forderung nach 100 DM unterschrieben. Herausgekommen sind bei dem 6,9 %-Abschluß knapp 25 DM. In einem Telegramm an die Tarifkommission haben wir dagegen protestiert. Wir haben die Forderung nicht vergessen. – (Bezirk Hannover/N-Red.)



Vom 9.7. bis zum 24.7. führen die Kommunistischen Jugendbünde (KJB) Westberlins, Bremens und Niedersachsens ein gemeinsames Zeltlager in Simonsberg, nahe Husum, durch. Am zweiten Tag führten alle Teilnehmer eine Aktion in Husum durch, um dort das Lagerprogramm bekanntzumachen und dies mit einer Sammlung für Gewehre für die Jugend Zimbabwes zu verbinden. In der Stadt wurde nach dem Kleben von Zimbabwe-Plakaten mit dem Lagerprogramm eine Kundgebung durchgeführt, 22 KVZ und andere revolutionäre Literatur verkauft sowie 13,30 DM für Gewehre gesammelt.

Die Jugend verbindet sich mit der Soldatenbewegung

Jugendzentrum Roth

Die Reaktion hat sich eingeschossen auf das Jugendzentrum in Roth. Im April wurde eine Veranstaltung des Soldaten- und Reservistenkomitees Mittelfranken verboten, jetzt wurden drei Anzeigen gegen das Jugendzentrum erstattet. Eine Musikveranstaltung im Freien sei nicht angemeldet gewesen, eine andere sei zu laut und zu lang gewesen, ohne Konzession würden Getränke im Jugendzentrum ausgeschenkt, so die Begründungen. Gleichzeitig haben einige Bourgeois zumeist unter ihresgleichen 50 Unterschriften für die Schließung des Jugendzentrums gesammelt.

Die Lage der Arbeiter- und Bauernjugend in Roth, einer Garnisonsstadt, mit 20000 Einwohnern südlich von Nürnberg ist elend. Die Unterdrükkung in den Schulen ist offen und brutal. „Du darfst nicht raus während des Unterrichts, nicht einmal aufs Klo. Es ist wie in der Kaserne hier: Die Lehrer befehlen, du hast zu gehorchen. Ich hab schon Anpfiffe kassiert, weil ich morgens Lehrer nicht höflichst gegrüßt habe. Ein Lehrer hat mal zu mir gesagt, ich solle eine Cola-Dose, die auf dem Schulhof lag, aufheben. Ich hab mich gewehrt, weil ich sie gar nicht hingeworfen hatte. Der Lehrer hat mich gleich zum Direktor geschleift und ich habe eine offizielle schriftliche Verwarnung gekriegt, wegen Mißachtung der Anordnung einer Lehrkraft.“, so der Bericht eines Berufsschülers. Viele der Schulabgänger des Gymnasiums, die das Aussiebeverfahren bis zum Abitur überstanden haben, sitzen jetzt ohne Arbeit und Studienplatz da. Nach der offiziellen Statistik waren im Juni bereits vor Schuljahresende 58 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos. Der bürgerliche Staat läßt selbst die jugendlichen Arbeitslosen nicht aus seinen Klauen. Sofern sie noch schulpflichtig sind, werden sie in irgendeine Berufsschulklasse gesteckt, wo sie aber keinen Abschluß machen können.

Die Jugendlichen nutzen deshalb das Jugendzentrum. Selbstständig werden Musikveranstaltungen organisiert, Zeichen- und Töpferarbeitskreise werden durchgeführt. Referate von Schülern wurden ausgetauscht. Nun wird der Aufbau eines Schularbeitskreises beraten um den Kampf gegen die Schulunterdrückung organisieren zu können. Die Jugendlichen sind gegen die Unterdrückung der Soldaten, gegen die Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Auf einer Veranstaltung im März erntete der Propagandaoffizier der Bundeswehr von der Mehrheit der anwesenden 50 Jugendlichen nur Gelächter, als er zur Rechtfertigung der Flüge der Bundeswehrtransportmaschinen vom Typ Transall nach Afrika, sagte: „ Das dient nur dem Transport von Babynahrung.“ In der neuen Jugendzentrumszeitung ist ein Artikel des Soldaten- und Reservistenkomitees aufgenommen, indem die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht propagiert werden. Junge Arbeiter beteiligen sich am Verteilen der VOLKSMILIZ, der Zeitung des SRK, an die Soldaten. Unter den mehreren hundert Unterschriften, die die Jugendlichen für den Erhalt des Jugendzentrums sammelten, waren auch dutzende von Soldaten und Rekruten aus der Otto-Lilienthal-Kaserne. Spätestens seit dieser Unterschriftensammlung ist es der Reaktion klar, daß sie sich das Jugendzentrum nicht in offener Schlacht unterwerfen oder es gar schließen kann. Also müssen die Jusos und die SPD an die Front zwecks Spaltung. Unter dem Vorwand einer Politik für die Erhaltung des Jugendzentrums betreiben die Sozialdemokraten die Unterwerfung. „Zurückstecken, sich ducken gegenüber dem Angriff der Reaktion – nur so kann das Jugendzentrum weiter bestehen!“ Damit sind die Sozialdemokraten nicht ohne Einfluß. So wurde letzte Woche der Vorschlag gemacht, um „Ärger“ zu vermeiden, solle man zukünftig alle Musikveranstaltungen im Keller durchführen. Die Mehrheit hat dies zurückgewiesen. Notwendig ist, die sozialdemokratischen Manöver insgesamt zu zerschlagen. Denn ihre Absichten gehen in dieselbe Richtung, wie es die offenen Reaktionäre im Jugendzentrum treiben: Wandzeitungen des SRK z.B. werden still und leise abgehängt, um den Kampf der Jugend für ihre eigenen Interessen zu unterdrükken. Gerade dazu aber müssen die Jugendlichen das Jugendzentrum nutzen.

Gelingt die Spaltung nicht, so betreiben die Sozialdemokraten die offene Unterdrückung. Das haben sie bereits bewiesen. Eine Veranstaltung des SRK wurde verhindert, indem die SPD kurzfristig eine Mitgliederversammlung ins Jugendzentrum einberief, das Haus beschlagnahmte und niemand mehr hereinließ. Die Verbindung der jungen Arbeiter, Bauern und Schüler mit der Soldatenbewegung können sie dadurch jedoch nicht verhindern. Gegen die geplante Disziplinierung des Gefreiten Seibert aus der Otto-Lilienthal-Kaserne, der bestraft werden soll, wegen seines Eintretens für die Forderungen der Soldatenbewegung, haben vorletzte Woche alle sechs Teilnehmer des Töpferarbeitskreises in einem Brief an dessen Kompanie-Chef protestiert.

(Soldat x.,Roth)

16-Stundentag und Hungerlöhne – das muß anders werden

Erntezeit

Schleswig. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen beginnt in diesen Tagen die Ernte der Wintergerste. Es folgen die anderen Getreidesorten bis Ende August. Für den Landarbeiter bedeutet diese Zeit harte körperliche Arbeit bis spät in die Nacht hinein, und das bei Lärm und Staub. Die Ernte beginnt mit dem Dreschen und Einfahren des Korns. Erst wenige Mähdrescher haben heute die komfortable Ausstattung mit einer Fahrkabine. So sitzt man in der Regel ohne Schutz auf dem Führersitz, der beißende Staub aus dem Mähwerk wird einem entgegengeblasen. Wenn morgens wegen der Taunässe noch nicht gedroschen werden kann, werden die Maschinen betriebsfertig gemacht und kleinere Reparaturen vorgenommen. Gegen 10.00 Uhr beginnt das Dreschen. Meist gibt es nur kurze Pausen für die Mahlzeiten. Bei gutem Wetter gibt es kaum einmal Feierabend vor 21.00 Uhr.

Bei der Bergung des Strohs muß der größere Teil der Arbeiten mit der Hand erledigt werden. Oft werden noch die gepreßten Strohballen mit der Hand auf den Wagen geladen, dort gepackt und auf dem Hof von Hand abgeladen oder auf ein Förderband gelegt.

Damit keine Arbeitspausen entstehen, werden oft abends noch alle Wagen vollgeladen. So kann man morgens schon früh mit dem Abladen beginnen und ist zur rechten Zeit, wenn der Tau abgetrocknet ist, wieder auf dem Feld. Rechnet man die Zeiten für das Füttern der Tiere und für das Melken morgens und abends mit, so kommen die Landarbeiter während der Ernte auf eine Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden pro Tag.

Der Großbauer Gumpert in Krempe (Holstein) besitzt 250 Hektar, dreihundert Jungbullen und etwa 1 100 Schweine. Während der Ernte 1976 waren wir dort drei Lehrlinge und zwei Arbeiter, wobei ein Arbeiter nichts mit der Feldarbeit zu tun hatte. Die Arbeit fing morgens um 5.45 Uhr mit dem Füttern der Tiere an. Anschließend gab es Frühstück. Dann wurden weitere Arbeiten im Stall durchgeführt und die beladenen Korn- und Strohwagen vom Vorabend abgeladen. Zwischen 9 und 10 Uhr ging die Erntearbeit auf dem Feld weiter. Die Hauptarbeit für uns war die Strohbergung. Das Stroh rutschte von einer Presse aus gleich auf einen dahintergehängten Wagen. Einer fuhr den Schlepper vor der Presse, und zwei standen hinten auf dem Wagen und packten die Strohballen. Die Fahrgeschwindigkeit muß sich dabei danach richten, wie schnell die beiden Packer die Strohballen wegschaffen können. Der Chef war da aber anderer Meinung. Er forderte den Treckerfahrer auf, so schnell zu fahren, wie es die Strohpresse schaffen konnte. Das Packen auf dem Wagen war dabei kaum mehr zu schaffen. Der Schweiß lief einem nur so runter. Der nasse Körper klebte voll von Staub und Stroh. Schon nach kurzer Zeit einigten wir uns, nur so schnell zu fahren, daß wir es auf dem Wagen auch schaffen konnten. Um 12.00 Uhr gab es Mittag. Aber ohne längere Pause. Die Arbeit ging sofort nach dem Essen weiter, Strohpressen etwa bis 20.00 Uhr. Einer fütterte zwischendurch die Tiere.

Der Lohn der Landarbeiter ist so weit gesenkt worden, daß sie zu Überstunden gezwungen sind, um ihre Familie ernähren zu können. Laut Agrarbericht der Bundesregierung beträgt der Abstand der Landarbeiterlöhne zu den Löhnen der Industriearbeiter seit Jahren rund 30 %. Der Ecklohn für Landarbeiter in Schleswig-Holstein betrug 1976 6,66 DM. Mehr als 8,00 DM bekommen wenige Landarbeiter. Davon kann einfach keine Familie leben. Die Großbauern und Agrarkapitalisten wissen das, und so werden sie auch in dieser Ernte den Arbeitern sagen, ob sie sich nicht „durch ein paar Stunden mehr einen Groschen zusätzlich zuverdienen wollen.“ Die Ernährung der Familie durch Überstunden zu ermöglichen, das ist aber nicht das Ziel der Landarbeiter. In einem Artikel der Zeitung „Der Säemann“ (Organ der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft) schreibt ein Landarbeiter: „Die Tarifauseinandersetzungen müssen wieder härter werden. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber haben genug Gewinn gezogen aufgrund des Wohlverhaltens der GGLF. Das muß anders werden, nicht zuletzt auch im eigenen Überlebensinteresse der Landarbeiterschaft.“ – (Zelle Schleswig, Bezirk Flensburg/Westküste)

„Über den Geschäften ein höheres menschliches Ziel“

150 Jahre Gothaer Versicherungen

Göttingen. Eine stattliche Anzahl Bourgeois nutzte das 150-jährige Firmenjubiläum der Gothaer Lebensversicherung für einen mehrtägigen Festakt. Podiumsdiskussion mit Ehrenberg, Biedenkopf, Lambsdorf, Freiherr von Weizsäcker, vor ausgewählten Ehrengästen. Festveranstaltung mit Bach, Schubert und Mozart. Feierlich und andächtig sonnte sich die Bourgeoisie im Licht der eigenen Uneigennützigkeit: „Erfolgreich über fünf Generationen“ (Göttinger Tageblatt), „den Tod nicht zur Quelle gewerblichen Gewinns“ (Leitsatz des Gründers Arnoldi) gemacht zu haben.

Tatsächlich hat sich die Gothaer über das Geschäft mit dem Tod in 150 Jahren großartig entwickelt.

9,5 Mrd. DM beträgt mittlerweile der gesamte Versicherungsbestand. Gegenüber 1975 haben sich die Beitragseinnahmen um 8,2 % auf 340 Mill. DM erhöht; auf 2,215 Mrd. DM haben sich die Kapitalanlagen vermehrt. (Vorjahr 1,994 Mrd. DM). Die Erträge aus den Kapitalanlagen wuchsen um 13 % auf 178,4 Mill. DM.

Der sprudelnde Quell der Lebensversicherung entspringt aus der Notlage der arbeitenden Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft. Der von den Arbeitern geschaffene Reichtum sammelt sich als Kapital in den Händen der Ausbeuterklasse und vergrößert das Gewicht, das auf der Arbeiterklasse lastet.

Über 3 500 Arbeiter werden jährlich durch Arbeitsunfälle getötet. Tausende werden durch die Lebensbedingungen und die gesundheitliche Versorgung im Kapitalismus frühzeitig unter die Erde gebracht, kaum abzusehen ist die Zahl derer, die durch frühen Verschleiß in der Knochenmühle der kapitalistischen Produktion vor Erreichung des Rentenalters erwerbsunfähig werden oder nur eingeschränkt arbeitsfähig bleiben. Diese Lage zwingt die Arbeiterklasse zum Abschluß von Versicherungen. Diese Lage nutzt die Finanzbourgeoisie, um sich in Besitz der Lohngelder zu bringen, die arbeitenden Massen zusätzlich auszuplündern und von sich abhängig zu machen.

Riesige Summen werden von den Massen aufgebracht, um einen Schutz vor dem plötzlichen Verlust der Reproduktionsbasis der Familie zu erwirken. Riesige Summen braucht die Bourgeoisie, um die eigene Basis für das Ausbooten der imperialistischen Konkurrenz zu verbreitern.

Darüber allerdings werden rührende Legenden gestrickt. „Über den Geschäften ein höheres menschliches Ziel“ und „Der Tod soll nicht eine Quelle des gewerblichen Gewinns sein“, so wird das Geschäft mit dem Notfall erläutert und sein Begründer Ernst Wilhelm Arnoldi zum „hochangesehenen Philanthropen“ (Göttinger Tageblatt) stilisiert. Arnoldis Idee: der Gegenseitigkeitsverein. 1817 hatte Arnoldi, Besitzer eines Gewürzhandels und einer Steingutfabrik, in einem „Vorschlag zu einem Bunde unter den deutschen Fabriken“ geschrieben: „Wenn durch die Vereinigung aller deutschen Fabriken und Manufakturen für gemeinschaftliche Zwecke eine Versicherungsanstalt gegen Feuersgefahr zustande käme, so würde der Überschuß der Prämie dem gemeinsamen Vaterlande und den Fabriken unter sich durch diese Anstalt erhalten sein“. (Manes, Versicherungslexikon, Berlin, 1930) Der Plan: eine Schutz- und Trutzgemeinschaft der erstarkenden deutschen Bourgeoisie, der die englische Konkurrenz die Luft abschnürte.

Das 150-jährige Bestehen der Gothaer wurde von der Bourgeoisie begeistert gefeiert. Sie haben Grund: „Die Ausdehnung des modernen Wirtschaftslebens hängt wesentlich von der Entwicklung und Vermehrung der Versicherungswirtschaft ab. Der Kreditbau der deutschen Volkswirtschaft konnte weiter ausladen, seitdem die Versicherungsgesellschaften erhebliche Mengen von Kapital regelmäßig durch die Umwandlung von Konsumgeld in Produktivgeld zur Verfügung stellen“. (Wagenführ, Wirtschaftsbuch des Versicherungswesens, 1938, S.7) „Die Versicherungsunternehmen sind neben Banken, Sparkassen und Bausparkassen wichtige Kapitalsammelstellen. Ihre Bedeutung ist um so höher zu veranschlagen, als die gesetzliche Rentenversicherung . . .neuerdings zur Kapitalbildung nicht mehr beiträgt“. (Monatsbericht der deutschen Bundesbank 8/76)

Die anläßlich des Festakts in Göttingen versammelten Bourgeois interessierte so auch vorwiegend, wie sie ihr Programm in Zukunft forciert fortsetzen können. Graf Lambsdorf sprach von Mißbrauch der Solidarität und wurde gleich unterstützt vom Versicherungsmathematiker Heubeck: Mit dem Wort „Solidarität ist, wenn der Andere zahlt“, wies Heubeck auf Fehlentwicklungen hin. Heubeck brachte als Beispiel den Rentner, der 60 % seiner letzten Bruttobezüge erhält. Dafür müßten zwei aktive Arbeitnehmer zuzüglich der Steuern auf rund 52 % ihres Bruttoeinkommens verzichten, erklärte er. Komme es soweit, verdiene der Rentner mehr als der ihn unterhaltende Aktive“. (Göttinger Tageblatt) Heubeck wird selbst nicht glauben, die Arbeiter ließen sich erzählen, mit den ständig steigenden Steuern würden ihre nicht mehr arbeitsfähigen Väter und Mütter dick und rund gefüttert und nicht Professoren seines Schlages. Das Vorhaben ist klar: Spaltung der Arbeiterklasse und Angriff auf ihren schwächsten Teil, um die Rentner frühzeitig ins Grab zu bringen.

Am Ende der Veranstaltung „bestand unter den Teilnehmern der Diskussion Einigkeit darin, daß die Sozialpolitik angesichts der Aufgaben gegenüber Europa und vor allem der Dritten Welt nicht isoliert betrachtet werden dürfe“. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg ließ sich die Sozialpolitik nicht isolieren, sondern öffnete die Kasssen der Sozialversicherungen den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten. Auch die Imperialisten im „Tausendjährigen Reich“ wußten die Umwandlung von „Konsumgeld“ in „Produktivgeld“ für ihre Expansionspläne zu nutzen. Die westdeutsche Finanzbourgeoise tritt geradewegs in die Fußstapfen ihrer Vorgänger. Es ist ihr Profit, für den sie die Massen bluten läßt und in den Tod treibt. Wahrhaftig: „Über den Geschäften ein höheres menschliches Ziel“. (Bezirk Südliches Niedersachsen/N-Red.)

Krach um NDR: Finanzbourgeoisie will ihre „Rundfunkfreiheit“ weiter ausbauen

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein verlangt eine „grundlegende Neufassung des Staatsvertrages über den NDR“, den sie mit den Regierungen von Niedersachsen und Hamburg abgeschlossen hat. Weiter fordert Stoltenberg die „Beachtung der Grundsätze der Ausgewogenheit, Unparteilichkeit und Wahrheitstreue“ beim NDR sowie „mehr Kontrolle über Finanzgebaren und Wirtschaftsführung des NDR“. Ist das die „schlimme Bedrohung der Rundfunkfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland“, wie jetzt die Sozialdemokratie behauptet? Von wegen! In Westdeutschland hat die Bourgeoisie über ihren Staatsapparat das Monopol auf Rundfunk- und Fernsehsender. Zur Unterdrückung der Volksmassen hat sie ein Heer ausgekochter Journalisten bei den Sendern angestellt und einen riesigen bürokratischen Apparat aufgebaut, der aus der Plünderung der Volksmassen über Gebühren finanziert wird (10,50 DM im Monat für Rundfunk und Fernsehen). Warum dann der CDU-Vorstoß?

Aufgebrochen ist der Krach um die Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms, um Brokdorf und Grohnde; die Widersprüche in den Reihen der Bourgeoisie haben sich auch in den Sendungen des NDR niedergeschlagen und die Durchsetzung des Energieprogramms der Finanzbourgeoisie behindert. Durch die gewaltige Aufblähung des Unterdrükkungsapparates NDR, die damit verbundene Anstellung von immer mehr einfachen Lohnarbeitern und die verschärfte Rationalisierung haben sich die Widersprüche von großen Teilen der Beschäftigten gegen den imperialistischen Staatsapparat verschärft, was sich auch in Sendungen niedergeschlagen hat. Schließlich sind im nächsten Jahr in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen Wahlen; da muß der Sender voll funktionieren bei der Verbreitung von Chauvinismus und Expansionismus unter den Massen und ist noch mehr Dienstaufsicht und Kontrolle nötig.

Mit dem CDU-Vorstoß will die Finanzbourgeoisie den reaktionären Kurs des NDR weiter verschärfen. Darüber besteht Einigkeit: Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ (15.7.77) schreibt von „heimlicher Zustimmung aus SPD-Kreisen“ für Stoltenberg und erklärt: „Die bessere Lösung ist und bleibt ein besserer NDR. Falls die Drohung aus Kiel dazu verhilft, hätte sie einen guten Zweck erfüllt.“

Ein Drittel des Lohns geht für die Miete drauf

Hamburg. Der Stadtteil Hamburg-Bramfeld wird überwiegend von Arbeitern und Angestellten bewohnt. Er liegt am Stadtrand, noch 1937 umfaßten die ehemaligen Bauerndörfer Steilshoop und Bramfeld nur 8 877 Einwohner. Inzwischen wurden durch die steigenden Grundstückspreise und Mieten 76 000 Arbeiter und Angestellte in dieses Wohnviertel am Stadtrand gepreßt. Die Stadtteilzelle des Bezirks Hamburg-Unterelbe berichtet über die Wohnlage und die Bedingungen der Reproduktion der Familien:

Die Häuser in der Bengelsdorffstraße gehören der Hanseatischen Baugenossenschaft Hamburg, der Schiffszimmerer-Genossenschaft und der Genossenschaft der Eisenbahner. Den Rest besitzt die Gerstel KG, aus deren Häusern im folgenden berichtet wird. Sowohl bei den Genossenschaften als auch bei der Gerstel KG betragen die Mieten 500 bis 700 DM inklusive für drei Zimmer.

Es ziehen dauernd Leute aus, weil sie die Miete nicht zahlen können. In dem Haus Nr. 32/34/36 wohnen Angestellte, Beamte, Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, ein Elektro-Ingenieur, ein Elektromonteur, ein Diplomvolkswirt. Hilfsarbeiter können diese Mieten gar nicht zahlen. Von den Hausbewohnern arbeiten in der Regel Mann und Frau, die meisten haben keine Kinder, weil sie sagen, daß der Verdienst nicht reicht, sie müßten dann in eine andere Wohnung ziehen. Durchschnittlich liegt die Miete bei einem Drittel des Einkommens der Familien.

Schon die Bauweise der Häuser zeigt die Profitgier des Bauherrn. Zwar gibt es tragende Betonwände, aber teilweise sind Wände zum Nachbarn nur eine Ziegelbreite dick und nicht massiv, sondern aus Fertigplatten, ähnlich Rigips. Die Folge ist, daß man aus verschiedenen Stockwerken hören kann, wer die Tür auf- und zumacht, wer das Licht anmacht usw.

Das ist ein untragbarer Zustand für die Wiederherstellung der Arbeitskraft in den wenigen Stunden der sogenannten Freizeit. Eine Altenpflegerin, die geteilten Dienst macht, zehn Stunden täglich, verbringt deshalb ihre Wochenenden auf einem Campingplatz bei Hoisbüttel im Wohnwagen, um am Montag wieder einen klaren Kopf zu haben.

Das Haus ist zwei Jahre alt, an den Balkons blättert überall die Farbe. Im Winter waren die Fenster kaputt, und einige Bewohner haben dauernd Grog getrunken, weil es zu kalt war und die Heizung auch nicht dagegen ankam. In verschiedenen Wohnungen läuft Wasser von der Decke, Seifenwasser aus dem Abfluß der oberen Wohnung. Repariert worden ist nichts.

Die Spielplätze bestanden in der ersten Zeit nur aus Sand und Grand, jetzt sind ein paar Holzgeräte aufgestellt worden. Überall steht ein bunter Totempfahl, der aber über die Trostlosigkeit der Anlage nicht hinwegtäuschen kann. Eine Sprossenwand, ein senkrechter Kletterpfahl, ein zeltartiges Gerüst und ein galgenähnliches Gestell mit einem aufgeknüpften Autoreifen sind das Inventar. Die Kinder haben eine klare Meinung dazu. Sie benutzen diese Plätze nicht.

Zum Schwimmen müssen die Kinder und Jugendlichen 20 bis 30 Minuten fahren, obwohl es eine Reihe Teiche in der Umgebung gibt, die aber nur aufgestaut sind und nicht benutzt werden dürfen. Das nächstliegende Schwimmbad Hamburg-Dulsberg wurde im „Hamburger Abendblatt“ als das tülltestes von Hamburg bezeichnet.

Es existiert für ca. 8000 Menschen der Umgebung eine Kneipe, in die ca. 30 Leute passen. Um ins Kino zu gehen, muß man nach Wandsbek, Barmbek oder Mundsburg fahren, was zusätzliche Kosten verursacht.

Jetzt gibt es Mieterhöhungen. Für alle Wohnungen sollen ca. 30 DM mehr bezahlt werden. Für 1976 soll zudem eine Nachzahlung von ca. 350 DM berappt werden, die hauptsächlich auf Gebührenerhöhungen bei Grundsteuer, Müllgebühren, Wasser- und Sielgebühren und Strom zurückgeht, aber auch Heizung und Wartung umfaßt. In der Abrechung des Vermieters für die Erhöhung tauchen sämtliche Nebenkosten auf, obwohl sie schon in den „normalen“ Kosten enthalten sind. Die Wohnungskapitalisten können den Hals nicht voll kriegen.

Auf einer Mieterversammlung wurde eine Unterschriftensammlung für einen Brief an den Hausbesitzer eingeleitet. Gefordert wird eine nachprüfbare Abrechnung. Solange wird nicht gezahlt: „Zahlungen, die dennoch erfolgt sein sollten oder noch erfolgen, geschehen unter Vorbehalt. Diese Zahlungen sowie von Ihnen eingezogene Beträge verlangen wir zurück. Wir werden sogleich eine Überprüfung der Abrechnungsunterlagen in Ihrem Büro organisieren.“

Dies sind erste Schritte im Zusammenschluß. Das Ziel muß es sein, die Erhöhungen vollständig zurückzuschlagen. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe/N-Red.)

Wie die „Ungleichbehandlung der Erwerbstätigen“ beseitigt werden soll – Änderung des Wohngeldgesetzes beschlossen

„Besondere Probleme haben sich bei den für Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen bestimmten Sozialwohnungen der siebziger Jahre ergeben, weil die Mieten dieser wegen des größeren Zuschnitts und der besseren Wohnausstattung schon von vornherein teuren Wohnungen infolge des seit 1970 verstärkten Einsatzes degressiver Wohnsubventionen überdurchschnittlich gestiegen sind. Die gegenwärtigen Wohngeldregelungen reichen nicht mehr aus, individuelle Härten auszugleichen, die sich aus dieser Entwicklung ergeben haben.“ „Ungerechtigkeiten und Härten“ habe es in der Vergangenheit gegeben, diesen soll jetzt mit der Reform des zweiten Wohngeldgesetzes zu Leibe gegangen werden, tönt die Bundesregierung.

In der Zwischenzeit wird man hellhörig, wenn man von sozialdemokratischen Reformen hört. Im Wohngeldbericht vom 30. Juni 1977 bemerkt der Bundesbauminister Ravens:

„Was den Kreis der Wohngeldempfänger betrifft, haben sich seit 1974 bemerkenswerte Strukturverschiebungen ergeben. Die Zahl der erwerbstätigen Wohngeldempfänger ging bis 1976 um 30 Prozent, bei den nichterwerbstätigen Wohngeldempfängern – in erster Linie Rentner und Sozialhilfeempfänger – nur um 3 Prozent zurück. Ende 1976 erhielten etwa 16,7% der Rentner – sowie 1,8% der Arbeitnehmerhaushalte – Wohngeld. Wohngeld ist gegenwärtig in erster Linie eine Hilfe für die Nichterwerbstätigen. Auf diese Entwicklung hat die Bundesregierung reagiert und in der Wohngeldnovelle den Kreis der erwerbstätigen Wohngeldempfänger besonders stark begünstigt.“

Dem Minister sind die Löhne noch zu hoch. Über die nominale Erhöhung der Löhne sind viele aus der Wohngeldförderung herausgefallen. Dieses Gesetz ist dazu gemacht, mit Versprechen der „individuellen Unterstützung“ den Teil der Arbeiter aus dem Lohnkampf herauszubrechen, der schon unter das Existenzminimum gedrückt wird in den unteren Lohngruppen. Es soll die Arbeiterklasse spalten und dadurch den Kapitalisten die Durchsetzung ihrer Absichten erleichtern, durch Lohnsenkung die Masse der Arbeiter ins Elend zu drücken. Das Entsprechende gilt für die Durchsetzung der Rentenkürzungen. Finanziert wird dieser Betrug über die Ausplünderung der ganzen Arbeiterklasse durch die Lohnsteuer. Damit verbunden wird jeder Winkel des Arbeiterhaushalts und Rentnerhaushalts durchleuchtet und die gedrücktesten Teile der Arbeiterklasse und die Rentner damit der kleinlichen Schikane und Gängelung unterworfen. Im alten wie im neuen Gesetz ist in § 25 enthalten:

„Amtshilfe und Auskunftspflicht

(1) Alle Behörden, insbesondere die Finanzbehörden, und die Träger von Sozialleistungen sind verpflichtet, der zuständigen Stelle Auskunft über die ihnen bekannten Einkommens- und Vermögensverhältnisse der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder und über andere ihnen bekannte, für das Wohngeld maßgebende Umstände bekannt zu geben, wenn und soweit die Durchführung dieses Gesetzes es erfordert.

(2) Die Arbeitgeber der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder sind verpflichtet, der zuständigen Stelle über Art und Dauer des Arbeitsverhältnisses sowie über Arbeitsstätte und Arbeitsverdienst Auskunft zu geben, wenn und soweit die Durchführung dieses Gesetzes es erfordert.“

Weil der Teil der Arbeiter und Rentner, deren Einkommen um das Existenzminimum liegt, auf die angekündigte Erhöhung von 20 bis 60 Mark angewiesen ist, werden sie das Wohngeld beantragen müssen. Glaubt einer, durch die Änderung des zweiten Wohngeldgesetzes würde die Senkung des Lohns durch die Kapitalistenklasse aufgehoben für die Arbeiterhaushalte, so hat er sich getäuscht.

Allein über die Maßnahmen im geänderten Gesetz selbst ist dies Geld sowieso in spätestens einem Jahr weg. Dort wird zum Beispiel festgelegt, wer zum Haushalt gehört und wer nicht. Alle Familienmitglieder gehören nicht mehr dazu, die vorübergehend abwesend sind, „wenn während ihrer Abwesenheit der Familienhaushalt nicht mehr der Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen bleibt“. Zum Beispiel Studenten und Bundeswehrsoldaten. In diesem Falle steigt das anrechnungsfähige Familieneinkommen, weil Freibeträge wegfallen, außerdem ist die Wohnung zu „groß“. Und schon ist das Wohngeld niedriger.

Schwerbehinderte sollen in Zukunft nur in die Förderung aufgenommen werden, wenn sie 80% erwerbsunfähig sind und ihnen somit aus Gründen der „Objektivität und Gerechtigkeit“ ein „besonderer Wohnraumbedarf bescheinigt wird, der ein höheres Wohngeld rechtfertigt“. Da muß einer schon halb tot sein, bis er 80% erwerbsunfähig ist.

Schließlich soll, um die „bisherige Ungleichbehandlung von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen“ „auszugleichen“, der Freibetrag für das Familieneinkommen „differenziert“ werden, so daß Arbeiter in Arbeit einen Freibetrag von 30% behalten, der für Arbeitslose dagegen auf 22,5% und der für Rentner auf 15% gesenkt wird. Der Bundesbauminister des westdeutschen Finanzkapitals steht dessen Bundesminister für Arbeit und Soziales in nichts nach: „Förderung des Anteils der Erwerbstätigen“ durch Kürzung bei den Rentnern. Darüber wird ein weiterer Keil in die Arbeiterklasse getrieben.

Eine weitere Unverschämtheit ist die Anpassung der Miethöchstbeträge und ihre Erweiterung: „Das Tabellenwerk umfaßt nun auch Wohngeldtabellen für Haushalte mit 9 und 10 Familienmitgliedern. Damit wird Familien mit entsprechender Kinderzahl das Ablesen des ihnen zustehenden Wohngeldes erleichtert.“

Das neue Wohngeldgesetz ist die weitere Vorbereitung, den Lohn der Arbeiterklasse herunterzudrücken, und öffnet Tür und Tor der unerträglichen Schikanierung und Bespitzelung des bürgerlichen Staates gegenüber den Lohnabhängigen und Rentnern, deren Lohn bzw. Rente bereits unter das absolute Existenzminimum gedrückt worden ist. Man darf sich das nicht gefallen lassen. Dagegen muß der Kampf um einen ausreichenden Lohn gesetzt werden. – (Z-Red.)

Krupp-Konzern fordert Deichdurchbruch und Zerstörung von Naherholungsgebiet

Wilhelmshaven. In Wilhelmshaven gibt es ein großes Erholungsgebiet, den Banter See. Er ist durch den Grodendamm vom übrigen Hafengebiet abgetrennt. Die Krupp-Kapitalisten, die am Banter See angesiedelt sind, fordern jetzt ultimativ die Öffnung des Grodendamms, um einen offenen Zugang zum Meer zu erhalten. Krupp-Direktor Müller läßt verlauten, Großaufträge würden in Wilhelmshaven erst wieder gebaut, wenn der Grodendamm offen sei. Die hohen Transportkosten beim Verladen seien nicht mehr zumutbar. „Der wachsende internationale Wettbewerb erfordert Vormontage und Verladung der Großprojekte am seeschifftiefen Wasser.“ Am Ufer des Banter Sees hat Krupp bereits Investitionen getätigt, um sofort nach Öffnung des Grodendammes die Verschiffung der Großkräne durchführen zu können.

Krupp spielt hier den Vorreiter für die Finanzbourgeoisie. In einem Hafengutachten wird ausgesagt, daß es nur zwei Möglichkeiten gibt, entweder Erhaltung des Banter Sees und des Erholungsgebietes oder volle Nutzung als Industriehafen. Im Flächennutzungsplan ist die gesamte Fläche bereits als Industriegebiet ausgewiesen.

DerBanter See soll den Profitinteressen der Kapitalisten geopfert werden. Um diese Absichten durchzusetzen, muß die Bevölkerung gespalten werden. Die Arbeitsplätze bei Krupp müßten gesichert werden durch Öffnung des Grodendammes, heißt es. Die Krupp-Kapitalisten haben an die Arbeiter einen Aufkleber „Erhaltet die Arbeitsplätze am Banter See“ verteilen lassen. Der SPD-Betriebsrat unterstützt die Spaltungsversuche der Kapitalisten.

Der Banter See ist die letzte Erholungsmöglichkeit für die Wilhelmshavener Arbeiter. Durch die Industrieansiedlung wurden bereits die Strände im Norden und Süden der Stadt vernichtet. Jetzt soll auch noch der Badestrand in Wogsiel durch die geplante Ansiedlung von ICI zerstört werden. Gegen die Öffnung des Grodendamms gibt es großen Widerstand. Der Aufkleber „Erhaltet den Banter See“ ist in der Stadt weitverbreitet. Die „Wilhelmshavener Zeitung“ ist gezwungen, laufend Leserbriefe, die sich für die Erhaltung des Banter Sees aussprechen, zu veröffentlichen.

Stimmergebnisse der Studentenparlamentswahlen im Sommersemester

Eine Übersicht über die Ergebnisse an 11 Hochschulen

		Uni Hamburg		HFSS Bremen		TU Braunschweig		PH Westberlin		PH Göttingen		Uni Bochum**		Uni Düsseldorf		Uni Köln		Uni Frankfurt		PH Weingarten		PH Freiburg		Gesamt	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Rechte (RCDS, SLH,	77	1504	11,8	–	–	740	20,3	–		155	6,7	4839		1309	47,5	5172	55,7	2248	27,5	–	–	101	15,2	16068	32,7
„Unabhängige")	(76)*	1336	9,9	–	–	602	16,8	–		–	–	3425	44,7	1065	42,1	4533	53,4	1654	24,8	–	–	165	14,7	12780	27,3
DKP-Revisionist. (MSB-	77	4839	37,8	168	35,6	442	12,1	281	17,0	149	6,5	1166		687	24,9	1553	16,7	810	9,9	185	35,0	345	51,8	10625	21,6
(Spartakus, SHB, „GO")	(76)*	5355	39,5	178	35,5	335	9,3	415	17,0	156	6,0	1196	15,6	999	39,5	1490	17,5	663	9,9	128	27,4	290	25,9	11205	23,9
Jusos	77	2828	22,1	73	15,5	1130	31,0	212	12,8	387	16,8	858	·	486	17,6	1323	14,3	1074	13,1	264	50,0	–	–	8635	17,6
	(76)*	2987	22,0	85	17,0	1257	35,0	416	17,0	494	19,0	590	7,7	419	16,6	1318	15,5	995	14,9	276	59,0	385	34,4	9222	19,7
Liberale	77	2099	16,4	9	1,9	–	–	–	–	–	–	394		123	4,5	101	1,1	878	10,7	–	–	–	–	3604	7,3
(LHV)	(76)*	1871	13,8	–	–	–	–	–	–	–	–	231	3,0	–	–	293	3,5	593	8,9	–	–	–	–	2988	6,4
Opportunisten	77	1161	9,1	76	16,1	971	26,7	–	–	276	12,0	89		–	–	478	5,2	602	7,4	–	–	–	–	3653	7,4
(SB, KB)	(76)*	1555	11,5	84	16,8	1047	29,2	–	–	211	8,1	–	–	–	–	331	3,9	104	1,6	–	–	–	–	3332	7,1
Spontaneisten („Beweg.	77	–	–	45	9,5	–	–	990	60,0	–	–	1461		–	–	–	–	2268	27,7	–	–	67	10,1	4831	9,8
Unabh. Frühling" u.a.)	(76)*	–	–	79	15,8	–	–	1189	49,0	–	–	–	–	–	–	–	–	2258	33,9	–	–	–	–	3526	7,5
KSV, KSB/ML u.a.	77	–	–	–	–	20	0,5	21	1,3	–	–	–	–	35	1,3	112	1,2	49	0,6	–	–	–	–	237	0,5
	(76)*	–	–	–	–	51	1,4	–	–	–	–	–	–	44	1,7	61	0,7	49	0,7	–	–	–	–	205	0,4
Aktionseinheiten, unter-	77	355	2,8	96	20,3	150	4,1	48	2,9	23	1,0	112		115	4,2	183	2,0	213	2,6	53	10,0	153	23,0	1501	3,1
stützt durch KHGs u. KSBs	(76)*	449	3,3	75	15,0	181	5,0	99	4,0	86	3,3	1575**	20,5	–	–	458	5,4	315	4,7	51	10,9	342	30,5	3631	7,7**
Wahlberecht. Studenten	77	26319		840		10469		6111		2304		23203		7064		24548		22391		1209		3700		128158	
	(76)*	26319		840		10200		6012		2597		20948		6230		24686		22307		1357		4000		125496	
Wahlbeteiligung	77	9118	34,6	472	56,2	3643	34,8	1650	27,5	990	43,0	9425	40,6	2755	39,0	9279	37,8	8177	36,5	528	43,7	666	18,0	46703	36,4
	(76)*	9755	37,0	501	59,6	3587	35,2	2447	40,7	947	36,5	7667	36,6	2531	40,6	8492	34,4	6667	29,9	468	34,5	1120	28,0	44182	35,2

Anmerkung zu der vorstehenden Tabelle: Diese Tabelle umfaßt keineswegs alle Hochschulen, an denen in diesem Sommersemester Wahlen zum Studentenparlament stattgefunden haben. Weniger vollständige Ergebnisse, die uns von anderen Hochschulen zur Verfügung standen, entsprechen jedoch im Durchschnitt der Entwicklung der absoluten Stimmzahlen, wie sie sich in diesen Ergebnissen ausdrückt. Teilweise waren Schätzungen erforderlich wegen unterschiedlicher Wahlsysteme. Aus diesem Grunde stimmt auch die Summe der abgegebenen Stimmen mit der Anzahl der Studenten, die sich an den Wahlen beteiligt haben, nicht ganz überein. Die eine oder andere Zuordnung mag willkürlich sein.

* Verglichen wurde mit dem Ergebnis der letzten Wahlen, also entweder Wintersemester 1976/77 oder Sommersemester 1976.

** In Bochum gewann die Liste der Aktionseinheit auf einem Programm des Kampfes für die Rechte der Studenten 1976 die Wahlen. Nach dem Wahlsieg wurde dieses Programm jedoch von den bürgerlichen Kräften in der Aktionseinheit der Fachschaften und Institutsgruppen gebrochen und ein AStA auf einem Programm der Versöhnung mit dem bürgerlichen Staatsapparat gebildet.

Mit Lohndrückerei nicht durchgekommen

Westberlin. 15 Studenten hatte der Besitzer der „Herzberg Industrieanlagen GmbH" angeheuert, die in der Textilfabrik von Delden Zwirnmaschinen reinigen sollten. Bei Arbeitsbeginn hieß es dann: 400 DM netto pro Maschine, das wären etwa 5 bis 7 DM Stundenlohn gewesen, anstatt der versprochenen 10 bis 15 DM. Für zwei Tage „Einarbeitungszeit" wurden 10 DM pro Stunde durchgesetzt. Nach zwei Tagen legten die Studenten Herzberg einen Arbeitsvertrag vor mit der Regelung: 400 DM pro Maschine, mindestens 10 DM pro Stunde. Als Herzberg ablehnte, haben sich die Studenten geweigert, weiter zu arbeiten. Sie verteilten vor dem Betrieb ein Flugblatt, in dem sie die Einstellung unter den von ihnen verlangten Bedingungen forderten und die Auszahlung ihres restlichen Lohns von jeweils 20 DM verlangten. In dem Flugblatt heißt es weiter: „Wir sind dagegen, daß wir Studenten gegenüber den Arbeitern als Lohndrücker eingesetzt werden. Deshalb fordern wir, weil wir Geld brauchen, um zu leben, vom Staat die volle Bezahlung der Arbeitskraft. Heute 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1 500 DM Elternfreibetrag. Das ganze rückwirkend ab 1.10.76."

Herzberg hat die Stellen neu ausgeschrieben mit dem Zusatz: Gruppenakkord. Daraufhin kamen ganze zwei Studenten. Danach hat er die Stellen für 9 DM netto angeboten.

Umgruppierung bei den Bourgeoisstudenten

Hamburg. Nach der Gründung einer Hochschulgruppe der Jungen Union in Würzburg hat jetzt auch die Hamburger Junge Union beschlossen, in Hamburg eine JU-Hochschulgruppe neben dem RCDS zu gründen. Die Hochschulgruppe solle vor allem die „schweigende Mehrheit" mobilisieren. Der RCDS reagierte mit „Bestürzung" und befürchtet eine „Aufsplitterung des konservativen studentischen Lagers". Die Junge Union sei im Gegensatz zum RCDS auf ein an den Hochschulen „vollkommen unattraktives" Parteihochschulprogramm verpflichtet, daß geeignet sei, „die letzten Leute von den Fahnen wegzublasen". Spaltung im Lager der Bourgeois-Studenten?

Dem RCDS wird seit einiger Zeit von der Bourgeoisie eine beweglichere Rolle zugedacht, bei der er bisweilen bis zur Zustimmung zu bestimmten Forderungen und Kampfmaßnahmen gehen kann wie dem Streik der Medizinstudenten, um die Bewegung an die Herrschaft der Bourgeoisie zu binden. Die CDU-Studenten von der Jungen Union wollen jetzt eine Kerntruppe innerhalb der Studentenschaft aufbauen, um unter Führung der Bourgeoistudenten die Studenten für die Reaktion zu mobilisieren. Stellungnahmen des RCDS wie z.B. „gegen ein Ordnungsrecht an den Hochschulen" sprächen für eine zweite christdemokratische Studentengruppe heißt es von der Jungen Union. „Wir vertreten hier härtere Positionen", erklärte der JU-Landesvorsitzende. Nicht um Spaltung geht es, sondern um Umgruppierung und Formierung der Kräfte der Reaktion.

Für Störenfriede die rote Karte

Universität Göttingen, Fachbereich Germanistik. Hier werden Studenten ausgebildet, die nach ihrem Examen die aus der Masse der Schüler abgeschöpften und herausgefilterten Oberschüler unterrichten sollen. Thema eines Seminars: „Diskutieren. Versuche zur Gesprächserziehung im Deutschunterricht". Zum Handwerkszeug des Deutschlehrers gehöre, – so Seminarleiter Pawlowski zu Semesterbeginn – sich „in der Objekt- und Metaebene der Sprache" bewegen zu können. Auf deutsch: Reden zu können und *über* Reden reden zu können. In dem hauptsächlich dem Seminar zugrundegelegten Buch wird als Ziel der „Redepädagogik" u.a. ausgeführt: „... verbale als rationale Konfliktlösung, Ermutigen zum Aushalten von Konflikten, kritische Mündigkeit". (H. Geißner, Rhetorik und politische Bildung, Kronberg/Taunus 1975, S.43) Soviel ist sicher: Es sind gerade die Erfahrungen der Studenten als frühere Schüler und Praktikanten an der Schule mit „Konflikten", die sie in großer Zahl veranlaßte, das Seminar zu besuchen. Der Autor hält diese Erfahrungen selber fest: „... geringes Ausmaß an Selbstdisziplin ... Extreme Opposition, Kritiksucht und Aggression bei Einzelnen ... Distanziertes, zum Teil apathisches Verhalten ... Vergessen des (...) relativ unpersönlichen Lehrstoffs ... Geringes Ausmaß an Sympathie und Interesse für die Belange der Erziehung und Unterrichtung in Schulen." (ebd., S. 40f.) Kurz: Rebellion und Widerstand gegen Unterdrückung und Indoktrination sind das Problem, dem mit „Redepädagogik" abgeholfen werden soll.

Die Erfahrungen der Schüler und Studenten sind Erfahrungen aus dem Klassenkampf. *Aufgabe Nr. 1* der „*Redepädagogik*" muß es also sein, zu vernebeln, daß im Unterrichts-„Genebeln, daß im Unterrichts-„Gespräch" tatsächlich Fronten-, Klassenfronten *aufeinanderstoßen*, zwischen den besitzlosen Schülern und der Bourgeoisie, die durch das Gymnasium Menschen herausfiltert, die ihr Funktionen für die Aufrechterhaltung der Ausbeutung und des staatlichen Unterdrückungsapparates abnehmen sollen. Der dafür nicht benötigte „Überschuß", der weder studieren kann noch in vergleichbare „Laufbahnen" eintritt, soll durch allerlei Flausen von der Arbeiterjugend abgespalten werden. – Aufgabe Nr. 1 wird durch Kunstgriff Nr. 1 gelöst: „In der Formel von der ‚Macht der Rede' ist nicht nur in übertragenem Sinn von der ‚Macht' die Rede, sondern politisch konkret von der Ausübung der Macht durch die sprachmächtigen Herrschenden, die sie ausüben können, solange ihnen Massen von Hörenden (...) ausgeliefert sind." „Der ‚Macht der Rede' entspricht die ‚Ohnmacht der Unmündigen'." (ebd., S.118f.) – Hinweg ist der Klassengegensatz zwischen der arbeitenden Klasse, die ausgebeutet wird weil sie aller Produktions- und Lebensmittel entledigt ist und der Kapitalistenklasse, die ausbeuten kann, weil sie die Produktionsmittel besitzt. Aufgelöst hat sich der Gegensatz in Sprachgewaltige und „Unmündige". Das Lernziel, daraus abgeleitet: „kritische Mündigkeit". Man versteht, welches Bild dem künftig „sprachgewaltigen" Oberschüler von der Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung in den Kopf gesetzt werden soll: eine unaufgeklärte, unkritische und sprachlich unbewegliche Masse, der zur sozialen Emanzipation nur die rhetorische Brillanz und das belesene Kritikastertum des akademisch gebildeten Wortjongleurs fehlt.

Auch die Bourgeoisie weiß, daß der Klassengegensatz und der Klassenkampf *bleiben*, soviel sie ihn auch uminterpretiert. Also müssen Methoden gefunden werden, ihn wo möglich abzustumpfen. Das ist die *Aufgabe Nr. 2* und die Lösung nennt sich „Gesprächserziehung und fordert: „... Doppeldeutigkeiten auszuhalten ...kontrovers zu denken ..." (S.43). Schüler müssen in die Lage versetzt werden, „... eigene und fremde Bedürfnisse formulieren zu können", „andere, anderes und sich selbst in Frage zu stellen" (S.15). Systematisch soll den Schülern abgewöhnt werden, der klaren Richtschnur ihres eigenen Interesses zu folgen. Der Gipfel der „Mündigkeit" wird im Gegenteil gerade erreicht, wenn man damit beginnt, sich diese Interessen selbst auszureden. Das ist kontroverses Denken. „Lernziel erreicht", das gibt gute Noten.

Zur Verdeutlichung wurde im Seminar ein „Diskussionsspiel vorgelegt. Gegenstand der „Diskussion" kann jedes beliebige schwachsinnige Thema sein, wichtig ist nur das Diskussions*verhalten*. Als „Fouls" werden qualifiziert:

„... 2. sich durch häufige Wortmeldungen in den Vordergrund drängen (...), 5. grundsätzlich in Opposition gehen, 6. andere persönlich angreifen ..." Das gibt ein gedeihliches Klima, um „konfliktfrei" die bürgerliche Ideologie der Klassenversöhnung, des „rationalen" und „sachlichen" Diskurses mit der Bourgeoisie, des „Bürgerdialogs" und der „Mitbestimmung" zu verbreiten.

Was bleibt, ist *Aufgabe Nr. 3*. Die Bourgeoisie kann versuchen, die Interessen der Masse der Schüler zu entstellen, zu verwischen, zu unterdrükken. *Beseitigen* kann sie sie nicht. Der Widerstand der Schüler beginnt im täglichen Kleinkrieg gegen Schulunterdrückung und Auslese, gegen die Verstümmelung ihrer Fähigkeiten und gegen die Indoktrination. Die Rebellion beginnt im Fernbleiben vom Unterricht, in Desinteresse, im Stören des Unterrichts als spontaner Reaktion. Sie wird zunehmend bewußter organisiert im Kampf gegen die Auslese durch das Notensystem. Er wird in den Unterricht, gegen die reaktionären Unterrichtsinhalte getragen. Klar, daß es da nicht nur „kontrovers", sondern auch ziemlich heftig und laut zugeht. Das „kontroverse Denken" des „redepädagogisch" gebildeten Deutschlehrers muß in nackter Unterdrückung enden. Anweisung des „Gesprächserziehers" für die Teilnehmer: „Was kann man tun, um sich gegen ‚Störenfriede' zur Wehr zu setzen?" – Im Spiel wird dann die rote Karte für „Foul" gezeigt. In der Schule soll der Lehrer daran seiner Aufgabe als Schleusenwärter nachkommen: aggressiv, widerspenstig und nicht kooperationsbereit? Hält an seinem Standpunkt fest und will seine Interessen durchsetzen? Da ist der Eintrag ins Klassenbuch sicher, die schlechte Note garantiert, ja die Versetzung gefährdet und der notorische Störenfried fliegt von der Schule.

Diese Konsequenzen spricht die „Rhetorik" Geißners und Pawlowskis noch nicht offen aus, aber die „roten Karten" in der Schule sind zu gut bekannt, als daß die Absicht verhehlt werden könnte. Den Oberschülern soll der Weg des „Verstehens" und „Mitgestaltens" der kapitalistischen Gesellschaft gewiesen werden. Dazu ist es notwendig, sie mit Verachtung auf die „unkritische", „unmündige" und „kooperationsunwillige" Arbeiterklasse und ihre Jugend herabschauen zu lassen und sie selber in dem Bewußtsein zu üben, durch die Beherrschung der „Macht der Rede" der übrigen Jugend voraus zu sein. Deutschlehrer sollen ihnen das eindrillen. Selbst lohnabhängig, werden sie so wenig wie ihre Schüler Flausen von „Sprachgewalt" folgen können, statt den eigenen Interessen. Gehen wird das nur, wenn sie bewußt mit der Schulunterdrückung und dem Notensystem brechen. – (KSB Göttingen, Zelle Germanistik)

Zur Ferienarbeit gezwungen

Interview mit zwei Bremer Studenten

Seit wann arbeitet ihr hier im Hafen?

„Wir haben schon vor Ferienbeginn, fast zwei Wochen vorher, angefangen, damit man überhaupt noch was findet. Viele unserer Kommilitonen machten es ebenso, wenn sie sich es von Studienbedingungen her leisten konnten".

Wie sieht denn eure finanzielle Lage während des Semesters aus?

„Ich bekomme 580 DM, davon 130 DM las Darlehn. Damit komme ich gerade so über die Runden, wenn ich auf mein Bier verzichte und nicht oft ins Kino gehe. In Urlaub fahren oder eine größere Anschaffung kann ich davon nicht machen. Deshalb arbeite ich auch notgedrungen. Von den 580 DM gehen 400 DM für Miete, Nebenkosten, Auto, das wir uns in der Wohngemeinschaft teilen, und Lebensmittel ab, bleiben noch 180 DM für Bekleidung, Bücher und Taschengeld".

„Ich bekomme ca. 350 DM, habe die gleichen Ausgaben, die er gerade aufgezählt hat und mache dementsprechend Schulden. Ich muß einfach arbeiten, um mein Konto wieder aus den Miesen rauszukriegen. Ich mache oft 'ne Doppelschicht".

Unter welchen Bedingungen seid ihr bei der Bremer Lagerhausgesellschaft (BLG) eingestellt worden?

„Wir bekommen ca. 9 DM pro Stunde Durchschnittslohn (da sind Schicht- und Schmutzzulagen mit drin) Dann mußt du bei deiner Einstellung viele Bedingungen unterschreiben, sonst nehmen sie dich gar nicht:

1. daß du nicht von der BLG versichert wirst. Die BLG spart also die Versicherungskosten und du hast keinen Anspruch auch Krankengeld.
2. daß du kein Recht auf tägliche Arbeit hast. Ist nicht genug zu tun, wirst du nach Haus geschickt, natürlich ohne Lohn!
3. daß du mindestens drei Überstunden machst. Ist viel los, verlängert sich automatisch dein Arbeitstag".

Einer von euch mußte die Arbeit aufgeben. Wie kam es dazu?

„Das ist beim Verladen von 300-Kg-Fässern passiert. Die Fässer werden vom Waggon geladen. Eigentlich geht das ganz ungefährlich, wenn ein Spezialgeschirr um die Fässer gelegt wird, geht das mit Gabelstaplern. Das geht dem Vorarbeiter aber zu langsam, jetzt müssen 4 Arbeiter ran und dann kommt es oft vor, daß die Fässer umkippen. So'n Ding hätte mir fast den Arm abgerissen. Ich habe eine Sehnen- und Muskelzerrung, bin arbeitsunfähig und bekomme keinen Pfennig Krankengeld. Die Arbeitsbedingungen gehen ganz schön auf die Knochen, viele Kollegen haben Sehnen- und Gelenkschäden".

Bundeswehr-General zweithöchster NATO-Oberbefehlshaber in Europa

Vermutlich ab Oktober wird ein westdeutscher Vier-Sterne-General zweiter Stellvertreter des amerikanischen NATO-Oberbefehlshabers in Europa sein. Entsprechende Forderungen hatte Leber auf der Sitzung der NATO-Verteidigungsminister am 18.5. angemeldet. Laut „Frankfurter Rundschau" vom 12.7. legen die westdeutschen Imperialisten „Wert darauf, nicht nur einen Repräsentantenposten zu erhalten". Der amerikanische General Haig hat sich inzwischen zu einigen Aufgaben seines zukünftigen Stellvertreters geäußert. Das Nachschubwesen soll dazu gehören und die Befassung mit „Problemen der Stationierungsländer". (Man erinnert sich an Griechenland: Es waren die Kämpfe der griechischen Arbeiterklasse, die die NATO-Generale so „problematisch" fanden, daß sie einen Manöverplan entwarfen, nach dessen Maßgabe dann der Militärputsch 1967 durchgeführt wurde.) Gleichzeitig soll der bisher einzige Stellvertreter, ein Vertreter des britischen Imperialismus, Haig weiter in Fragen der militärischen Operationsleitung vertreten. Gleichgültig, was schließlich die Aufgaben im einzelnen sein werden – Leber sagte in einem Interview mit Weinstein von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", der Mann in Brüssel müsse „verhindern, daß Kampfhandlungen auf deutschem Boden stattfinden". Die „Kampfhandlungen" weiter ostwärts (als auf „*deutschem* Boden"!) „stattfinden" zu lassen, ist auch Inhalt der von der FAZ eine Woche vorher beschriebenen „Vorwärtsverteidigung". So deutet der Kriegsminister der westdeutschen Imperialisten fein an, daß es die westdeutschen Imperialisten mit der Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg ernst meinen und sich jetzt mit dem zweithöchsten NATO-Posten im Kampf um die Vormachtstellung in Europa im Bündnis mit den US-Imperialisten bestätigt sehen. Weil die BRD-Imperialisten die Vorherrschaft über Europa als Ausgangsposition für den Kampf um die Weltherrschaft anstreben, werden sie sich mit dem Stellvertreterposten nicht zufriedengeben, sondern auch die ganze militärische Führung anstreben: „Ich könnte mir durchaus vorstellen", sagt Leber, „daß ein Deutscher in den achtziger Jahren einmal Chef des Stabes von SHAPE ... sein wird." – (Z-Red.)



Einen Aufenthaltsraum für jede Kompanie! Regelmäßige und ausreichende Verpflegung! Eine warme Mahlzeit am Tag! 10 Minuten längere Frühstückszeiten! Der Vertrauensmann ist allein den Mannschaften verantwortlich! Für ein unzensiertes schwarzes Brett für die Mannschaften! Recht, den Kantinenwirt zu entlassen! Kontrolle über die Kantinen! Lohnfortzahlung für alle Wehrpflichtigen!

Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen H. Kaiser

Nachdem in weit über 100 Resolutionen und Erklärungen die sofortige Freilassung von H. Kaiser gefordert wurde, spekulieren die Kapitalisten durch die Ausserkraftsetzung des Haftbefehls, daß der Massenbewegung die Kraft genommen wird. Der Kampf wird geführt für sofortige Aufhebung des Haftbefehls. Auf der KSZE-Veranstaltung in Konstanz und Freiburg forderten die Teilnehmer die sofortige Aufhebung des Haftbefehls, im selbstverwalteten Stadtteilzentrum Neuperlach in München haben sich für die Forderung unterstützt, in der Nürnberger Innenstadt und im Innenhof der Mensa in Heidelberg wurden Kundgebungen der Aktionseinheiten durchgeführt und die Aufhebung des Haftbefehls gefordert.

Rüstungsfieber

Imperialisten reden von „strategischer Entspannung" und bewaffnen sich „taktisch" bis an die Zähne / Eine Pressezusammenstellung über die Rüstung der NATO und die der westdeutschen Imperialisten

„... daß die eigenen Truppen wenige Stunden danach vordringen können"

„Carter hat mit seinem eingeschränkten Ja für die Neutronenbombe auf dem Kernwaffenschachbrett einen Zug getan, der die sich immer mehr zugunsten der Ostblockmächte in Europa neigende militärische Balance wieder ins Gleichgewicht bringen könnte." (Die Welt, 14. Juli)

„Die Neutronenbombe hat gegenüber herkömmlichen Atom- und Wasserstoffbomben geringere Sprengwirkung. Sie tötet aber durch intensive Neutronenstrahlung bei der Explosion jedes Lebewesen im Umkreis von etwa einem Kilometer." „In einem Brief an den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses (...) hatte Carter zur gleichen Zeit erklärt: ‚Jeder Angreifer soll sich der Ungewißheit gegenübersehen, ob die NATO Kernwaffen gegen seine Angriffsspitze einsetzt oder nicht.' Die Neutronenbombe sei hierfür eine ‚attraktive Möglichkeit'." (Süddeutsche Zeitung, 14. Juli)

„Das Neutronengeschoß tötet Panzerbesatzungen unmittelbar, seine Strahlenwirkung schaltet die begleitenden Truppen aus und verfliegt derart rasch, daß die eigenen Truppen wenige Stunden danach vordringen können." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Juli)

„Cruise Missile" und MRCA gegen „schwer zu treffende Punktziele"

„Die Streitkräfte-Ausschüsse des amerikanischen Senats und des Repräsentantenhauses befürworten die Stationierung von nichtatomaren Lenkflugkörpern (Cruise Missile) zum Einsatz an der NATO-Zentralfront in der Bundesrepublik. Das von der amerikanischen Marine entwickelte Muster „Tomahawk" soll gegen schwer zu treffende Punktziele wie Brücken verwendet werden und damit, vor allem wegen der Wetterverhältnisse in Mitteleuropa, die Luftstreitkräfte der NATO in deren taktischen Aufgaben entlasten." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Juni)

„Die im Deutschen als ‚Marschflugkörper' bezeichneten Cruise Missile sind etwa sieben Meter lange, von Düsenmotoren angetriebene Flugbomben, die sowohl konventionellen Sprengstoff wie auch nuklearen Sprengstoff punktgenau ins Ziel bringen können. Ihre maximale Reichweite beträgt 3 700 Kilometer. Sie ist damit gleichermaßen als taktische wie als strategische Waffe einsetzbar." (Die Zeit, 15. Juli)

„Außergewöhnlich an diesem Tag: Im Cockpit der MRCA-Tornado zum ersten Mal der Chef der deutschen Luftwaffe, dessen Piloten spätestens Anfang der 80er

trägt 3 700 Kilometer. Sie ist damit gleichermaßen als taktische wie als strategische Waffe einsetzbar." (Die Zeit, 15. Juli)
„Außergewöhnlich an diesem Tag: Im Cockpit der MRCA-Tornado zum ersten Mal der Chef der deutschen Luftwaffe, dessen Piloten spätestens Anfang der 80er

Jahre auf diese Maschine umgeschult werden. (...) Der Inspekteur der Luftwaffe nach dem einstündigen Flug: ‚(...) Es wird mit diesem System zum ersten Mal möglich sein, bewegliche und feste Bodenziele und Seeziele mit der für konventionelle Waffen erforderlichen Treffgenauigkeit bei jedem Wetter und bei Tag und Nacht zu bekämpfen. Das ist bisher noch nicht dagewesen.' " (ZDF-Nachrichten, 22. Juni)

„Auch der Leopard II kein König des Schlachtfeldes mehr"

„Der Verteidigungsausschuß hat am Mittwoch wie erwartet dem Bau von 1 800 Kampfpanzern des Typs ‚Leopard II' zugestimmt." „Mit dem Leopard II verfügt das Heer dagegen nach Ansicht des Verteidigungsministeriums über ein überlegenes Waffensystem. .." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Mai)

„Seine Leistung: Eine neue Kanone vom Kaliber 120 Millimeter. Diese wird in der Bewegung und im Stand höchste Durchschlagkraft erzielen. Ihre Kampfentfernung ist gestreckter. Die Zielaufklärung bei schlechter Sicht und bei Nacht ist verbessert. (...) Der Kampfwagen beschleunigt um 30 % schneller." „Alle 1 800 Leopard II werden schätzungsweise sechs bis sieben Milliarden Mark verschlingen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Mai)

„Doch auch der Leopard II ist kein König des Schlachtfeldes mehr. Er braucht Schutz durch andere Waffen. Hilfe erhält er von einem fliegenden Waffensystem, dem Panzerabwehrhubschrauber. (...) Sie können blitzschnell Schwerpunkte der Abwehr bilden. Hunderte Kilometer dehnt sich ihr Kampffeld. Die Kombination Panzer plus Panzerabwehrhubschrauber erlaubt die elastische und bewegliche Verteidigungsfront in Breite und Tiefe auszuweiten." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Juli)

„Der Panzerabwehrhubschrauber ist mit der Panzerabwehrrakete ‚Hot' ausgerüstet, von denen er sechs Projektile mitführen kann. Sie können auf Entfernung von 4 000 Metern abgefeuert werden und sollen jede Panzerarmierung durchschlagen. Die Treffwahrscheinlichkeit liegt, so ist zu hören, bei mehr als 80 Prozent. Insgesamt will das Heer für die 212 Hubschrauber 7 560 Hot-Flugkörper beschaffen, von denen jeder 35 000 Mark kostet."

„So wird die in der Bundesrepublik stationierte 7. US-Armee auf Beschluß des Pentagons mit insgesamt 336 Panzerabwehrhubschraubern ausgerüstet ... (...) Eine Waffenstandardisierung war in der NATO auf diesem Gebiet nicht zu erreichen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Mai)

„Die Heeresverbände des Warschauer Paktes verfügen über eine wirksame Abwehr (gegen Hubschrauber, Anmerkung der Red.): Radargesteuerte Rohrwaffen und die Ein-Mann-Rakete mit Infrarot-

chen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Mai)
„Die Heeresverbände des Warschauer Paktes verfügen über eine wirksame Abwehr (gegen Hubschrauber, Anmerkung der Red.): Radargesteuerte Rohrwaffen und die Ein-Mann-Rakete mit Infrarot-

Suchkopf des aus dem letzten Nahost-Krieg bekannt gewordenen Typs ‚Sam 7'." (Die Welt, 27. Februar)

„Vor allem auf dem Gebiet der Panzerabwehr soll die NATO stärker werden. (...) Angesichts der Massierung der sowjetischen Panzerwaffe in der DDR erschien dem amerikanischen Verteidigungsminister darum eine Verstärkung der westlichen Abwehrkräfte dringend notwendig. Er hat seine Auffassung im Defense-Planning-Committee (DPC) durchgesetzt." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Mai)

„Die technische Entwicklung begünstigt den Verteidiger. Neue Waffen machen den Einzelkämpfer zum gefährlichsten Gegner der Panzerverbände, für die es noch keinen Schutz vor Raketen gibt." (Die Welt, 12. Juli)

Eine „fliegende Frühwarn- und Befehls-Zentrale"

„Das in der NATO wegen seiner hohen Einführungs- und Folgekosten umstrittene fliegende *Frühwarn-* und *Befehls-*Zentrale Awacs (Airborne Warning and Control System) wird beschafft werden. Doch fällt die Entscheidung darüber nicht mehr in diesem Jahr. Diese Überzeugung vertrat Verteidigungsminister Georg Leber in einem Gespräch mit Journalisten." (Handelsblatt, 20. Juni, Hervorhebung von uns)

„Die Minister sind sich im grundsätzlichen jetzt auch darüber einig, daß die Allianz sowohl das amerikanische Frühwarnsystem Awacs als auch das britische System Nimrod anschaffen soll. (...) Das Awacs-System eignet sich besser für die Landüberwachung, das von Nimrod mehr für die Seekontrolle." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Mai)

„... Nachschubsicherung und Unterbrechung gegnerischer Seeverbindungen"

„Die neuen Fregatten sollen zwischen 1981 und 1986 in Dienst gestellt werden. Die 3 800 Tonnen großen Schiffe sollen mit je 200 Mann Besatzung fahren. Sie werden mit bordgestützten Hubschraubern und Schiff-Schiff-Raketen ausgestattet. Zusammen mit den drei vorhandenen Raketen-Zestörern der Lütjens-Klasse sollen die Fregatten in der Nordsee für den Küstenschutz, die Nachschubsicherung und die Unterbrechung gegnerischer Seeverbindungen eingesetzt werden. In der langfristigen Planung des Verteidigungsministeriums ist der Bau weiterer sechs Fregatten vorgesehen." (Frankfurter Rundschau, 16. Juni)

„Erhöhung des Kriegsvorrats an Munition"

„Bis Ende 1978 will die NATO ein kurzfristiges Programm verwirklichen, das die Verstärkung der Panzerabwehr, die Erhö-

Juni)
„Erhöhung des Kriegsvorrats an Munition"
„Bis Ende 1978 will die NATO ein kurzfristiges Programm verwirklichen, das die Verstärkung der Panzerabwehr, die Erhö-

hung des Kriegsvorrats an Munition, neue Verfahren für die Verbesserung des Bereitschaftsstandes und eine rasche Heranführung von Verstärkung vor allem aus Amerika vorsieht." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Mai)



Mit „einiger Phantasie" kann sich der Offizier aus dem Bundesverteidigungsministerium, der die Zeitschrift „Bundeswehr aktuell" redigiert, „in den tropischen Dschungel versetzt fühlen". Die „Phantasie" ist die der Imperialisten, die sich gut Interventionstruppen zur Niederschlagung des bewaffneten Befreiungskampfs und damit zur Aufrechterhaltung von Ausplünderung und Ausbeutung der Völker des südlichen Afrika vorstellen können. Die Fallschirmjägereinheiten richten die Imperialisten als solche Interventionstruppen ein.

Vertrauensmannwahl

Hannover. Nach 14 Tagen fand in der Scharnhorstkaserne in Hannover für die neuen Rekruten die Vertrauensmannwahl statt.

In diesen 14 Tagen hatten die jungen Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten bereits ihre Erfahrungen mit der Bundeswehr sammeln können:

Das erste, was Hauptmann Kasuch von der 4./PzGrenBtl 11 sagte, war: „Von jetzt ab sind Sie Soldat und unterstehen uns. Hier gilt Befehl und Gehorsam, merken Sie sich das!" Und so sollten die Soldaten die „Definition" für „Befehl und Gehorsam" auswendig lernen. Wer das nicht wortgetreu kann, den erwartet Ärger. Ab der vierten Woche, so wurde es gleich angekündigt, wird jede Woche eine Arbeit über den Rekrutenunterricht geschrieben. Wer dann die Definition, die sieben Dienstgradgruppen des Heeres samt einzelnen Dienstgraden und Abzeichen nicht intus hat, die Einzelteile des Gewehres G 3 nicht runtersagen kann, wer den Stoff von 20 Seiten Unterricht nicht auswendig kann, der kriegt Minuspunkte. 120 Minuspunkte bedeuten dann keinen Wochenendausgang.

Die Rekruten der 4./PzGrenBtl 11 müssen in den ersten 15 Tagen 15 Stunden Dienst machen. Sie forderten, jeden Mittag kostenlos Getränke zu bekommen, und Hauptmann Kasuch mußte nachgeben. Gleichzeitig ist eine Mittagspause zum Essen und Ausruhen von 90 Minuten erreicht worden.

Als die Rekruten das „Panzerlied", in dem die imperialistische Expansion bejubelt und der „Heldentod" für die Imperialisten besungen wird, innerhalb von drei Tagen auswendig lernen sollten, ist das nicht gemacht worden, obwohl mit Wochenendausgangssperre gedroht wurde. Hauptmann Kasuch konnte so das Lied nicht abfragen.

Die Offiziere hatten der Rebellion der Rekruten gegen die Schikane nachgeben müssen. Bei der anstehenden Vertrauensmannwahl würde dieser Widerstand sich organisieren, der bewußte Zusammenschluß der Soldaten gegen die Bundeswehr und das Offizierspack. Hauptmann Kasuch drohte den Soldaten, die Propaganda für ein Programm zu den Wahlen machten, das allein von den Interessen der Soldaten ausgeht, mit Strafe.

„Politische Betätigung in der Bundeswehr ist verboten. Gewiß dürfen Sie Ihre Meinung sagen, aber gezielte Politik im Sinne einer Partei oder auch nur einer bestimmten politischen Richtung ist aufgrund des Soldatengesetzes verboten und kann disziplinarisch geahndet werden."

Außerdem versuchte Hauptmann Kasuch den Soldaten weiszumachen, daß ein Vertrauensmann sowieso nichts für die Soldaten machen kann: „Was der Vertrauensmann macht, brauchen Sie ihm nicht zu sagen, das sage ich ihm schon. Kommen Sie mir ja nicht mit Vorstellungen, daß Vertrauensmänner so was wie Soldatenräte sind."

Trotzdem und trotz der ungünstigen objektiven Bedingungen durch die 15-stündige tägliche Arbeitszeit wurde unter den Rekruten diskutiert, welche Forderungen sie erheben müssen. Bestimmend waren dabei Verkürzung der Arbeitszeit, geregelte Pausen, Wochenendausgang und die Beseitigung des Hungersolds. Kasuch hetzte: „Über die Forderungen kann man wohl diskutieren, aber ich weiß, aus welcher Ecke sie kommen und wie sie begründet werden. Ich an Ihrer Stelle wäre da sehr vorsichtig. Da steckt einwandfrei der KBW dahinter."

Unter dem massiven Druck der Offiziere konnte sich ein Soldat in der Wahl durchsetzen, der „für gute Kompromisse ist" („Nur so können wir was erreichen!"). Zwei Kandidaten, die entschieden für ein klares Programm gegen die Propaganda der Offiziere eintraten, bekamen 26 bzw. 20 Stimmen. Das ist eine gute Grundlage, um den Zusammenschluß der Soldaten herzustellen, denn die Erfahrungen werden die Rekruten schnell lehren, daß es „gute Kompromisse" für sie nicht geben kann. – (SRK Hannover/N-Red)

Bauern gegen britische Truppen

Soltau. Britische Truppen haben im Raum Soltau/Bispingen in der Lüneburger Heide in den letzten Wochen ihre Manöver verstärkt. Getreidefelder und Kartoffeläcker und in einer Ortschaft Abwasserleitungen wurden verwüstet. Mehrmals sind dem britischen Verbindungsoffizier in Soltau, Cooper, Abordnungen der Bauern auf die Bude gerückt. Seine Antwort: „Wo gehobelt wird, da fallen Späne". Seitdem fordern die Bauern die Abberufung dieses Besatzungsoffiziers. Der Landvolkvorsitzende des Kreises Soltau hat öffentlich eine Einladung zu der britischen Truppenparade zurückgewiesen.

Die bürgerlichen Kräfte versuchen, den Kampf gegen die britischen Besatzungstruppen abzuschwächen, indem sie eine dreimonatige Einstellung aller Übungen während der Sommer- und Erntezeit verlangen und gleichzeitig die Anwesenheit der Truppen bejahen zur Aufrechterhaltung „der Verteidigungsbereitschaft unseres Vaterlandes".

Als 1950/51 die ersten großen Übungen der Besatzungstruppen in der Heide stattfanden, haben die Bauern gefordert: Abzug aller Besatzungstruppen! Diese Forderung steht nach wie vor auf der Tagesordnung.

Viereinhalb Monate tarifloser Zustand für die Beschäftigten bei den britischen Besatzertruppen

Celle. Seit dem 1.3.77 ist der Tarifvertrag für die Beschäftigten bei den britischen Besatzertruppen ausgelaufen, es herrscht tarifloser Zustand. Die Armeeführung und das Bundesfinanzministerium haben unannehmbar niedrige 6,4 % angeboten; die Große Tarifkommission der ÖTV hatte eine spalterische Forderung von 9 %, mindestens 125 DM aufgestellt und den Kampf nicht organisiert. Schon Ende letzten Jahres hatte sich unter den Arbeitern und Angestellten in der Celler Britenkaserne eine Bewegung für 170 DM Festgeld entwickelt. Die britische Armeeführung in Gestalt des Major Gobourn, die den Angriff auf den Lohn verbunden hat mit Rationalisierungen, Rückstufungen, Versetzungen und Zulagenstreichungen, hat auf den Zusammenschluß gegen Lohnabbau und Rationalisierung mit verschiedenen Verwarnungen und jetzt mit der fristlosen Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes reagiert.

11 Arbeiter und Angestellte aus der Celler Kaserne haben einen Brief an die Tarifkommission der ÖTV gerichtet, in dem sie die Ersetzung der 9 %-Forderung durch 170 DM Festgeld verlangen und die Unterstützung der ÖTV für die Wiedereinsetzung des gekündigten Betriebsratsmitgliedes fordern.

Tarifkommission der ÖTV gerichtet, in dem sie die Ersetzung der 9 %-Forderung durch 170 DM Festgeld verlangen und die Unterstützung der ÖTV für die Wiedereinsetzung des gekündigten Betriebsratsmitgliedes fordern.

14 Tage beim Bund

Plön/Holstein: 136 Rekruten wurden zur Pionierausbildungskompanie nach Plön gezogen, in der Hauptsache Abiturienten, die die Armeeführung als Offiziersnachwuchs zu gewinnen und von der Arbeiterjugend abzuspalten sucht. Die Ausbilder erklärten gleich, sie hofften, daß dieses Quartal nicht aus solchen „Banditen" besteht wie die vorhergehenden, in denen zum größten Teil Arbeiterjugendliche waren.

Die Schinderei ist maßlos: Erst ein 2-km-Waldlauf, dann anschließend ein 8-km-Marsch in einer Stunde; oder vor den Stuben antreten und unter größter Hetze eine Uniform nach der anderen anziehen („Maskenball"); im Sanitätsbereich vorgeführt, untersucht und geimpft wie Vieh; freitags den ganzen Nachmittag die Kompanie reinigen unter der Drohung der Streichung des Wochenendurlaubs.

Unter den Rekruten gibt es vielfältige Rebellion dagegen (z.B. wird der Zapfenstreich um 22 Uhr nicht eingehalten). Der Haß richtet sich immer mehr auf einen Oberleutnant, der die Unteroffiziere auf die Rekruten hetzt.

ZANU-Sammlung Kaserne Fischbek.

Fischbek. Am 14.7. fand bei den Stammsoldaten der 2. Ausbildungskompanie/PzGrenBtl 72 ein politischer Unterricht statt. Ein Soldat wurde vom Kompaniechef damit beauftragt, ein Referat zu halten, das Thema konnte er sich selbst aussuchen. Der Soldat hielt ein Referat über den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe und über die Geschichte Zimbabwes. Als der Soldat auf die Absichten der Imperialisten in Zimbabwe einging, versuchte der Kompaniechef, Oberleutnant Wilkens, diese als völlig berechtigt und legal hinzustellen: „Es ist doch vollkommen in Ordnung, wenn eine westdeutsche Firma in Zimbabwe (er sagte wie alle Imperialisten ‚Rhodesien') eine Firma aufbaut, das schafft doch nur Arbeitsplätze." Solche und ähnliche Argumente erwiesen sich sehr schnell als Lügen. Als im Zusammenhang damit das Fregattenprogramm als ein imperialistisches Programm entlarvt wurde, sagte er nur noch, der Soldat solle sich an das Thema halten.

Unmittelbar nach dem Unterricht wurde in der Mittagspause eine Spendensammlung durchgeführt, die insgesamt über 42 DM einbrachte für das Landwirtschaftsprojekt der ZANU. Alle Soldaten, die bei dem Unterricht dabei waren (ca. 30), haben gespendet, obwohl die meisten nur noch ein paar Mark in der Tasche hatten. Viele sagten, daß sie bei der nächsten Wehrsoldzahlung noch mehr spenden wollen. Mehrere Zeitsoldaten haben ebenfalls gespendet. – (SRK Hamburg)

Spanien: Den Gürtel schnallt der Imperialismus

Ende Juni hat ein britisches Wirtschaftsmagazin der Imperialisten zur Entwicklung in Spanien geschrieben: „Jegliche Wirtschaftspolitik in Spanien kann kurz und klein geschlagen werden, wenn die Gewerkschaften sich dem Lohnstopp widersetzen und genügend Arbeiter zusammenschließen."

Damit hat dieses Imperialistenmagazin sowohl die Richtung und den Zweck als auch den Feind und die Hauptgefahr der Politik der Imperialisten in ihrer Ausplünderung Spaniens erkannt. Das Ziel ist die Ausbeutung der spanischen Arbeiterklasse und die Ausplünderung der spanischen Völker durch den Imperialismus und die völlige Auslieferung des Landes an die Fangarme des Imperialismus. Gleichzeitig ist klar, daß die spanische Bourgeoisie und die Imperialisten noch überhaupt nicht sicher sind, daß sie Fortschritte in der Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus und durch Parlamentsmanöver machen werden.

Jetzt wurde die spanische Peseta abgewertet, wie bereits im Frühjahr bei einem Besuch Suarez' bei Carter festgelegt. Die Abwertung beträgt 20 % und ist damit eine zweite hohe Abwertung seit der im Februar 1976 um 17 %. Sie wurde von den Imperialisten diktiert. Die Folge ist, daß für die Imperialisten sich die Bedingungen für den Kapitalexport nach Spanien weiter verbessern. Die Bourgeoisie wendet das so, als sei es das Interesse der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Westdeutschland, zumindest soweit sie nach Spanien in Urlaub fahren und in Zukunft die Möglichkeit haben, dies zu tun.

„Den ankommenden Touristen macht die spanische Regierung ein prachtvolles Geschenk. Für die Mark bekommt man ab heute 38 Peseten, 20% mehr als bisher." (ZDF,

20% mehr als bisher." (ZDF,
12.7.77)

Tatsächlich, ein prachtvolles Geschenk, wo der gleiche Kommentar feststellt: „Spanien hat ganz einfach seit Beginn der Weltwirtschaftskrise, seitdem die Ölpreise gestiegen sind, über seine Verhältnisse gelebt. Und erst diese gewählte Regierung hat die moralische Autorität, den Gürtel nun endlich enger zu schnallen." (ZDF, 12.7.77)

Den Gürtel schnallt der Imperialismus, insbesondere der US- und BRD-Imperialismus, um Spanien. Eine gerade zur Abwertung der Peseta erschienene Studie der OECD stellt fest, daß das Handelsdefizit bei mehr als 7 Milliarden Dollar liege, daß die Auslandsverschuldung inzwischen 11 Milliarden Dollar erreicht hat. Weiter stellt die Studie fest: „Die ausländischen Direktinvestitionen sind sind auf Grund einiger noch laufender Großprojekte, vor allem in der Autobranche, noch relativ hoch." (Neue Zürcher Zeitung, 14.7.77) Die Industrieproduktion stagniert, und die Inflation wird im Verlauf des Jahres voraussichtlich 30% betragen.

Die Studie der Imperialisten wie inzwischen auch ihre Zeitungen kündigen erfreut an, daß die Abwertung der Peseta nur der erste Schritt zur Sanierung sei. Als nächstes stehe an: Steuererhöhungen, und zwar insbesondere der indirekten Steuern, die damit begründet werden, daß bisher die direkten Steuern einen viel zu großen Anteil der Steuerlast tragen müssen – was nach Entlastung klingen soll. Exportkredite sollen gesteigert werden und Zölle gesenkt werden. Vor allem sollen Lohnsenkungen durchgeführt werden. All dies dient der weiteren Unterwerfung unter die Interessen der Imperialisten. Jetzt sind die amerikanischen Geschäftsbanken in Spanien zugelassen worden, and sie erhielten die Genehmigung für Zweigniederlassungen im Land. Ebenso haben die amerikanischen Ölkonzerne die Erlaubnis zum Aufbau eines Tankstellennetzes bekommen.

Das sind die tatsächlichen Geschenke der spanischen Bourgeoisie – an die Imperialisten. – (Z-Red.)

„Akkord zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und Staat"

Auch mit neuer Geschäftsführung sieht es für die Imperialisten in Irland nicht gut aus

Bei den Wahlen in der Republik Irland hat die Fianna Fail, die sich auf ihre bürgerlich-revolutionäre republikanische Tradition aus dem irischen Bürgerkrieg beruft, die absolute Mehrheit errungen: Ausdruck der Tatsache, daß die bisherige Koalitionsregierung unter der offen reaktionären Fine Gael durch Hereinnahme der sozialdemokratischen Labour Party die Kämpfe der Arbeiter für Lohn und die Kämpfe der irischen Volksmassen gegen die imperialistische Umklammerung und politische Entrechtung nicht niederringen konnte. Tatsächlich ist heute die Fianna Fail geradeso wie die Fine Gael Partei der irischen Kompradorenbourgeoisie, deren Abhängigkeit von den US- und EG-Imperialisten vollständig ist und die von der Ausbeutung der irischen Arbeiterklasse durch die imperialistischen Monopole lebt.

Bereits in den 50er und 60er Jahren hatte die Fianna Fail durch Subventionen, Steuervergünstigungen, Abbau der Zölle, schließlich durch das Freihandelsabkommen den imperialistischen Konzernen Englands und, in deren Gefolge, Westdeutschlands und der USA den Weg zur Ausbeutung und Ausplünderung Irlands freigemacht. Anfang der 70er Jahre war dann von der Fianna Fail die erste Notstandsgesetzgebung durchgesetzt worden, unter der nach weiterer Verfeinerung 1976 heute jeder auf unbeschränkte Zeit in Beugehaft genommen werden kann und Demonstrations- und Versammlungsfreiheit und das Streikrecht de facto außer Kraft gesetzt sind.

Es handelt sich um einen Austausch der Söldlinge zwecks Verfeinerung und Vernebelung des Zugriffs der Imperialisten auf Irland; gelungen ist das mit der Parole der nationalen Wiedervereinigung „der Frieden und Demokratie" auf den Lippen, gestützt auf Teile des Kleinbürgertums. Deshalb „bedauert" die Frankfurter Allgemeine zwar, von den „Realisten" der Fine Gael Abschied nehmen zu müssen, aber: „Schon die Kaltstellung notorischer IRA-Sympathisanten ... deutet auf Mäßigung hin." Hillery, irischer Präsident, war bei Schleyer zu Besuch, und das Nachrichtenblatt des BDI ließ verlauten, man sei in Irland vor allem an westdeutschem Kapital interessiert. Es seien „Renditen zu erzielen, die ein Vie lfaches der Durchschnittsrendite der Europäischen Gemeinschaft betragen." Ebenso stimme hoffnungsfroh „der sich abzeichnende Akkord zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und Staat". Die Imperialisten wissen, daß sie auf ihre neuen Geschäftsführer setzen können.

Heute sind fast 75% der Produktionsanlagen in der Republik Irland in der Hand der EG- und US-Imperialisten. 85 westdeutsche Konzerne haben 120 Betriebe in Irland errichtet, bei einem Kapitalexport von 125 Mio. DM. „Zusammen mit den Reinvestitionen dürfte der tatsächliche Wert der deutschen Direktinvestitionen ein Mehrfaches dieser Zahl betragen", schreibt der BDI. Was Wunder bei Steuerfreiheit für 10 bis 15 Jahre, unbeschränkter Profitrückführung, kostenlosen Infrastrukturmaßnahmen und einem Stundenlohn zwischen 3 und 5 DM. Die Folgen der imperialistischen Umklammerung für die irische Wirtschaft sind katastrophal:

	1973	1974	1975	1976
Beschäftigte in der Industrie (im Dez., in 1 000)	217.1	212.8	198.1	203.3
Industrieumsatz (im Dezember, in 1 000)	291.5	290.9	284.5	318.1
Kurzarbeiter	7 504	11 202	19 004	12 764
Arbeitslose	75 551	72 247	103 426	117 233
Inflation	10 %	13,5 %	23,8 %	16,1 %
Verschuldung der öffentlichen Hand (in Mio. Pfund)	127,3	146,1	241,5	337,0

(Alle Angaben nach The Irish Times, verschiedene Ausgaben)

Das sind die offiziellen Zahlen. Tatsächlich liegt die Inflationsrate eher bei 25%, die Arbeitslosigkeit bei etwa 180 000; in manchen Gebieten beträgt die Arbeitslosenquote 30 bis 40 %. Die Staatsverschuldung wird 1977 9,9 % des Bruttosozialprodukts ausmachen. Über 50 % der Neuverschuldungen sind Auslandsverschuldungen, bei englischen, westdeutschen und US-amerikanischen Finanzkapitalisten. Das garantiert den Imperialisten den direkten Zugriff auf den irischen Staatsapparat.

Gegen die elenden Arbeitsbedingungen in den imperialistischen Konzernen und den Hungerlohn hat sich von den Konzentrationspunkten der Arbeiterklasse in Dublin und Limerick aus eihe Streikwelle ausgebreitet, die auch die Landarbeiter erfaßt. 1976 hatte Irland eine der höchsten Streikquoten Europas. Allein in den letzten Monaten haben die Telephonarbeiter, die Bauarbeiter, die Busfahrer große Streiks geführt, in verschiedenen Betrieben der Metallverarbeitung und der Elektroindustrie haben Streiks stattgefunden, ebenso wie in einigen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes. Im Februar hatten auf der Delegiertentagung des Irischen Gewerkschaftskongresses die sozialdemokratischen Führer der ITGWU, der größten Einzelgewerkschaft, nur gegen harten Widerstand und ein beträchtliches Minderheitenvotum die nochmalige Annahme des „Nationalen Lohnabkommens" durchsetzen können, das bei einer Inflation von knapp 25 % für die Arbeiter eine Begrenzung der Lohnerhöhungen auf 5 bis 10 % vorsieht, gekoppelt an den Produktionszuwachs und in verschiedenen Stufen. In den Ausführungen zum „Aktionsplan" der Fianna Fail, der Versprechungen von 22 000 neuen Arbeitsplätzen, Steuersenkungen und Preisdrückung enthielt, *nach* der Wahl, wird der Kern des „republikanischen" Regierungsprogramms nach Diktat der Imperialisten deutlich: Subventionierung der Kapitalisten durch Neuverschuldung; Begrenzung der Lohnerhöhungen auf 5 % maximal, gestützt auf die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften.

In der zweiten Frage des Regierungsprogramms, der nationalen Wiedervereinigung „auf dem Wege von Frieden und Demokratie", trifft es sich just, daß zur selben Zeit der britische Nordirland-Minister Mason mit dem protestantischen Loyalisten und den katholischen Sozialdemokraten der SDLP „offene Gespräche" führt und Pläne für eine „teilweise Machtübergabe" geschmiedet werden. Das hängt zusammen.

Der Streik der Loyalisten vor zwei Monaten, dessen Kern Pogromvorbereitung, erneute Spaltung und Aufbau sektiererischer Fronten in großem Maßstab war, war fehlgeschlagen. Die protestantischen Arbeiter hatten die Loyalistenführer abfahren lassen, ebenso wie die katholischen Arbeiter die bis an die Zähne bewaffnete Armee der britischen Imperialisten, die sich als ihre „Beschützer" aufspielen sollten. Die „Orange Card", die Karte der gegenseitigen Zerfleischung der katholischen und protestantischen Arbeiter, auf die der britische Imperialismus seit Churchill setzt, zieht nicht mehr.

Weder die „nationalistische" Regierung im Süden, zusammengesetzt aus altbekannten Betrügern, noch die „teilweise Machtübergabe" im Norden, wird den Imperialisten lange nützen. Im S üden wie im Norden schließen sich die Arbeiter und das Volk zusammen gegen den Zugriff der Imperialisten, für nationale Befreiung. Die irischen Revolutionäre haben im Norden ihren bewaffneten Kampf verstärkt und angekündigt, ihn auf die Stützpunkte der Imperialisten im Süden auszudehnen. – (Mi-Red)

Ungarn: Plünderung durch die Sozialimperialisten und Infiltration von Kapital aus Westeuropa

Ungarn als Mitglied des RGW ist seit Jahren der Ausplünderung und Unterdrückung durch die SU-Imperialisten ausgesetzt. Im Rahmen des Komplexprogramms für die wirtschaftliche Integration ist Ungarns Wirtschaft dem Wesen nach in ein Verarbeitungsunternehmen verwandelt worden. Es dient weitgehend der Wirtschaft der Sozialimperialisten, ihren expansionistischen Zielen, gleichzeitig als Warenmarkt der Sowjetunion.

„Die selektive Industriepolitik, die sich immer nachdrücklicher durchsetzt, konzentriert ihre Anstrengungen, von der weiteren Festigung der Zusammenhänge zwischen den binnen- und außenwirtschaftlichen Prozessen ausgehend, auf einzelne Zweige und insbesondere auch auf einzelne Erzeugnisse, was in der Außenwirtschaft im Streben nach Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit durch Konzentration der Exporte und Ausweitung der Importskala zum Ausdruck kommt" (Marketing in Ungarn, 1/77, Budapest).

Ausweitung der Importe und Konzentration der Exporte bedeuten stärkere Abhängigkeit von den Sozialimperialisten.

„Hauptimporte waren Rohstoffe und Halbwaren für 3,5 Mrd. Dollar (1975). An zweiter Stelle Maschinen für 1,6 Mrd. Dollar. Drittens Energie und Elektrizität für 850 Mill. Dollar. Für 600 Mill. Dollar schließlich Nahrungsmittel und industrielle Betriebsstoffe." (Vortrag des Generaldirektors der ungarischen Handelskammer, Biró, in Paris, aus: Revue detudes comparatives est-ouest)

Die Ausweitung der Importskala ist deshalb notwendig, weil eine große Menge Waren eingeführt werden muß, die durch die Arbeitsteilung gar nicht mehr im Lande hergestellt wird. Durch diese Politik wird die selbständige Wirtschaft der Länder des RGW Schritt für Schritt von den Sozialimperialisten zerstört. Das heißt nun nicht, daß es gar keine Industrie gibt. Es gibt in den RGW-Ländern, so auch in Ungarn, große Industriezweige, aber eben spezialisiert und einseitig ausgerichtet.

„Das Langzeitkomplexprogramm ... legt fest, daß Ungarn besonders seine Lebensmittelproduktion entwickeln soll, um so neue Möglichkeiten zu eröffnen, durch Spezialisierung und Ausdehnung seiner Märkte seine Landwirtschaft zur Geltung zu bringen." (Biró)

Als Vorbild dient dabei die Landwirtschaft der US-Imperialisten, wo als Enflohnungssystem oft noch der Tagelohn verwandt wird.

„Die Arbeitsweise in den landwirtschaftlichen Einheiten soll ebenfalls immer mehr der industriellen Arbeit angeglichen werden. Vorbild ist dabei die USA-Wirtschaft. 1974 waren solche Arbeitsmethoden schon auf 15 % der Kulturen eingeführt, vor allem bei Mais und Zuckerrüben, mit Hilfe amerikanischer Maschinerie." (Bíró)

„Um im Maschinenbau die Erträge zu steigern, wurde beschlossen, 27 % der Produkte und Produktionsgruppen, die nicht rentabel sind, völlig einzustellen. Zentraler Punkt die Produktion von Autobussen und Anhängern. Das soll vor allem zur Exportsteigerung in die SU" dienen.

Seine Produktion von Lastwagen und Traktoren hatte Ungarn im Rahmen der internationalenen Arbeitsteilung teilweise oder ganz einschränken müssen, um der „Herstellung spezifischer Produkte Vorrang einzuräumen".

Gleichzeitig wird die Ausplünderung Ungarns von seiten der Sozialimperialisten immer dreister. So haben sie in den letzten Jahren die Ölpreise drastisch heraufgesetzt.

„Die Steigerung des sowjetischen Ölpreises wird Ungarn zusätzlich mehr als 50 Mill. Rubel kosten. Wo Ungarn sich zur gleichen Zeit gezwungen sieht, sich um Extralieferungen zu bemühen, muß es harte Bedingungen in Kauf nehmen. Z.B. wird in einem Abkommen festgelegt, daß Ungarn innerhalb von 5 Jahren die Hälfte seines Rindfleisches, 35 % seines Weizens und 40 % seines Mais im Austausch für 500 000 Tonnen Erdöl und Erdölprodukte an Moskau zu liefern hat." (Peking Rundschau 15/77)

Biró: „Der Handelsvertrag mit der SU über 10 Jahre spielt eine entscheidende Rolle in der Festigung des Fonds des laufenden Fünfjahresplans. Die SU liefert in erster Linie Öl und Rohstoffe. Ungarn im Gegenzug Getreide und Fleisch."

„Die sowjetische Ausplünderung hat die in den letzten zwei Jahren in aller Regel günstige ungarische Handelsbilanz mit Moskau defizitär werden lassen. 1976 überstieg das Defizit 44 Mill. US-Dollar." (Peking Rundschau 15/77)

So hat sich die Kontrolle und Abhängigkeit Ungarns von der SU in den letzten Jahren immer mehr verstärkt.

Gleichzeitig nehmen heute in wachsendem Maße die Imperialisten aus den westeuropäischen imperialistischen Ländern und die USA an der Ausplünderung der osteuropäischen Völker und der Arbeiterklasse innerhalb des Comecon teil. Warenexport, Kredite haben die Verschuldung Ungarns gegenüber den imperialistischen Staaten stark vorangetrieben (vgl. auch KVZ Nr.7/77). Ansteigen tun gegenwärtig Projekte gemeinsamer Industriekooperation von ungarischen Betrieben mit Firmen insbesondere aus der BRD.

„Mit Kooperationsunternehmen ist folgendes gemeint. Kooperationen können umfassen: Spezialisierung der Produktion, Zusammenarbeit bei der Forschung und Lieferung von Einzelteilen, Erwerb von Lizenzen sowie von Technologie und gemeinsames Vorgehen auf Drittmärkten." (Biró)

Diese Einladung zur Ausbeutung der ungarischen Arbeiterklasse durch die ungarischen Revisionisten nehmen die Imperialisten aus der BRD gerne an. Das gehört zu ihrer Politik der Infiltration in den sozialimperialistischen Machtbereich als Bestandteil des Kampfes um die Beherrschung Europas. Die BRD hat ihre Ostpolitik mit der Parole „Handel und Wandel" eingeleitet, abgestimmt mit den US-Imperialisten, um den Machtbereich des Sozialimperialismus politisch und militärisch zu unterhöhlen. Aus ungarischen Publikationen geht hervor, daß die BRD-Imperialisten dabei Fortschritte machen.

„Den prinzipiellen Anforderungen der internationalen Kooperation entspricht die Volkswirtschaft sowohl der BRD als auch derjenigen Ungarns im weitgehenden Maße. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Hälfte jener 400 Kooperationsvereinbarungen, die BRD-Firmen mit den RGW-Betrieben geschlossen haben, auf Ungarn entfällt."

Diese Entwicklung ist in den letzten Wochen weiter vorangetrieben worden. Die „Neue Zürcher Zeitung" vom 24.6.77 berichtet jubelnd, daß neue Gesetzbestimmungen in Ungarn ermöglichen,

„nicht nur einen vermehrten Kapitalexport, sondern *direkte Beteiligungen* an Unternehmen, denen naturgemäß ein längerfristiger Charakter zukommt als etwa die Beanspruchung ausländischen Fremdkapitals."

Die Sozialimperialisten treten dieser Entwicklung, die im ganzen RGW läuft, nicht entgegen. Sie ist Bestandteil ihres Strebens nach Vorherrschaft in ganz Europa. Für die Sozialimperialisten ist dieser entwickelte „Handel und Wandel" Mittel, um ihre eigenen expansiven Ziele und Kriegsvorbereitungen zu betreiben. Der Einkauf beim imperialistischen Konkurrenten, der im „Rahmen der Arbeitsteilung geschieht", bringt z.T. wichtige Industriebereiche in den Machtbereich des Sozialimperialismus. Erstens „bewährte" Ausbeutungsmethoden, mit denen die Arbeiter profitabel ausgebeutet werden, zweitens, da diese Unternehmen meist auf den Export ausgerichtet sind, und zwar sowohl in die SU als auch in den Bereich der EG, ein nützliches Mittel zur Infiltration der Sozialimperialisten nach Westeuropa. Ein Beispiel:

„Besonders bedeutende Kooperationsabkommen wurden vor kurzem in der Schuhindustrie abgeschlossen. Während die Schuhfabrik Tisza im Rahmen eines mit der Firma Adidas geschlossenen Abkommens Sportschuhe herstellt, hat die Qualitätsschuhfabrik (Minösegi Cipögyar) mit der Tochterfirma Katy Industries inc. von America Shoe ein Abkommen über die Herstellung von Damenschuhen mit Ledersohle unter Verwendung der Technologie und des Know how der amerikanischen Firma abgeschlossen." (Bíró in: Marketing in Ungarn, 1/77)

Von seiten der neuen Bourgeoisie in Ungarn handelt es sich bei diesen verschiedenen Unternehmungen mit den Staaten Westeuropas und den USA um Versuche, sich von der Umklammerung durch die Sozialimperialisten zu lösen, um sich gleich wieder in die Umklammerung anderer Imperialisten zu werfen. Gleichzeitig sind es handfeste ökonomische Interessen der ungarischen Bourgeoisie, die aus der Existenz der Profitproduktion und der daraus resultierenden Konkurrenz diktiert und Folge der Restauration des Kapitalismus in Ungarn sind. Kooperationsverfahren z.B. in der Bauindustrie mit kapitalistischen Firmen aus der BRD in „Drittländern" heißt nichts anderes als direkter Kapitalexport, Mittel und Methode der Imperialisten, andere Völker auszubeuten. Für die ungarische Arbeiterklasse bedeutet diese Entwicklung verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung. Neben der eigenen Bourgeoisie und dem Stiefel der Sozialimperialisten haben sie jetzt auch noch die Imperialisten aus Westeuropa im Nacken. Sie werden sie abschütteln, indem sie ihre eigene Bourgeoisie schlagen. – (Z-Red)

Die indonesischen Invasoren können das Volk von Ost-Timor nicht unterwerfen!

Interview mit Abilio Araujo, Wirtschaftsminister der Demokratischen Republik Ost-Timor

„Indonesien konzentriert Truppen an mehreren sogenannten ‚strategischen Punkten', um eine neue Welle der Angriffe auf uns zu starten", sagte Alarico Fernandes, Minister für Information und Nationale Sicherheit der Demokratischen Republik Ost-Timor. Die letzte größere indonesische Offensive fand im vergangenen November/Dezember statt.

Trotz tausender Soldaten und Einsatz aller ihnen von den Imperialisten zur Verfügung gestellten Waffen schlugen die revolutionären Streitkräfte der FRETILIN alle Angriffe zurück. Einige Dörfer konnten sie zwar besetzen, dafür wurden andere befreit, wie die Zeitschrift „Tribune" am 8. Juni berichtet unter der Überschrift „FRETILIN nahe Dili", weniger als 10 Kilometer von der Hauptstadt entfernt. In Kämpfen Anfang Juni wurden 40 indonesische Soldaten getötet. Zur Stärkung im völkermörderischen Krieg in Ost-Timor wurde das indonesische Regime von den US- und BRD-Imperialisten inzwischen mit neuen Waffen ausgerüstet. A. Fernandes erklärte zur Offensive: „Die revolutionären Streitkräfte der FRETILIN sind jedoch wachsam und bereit, den Feind zu strafen." Im folgenden Interview berichtet Abilio Araujo, Wirtschaftsminister der Demokratischen Republik Ost-Timor, über die Situation im Befreiungskampf des Volkes.

„Der Krieg geht weiter, die Invasionstruppen besetzen nach wie vor unser Land. Gegenwärtig wird der Kampf Tag für Tag intensiviert, mehr denn je zuvor. Unser Volk erzielt unter der Führung der FRETILIN immer mehr Siege, sowohl auf militärischer Ebene als auch auf wirtschaftlicher, kultureller und diplomatischer Ebene. Solange der Krieg andauert, ist das Problem Timor weit entfernt davon, gelöst zu sein. Wir meinen, daß der Krieg in Ost-Timor erst dann beendet sein wird, wenn die indonesischen Soldaten zurückgezogen worden sind. Denn wenn auch nur ein einziger Soldat der Aggressionstruppen in Ost-Timor bleibt, wird unser Volk den Kampf fortsetzen, ganz gleich unter welchen Umständen, ungeachtet der Schwierigkeiten und der Leiden, die wir möglicherweise zu ertragen haben, denn wir sind sicher, daß wir siegen werden. Der Kampf hat sich über zwei Jahre hin entwickelt, trotz der härtesten Blockademaßnahmen durch die Marine und die Luftwaffe Indonesiens.

Trotz allem hat das Volk von Ost-Timor es immer verstanden, sich vor allem auf die eigene Kraft zu stützen, eine eigene, der gegenwärtigen Situation entsprechende Wirtschaft zu entwickeln und auf diese Weise eine neue Gesellschaft in den befreiten Gebieten aufzubauen, oder besser, die Grundlagen für eine neue Gesellschaft zu errichten. Nach den letzten Berichten des ZK der FRETILIN hatten die Invasionstruppen im Verlauf der Besetzung unseres Landes – die jedoch vollständig gescheitert ist – bereits über 20 000 Verluste, Tote und Verletzte. Wir bedauern, daß zahlreiche indonesische Soldaten, Söhne des indonesischen Volkes, in diesem Krieg gefallen sind, weil sie zu Instrumenten gemacht worden sind. Wir haben immer zwischen dem Volk von Indonesien und dem indonesischen Regime unterschieden. Deshalb sind wir nicht stolz darauf, daß es uns gelungen ist, den indonesischen Truppen Verluste zuzufügen, nur um der Verluste willen. Wir sind vielmehr stolz darauf, daß die Verluste, die wir den indonesischen Truppen beibringen konnten, das Resultat der Organisierung unseres Volkes und Ausdruck seines Willens sind, bis zum Sieg zu kämpfen. Andererseits sind wir stolz darauf, daß es uns gelungen ist, eine neue Gesellschaft aufzubauen, in der unser Volk seine Macht auf allen Ebenen selbst ausübt. Wollen wir von konkreten Beispielen aus dem Krieg sprechen, dann können wir sagen, daß sich unsere militärischen Operationen sogar in der Nähe der Hauptstadt entwickeln. So haben – anläßlich des Besuchs amerikanischer Kongreßabgeordneter in unserem Land – unsere Sicherheitskräfte täglich jede Bewegung dieser Kongreßabgeordneten begleitet. Die FALANTIL, der bewaffnete Arm unseres Volkes, ist jetzt wie in der Vergangenheit fester Bestandteil unseres Volkes und entwickelt ihren Kampf gleichzeitig mit der Unterstützung des Aufbaus unseres Landes.

Wirtschaftsaufbau im Vertrauen in die eigene Kraft

Gemäß den spezifischen Bedingungen unseres Krieges stützen wir uns, wie ich bereits gesagt habe, hauptsächlich auf das Prinzip: Vertrauen auf die eigene Kraft und konnten so unsere Wirtschaft entwickeln. Es handelt sich um eine Wirtschaft des Krieges, in der Weise nämlich, eine Wirtschaft, um den Krieg zu unterhalten. Unsere Parole bleibt dabei: ‚Produzieren, um den Krieg zu ernähren, der Krieg befreit uns'. Wir meinen, daß wir nur dann Frieden in unserem Land erreichen können, wenn in unserem Land kein Aggressor, kein Vertreter der imperialistischen Mächte mehr vorhanden ist. Gestützt auf das Prinzip ‚Vertrauen auf die eigene Kraft' konnten wir im Bereich des Gesundheitswesens Aktivitäten entwickeln und Aufgaben erfüllen, die eine Verbesserung des Gesundheitszustandes unseres Volkes zum Ziel hatten. Wir konnten unsere traditionelle Medizin weiterentwickeln, konnten die Möglichkeiten unseres Landes in Einklang mit und gemäß den Notwendigkeiten der Gegenwart ausschöpfen. Die Blockade hat verhindert, daß unser Land mit Medikamenten versorgt wird; das ist jedoch kein Hindernis für den Fortgang und die Entwicklung der Aufgaben im Gesundheitswesen; im Gegenteil, Tag für Tag entdecken wir neue Methoden und neue Formen, um den Gesundheitszustand unseres Volkes zu verbessern. Wie z.B. durch eine Vorsorgemedizin, die zwar noch nicht auf Impfungen beruht, sondern auf einer Verbesserung der Ernährung unseres Volkes. Denn wir sind der Meinung, daß wir uns bereits gegen eine ganze Reihe von Krankheiten schützen, wenn wir die großen Ernährungsschwierigkeiten überwunden haben. Im Bereich des Erziehungswesens wurden die Alphabetisierungskampagnen erweitert und ausgedehnt. Wir betrachten das Erziehungswesen, die Alphabetisierung, nicht einfach als einen technischen Prozeß, nämlich Lesen und Schreiben zu unterrichten, sondern als einen politischen Prozeß, der unserem Volk hilft, aktiver an allen Aufgaben und in allen Bereichen unseres Lebens, des Lebens unserer Nation, mitzuwirken. Deshalb sind Alphabetisierungskampagnen vor allem Kampagnen der politischen Bewußtseinsbildung, denn gleichzeitig beim Lernen von Lesen und Schreiben lernt man politische Probleme zu diskutieren. Und die Lehrer sind nicht einfach Personen, die nur Wissen vermitteln, sondern sie lernen gemeinsam mit den Volksmassen, die täglichen Probleme wahrzunehmen und mit ihnen diese Probleme unseres Landes zu diskutieren.

Die indonesische Armee zersetzt sich

Die Lage in der indonesischen Armee wird von Tag zu Tag schlechter. In den letzten Monaten kam es in einigen Einheiten in Timor, d.h. in Ost-Timor, zu Rebellionen, Soldaten protestierten. Sie weigerten sich, gegen die Kräfte der FRETILIN zu kämpfen, sowohl in Los Paulos als auch in Dili. Diese Soldaten wurden ermordet, erschossen. Aber wir wissen auch, daß einige Offiziere während der Operationen, weit von der Stadt entfernt, von den eigenen indonesischen Soldaten getötet worden sind. Die Lage verschlechtert sich, da die indonesischen Soldaten eine Reihe von Verlusten erlitten haben. Und die Lage verschlechtert sich weiter, denn das indonesische Heer war nicht in der Lage, regelmäßig und ausreichend die Soldaten zu versorgen, die sich in sehr unzugänglichen Gegenden befinden. Oft ist die Versorgung nur mit Hubschrauber möglich. Gleichzeitig sinkt die Disziplin innerhalb des Heeres, die militärische Disziplin, denn wir versuchen auch innerhalb des Heeres Propaganda zu machen, politische Propaganda durch Radio Maubere, von wo aus wir zu den indonesischen Soldaten sprechen, vom ungerechten Wesen des Krieges, in dem sie als Werkzeug eingesetzt werden, und vom Tod, der sie in jedem Winkel unseres Landes erwartet. Wir reden von der Entschlossenheit unseres Volkes, den Krieg fortzusetzen und alle zu töten, die das Töten fortsetzen wollen, denn genau das wollen das indonesische Heer und die Faschisten, nämlich das Volk von Ost-Timor unterdrücken und töten, denn sie wissen, daß das Volk von Ost-Timor bewaffnet ist.

Widerstand gegen das faschistische Suharto-Regime in Indonesien

In der Tat hat der Krieg in Ost-Timor und die Krise, die nicht nur eine wirtschaftliche ist, sondern auf allen Ebenen der Macht herrscht, dazu beigetragen, daß die Lage unter der Clique an der Macht sehr schlecht ist. Wir haben erfahren, daß verschiedene Gruppierungen, die sich gegenwärtig gegen Suharto auflehnen, den Krieg in Ost-Timor genutzt haben und Suharto und die anderen Machthaber für den Krieg in Ost-Timor und die Lage im Land verantwortlich gemacht haben. Wir meinen, daß dies alles eine Lage schafft, in der das Volk von Indonesien sich ebenfalls gegen das Regime, gegen die putschistische Clique erhebt und sie stürzt. Wir meinen, daß die jetzige Situation in Indonesien nicht mehr lange dauern wird. Die jetzt in Indonesien bestehenden Widersprüche, die durch den Krieg in Ost-Timor verschärft werden, führen zu einer Situation, in der der Imperialismus gezwungen sein wird, für Indonesien neue Alternativen zu suchen. Wir meinen jedoch, daß es Aufgabe des indonesischen Volkes ist, all diese Widersprüche zugunsten seines Kampfes zu nutzen. Wir selbst sagen immer, daß wir nie unsere Waffen beiseitelegen werden, solange auch nur ein einziger feindlicher Soldat seinen Fuß auf unserem Boden hat. Deshalb werden wir den Kampf fortsetzen, um so mehr, als der Imperialismus gerne das Pferd wechseln möchte, weil das Pferd Suharto schon alt ist. Wir werden den Kampf fortsetzen, um die territoriale Integrität und die Integrität unserer Nation zu erhalten.

Das Suharto-Regime, ein Instrument des Imperialismus

Die Invasion der indonesischen Truppen war ein weiterer Schritt des Imperialismus zur Beherrschung des Volkes von Ost-Timor. Die Invasion kam nicht ohne Grund. Suharto ließ in Ost-Timor einmarschieren, um die Pläne der imperialistischen Militärstrategen treu auszuführen. Suharto als Wachhund der Imperialisten in Südostasien konnte es nicht zulassen, daß ein Land wie Ost-Timor entschieden seinen Weg im Aufbau einer wirklich freien Gesellschaft weitergehen wird, die für das unterdrückte Volk von Indonesien ein Beispiel sein könnte und dem Kampf gegen die Diktatur des faschistischen Suharto-Regimes Aufschwung geben könnte. Und deshalb ist die Aggression Indonesiens und die Rolle des faschistischen Suharto-Regimes im Krieg in Ost-Timor letzten Endes nichts anderes als die Konkretisierung der imperialistischen Strategie der Beherrschung der Völker. Indonesien ist ein Land mit reichen Bodenschätzen, das der Imperialismus nicht gerne aufgeben möchte. Deshalb gibt es bis jetzt genügend Unterstützung verschiedener imperialistischer Länder für das Suharto-Regime, auch von diesen Ländern, die immer wieder die Verteidigung der Menschenrechte betonen, die jedoch andererseits dem Suharto-Regime wirtschaftlich, politisch und finanziell Hilfe gewähren, um eines der größten Verbrechen der Menschheit zu begehen, nämlich den Krieg, den Völkermord in Ost-Timor. Und so wie wirtschaftliche, militärische und finanzielle Hilfe an das Suharto-Regime geht, gibt es auch ein großes internationales Komplott, das darauf angelegt ist, jede Art von Nachrichten und Informationen über die konkrete gegenwärtige Situation in Ost-Timor zu boykottieren. Es gibt einen Boykott unserer Nachrichten, und die Presseagenturen im Sold des Imperialismus haben meist Falschmeldungen aus Jakarte gebracht und verbreitet. Wir haben uns darüber nicht sehr aufgeregt, denn wir meinen, daß der Kampf im Inneren entscheidend sein wird, und früher oder später wird der Tag kommen, an dem die Massenmedien, die internationale Presse die tatsächliche Situation nicht mehr verdekken können und die Wahrheit sagen müssen. Wir möchten an einige Beispiele aus der jüngsten Zeit erinnern – 1974, 1975, als Lon Nol bereits vor seiner großen militärischen Niederlage stand, haben die internationalen Massenmedien immer noch berichtet, daß die kambodschanischen Patrioten schwere Verluste erleiden würden und die Truppen Lon Nols immer noch große Siege erringen würden. Und später haben sie alles dementiert, was die berichtet hatten, angesichts der Tatsachen. Wir meinen, daß auch dieser Informationsboykott eines Tages eingestellt werden muß. Eines Tages werden genau diese Massenmedien, die heute absichtlich versuchen, nichts oder absichtlich Falschmeldungen zu berichten, sich den Realitäten beugen müssen.

Auch an der diplomatischen Front erzielen wir Siege

Auch an der diplomatischen Front ist es unserem Volk durch die FRETILIN und seine Regierung gelungen, eine Reihe von Siegen zu erzielen. Es gibt bereits zahlreiche Länder, die uns anerkennen und uns auf verschiedenen Ebenen unterstützen, angefangen bei der diplomatischen Anerkennung bis hin zur Unterstützung auf allen Ebenen. Die Zahl der Länder, die uns anerkennen, ist bereits ziemlich hoch – so wie die früheren Kolonien Portugals und eine Reihe von afrikanischen Ländern, mit denen wir gute Beziehungen haben. Unter denen, die entweder uns oder unsere Regierung oder die FRETILIN anerkennen, befinden sich außer den früheren portugiesischen Kolonien noch Guinea-Konakry, Tansania, Sambia, Benin – früher Dahomé – und auch Algerien. Dazu noch die südostasiatischen Länder wie Kambodscha, Vietnam, Laos, Nordkorea und natürlich China. Und die große Unterstützung für uns hat es der FRETILIN, der demokratischen Regierung von Ost-Timor, erlaubt, sich besser und leichter auf den internationalen Konferenzen zu bewegen, insbesondere in der UNO; und in diesem Jahr wird zum ersten Mal das Problem Ost-Timor in der Vollversammlung der UNO diskutiert, denn bisher wurde Ost-Timor nur im Sicherheitsrat und im Entkolonialisierungsausschuß – im Komitee der 24 – diskutiert. Und trotz der großen Manöver, die das indonesische Regime anstellt, um einige Länder von der Berechtigung seiner Invasion und Annexion zu überzeugen, hat das indonesische Regime eine Reihe von Niederlagen auf diplomatischer Ebene erlitten.

Diese Niederlagen, verbunden mit den militärischen Niederlagen, enthüllen, daß sich das indonesische Regime gegenwärtig in der finstersten Phase seiner Geschichte befindet. Niemals war das Regime von Indonesien so isoliert wie heute aufgrund der diplomatischen Siege der FRETILIN, und niemals hat das indonesische Heer eine so große Demütigung erlebt wie in Ost-Timor. Aber, wir meinen zwar, daß die diplomatische Front eine wichtige Front ist. Die entscheidende Front ist jedoch die Front im Land, die politisch-militärische Front. Wir meinen, daß durch die Siege, die wir an der inneren Front erzielen, es uns gelingen wird, die Unterstützung auf diplomatischer Ebene zu vergrößern. Ich möchte auch unterstreichen, daß aufgrund der Siege, die wir erzielt haben, die imperialistischen Mächte versuchen, Verwirrung in die internationale Solidaritätsbewegung hineinzutragen. So haben sie in Australien und in New York verbreitet, daß es ein paar Führer in der FRETILIN gibt, die daran interessiert sind, als ‚einzige Lösungsmöglichkeit für Ost-Timor den Status einer autonomen Provinz Ost-Timor' zu akzeptieren. Es ist jedoch so, daß die FRETILIN in keiner Form eine solche Lösungsmöglichkeit, eine Kompromißlösung akzeptieren wird, denn wir haben unsere Unabhängigkeit verkündet und wir kämpfen dafür, die Staatsmacht zu konsolidieren, die am 24. November 1974 gegründet wurde. Wir meinen, daß diese Propaganda darauf abzielt, Verwirrung in die internationale Solidaritätsbewegung hineinzutragen und die Front im Ausland von uns abzuspalten. Wir möchten aber, was diese Manöver angeht, alle Kräfte zur Wachsamkeit rufen, alle Kräfte, die unseren Kampf unterstützen, weil er gerecht ist. Das Volk von Ost-Timor wird weiterkämpfen; ich will den Genossen A. Fernandes, Informationsminister und Minister für Nationale Sicherheit der Demokratischen Republik Ost-Timor, zitieren: ‚Niemals Verhandlungen mit den Kolonialisten, es gibt nur eine Art Dialog, und das ist der Dialog der Waffen.'

Wir möchten nochmal betonen, daß wir mit großer Anteilnahme und Freude den Aufschwung der Unterstützung, der sich gegenwärtig in Westdeutschland entwickelt, beobachten. Diese Unterstützung ist für uns sehr wichtig, in dem Maße, wie sich das Band der Freundschaft zwischen dem Volk von Ost-Timor und dem deutschen Volk festigt und verstärkt. Wir unterscheiden ganz klar zwischen Volk und Regierung. Die Unterstützung, die wir erhalten, ist sehr wichtig, sowohl die moralische wie auch die materielle Unterstützung.

Die fortschrittlichen Organisationen und die Unterstützungskomitees sind die Stimmen, die das Schweigen brechen, das die Feinde unseres Volkes, die die Feinde aller Völker sind, absichtlich um uns gehüllt haben. Deshalb wenden wir uns mit großer Freude an all diejenigen, die hier in Deutschland trotz aller Schwierigkeiten unseren Kampf unterstützen. Wir sagen, diese Genossen sind die unbekannten Soldaten der nationalen Befreiungsbewegung.

Unserem Volk sind sie nicht unbekannt, früher oder später wird unser Volk sie kennenlernen. Wenn wir unser Land befreit haben, sind uns all diese, die für uns gekämpft haben, herzlich willkommen."

Übersetzt aus dem Portugiesischen

Die Revolution in Thailand kann nicht zerschlagen werden





Die konterrevolutionären thailändischen Truppen kämpfen mit westdeutschen HK 33-Gewehren, die in Thailand in Lizenz hergestellt werden. Die konterrevolutionären Truppen transportieren ihre Verwundeten ab. Die Operation Stern II, die vor Wochen in Thailand zu Ende ging, hat so wenig das Ziel der Konterrevolution, durch Mord und Terror den Volkswiderstand zu brechen, erreicht, wie die Operation Stern I im Winter letzten Jahres. 25 000 thailändische Soldaten sind in einem vollen Krieg gegen die Bauern des Südens und Nordens eingesetzt. Unter Führung der Kommunistischen Partei Thailands haben sie 1976 den konterrevolutionären Truppen der faschistischen Junta schwere Verluste beigefügt. Der Radiosender der Befreiungskräfte berichtete, 1 015 wurden 1976 getötet, 1 300 verwundet und 146 gefangengenommen, im Februar 1977 wurde ein Hubschrauber mit der Prinzessin Vibhavadi Rangsit in Nordost-Thailand abgeschossen.

USA: Heftiger Kampf um das Erdölmonopol

Auf ihrer Jagd nach Höchstprofiten führen die Imperialisten einen unerbittlichen Kampf um die Rohstoffquellen in aller Welt. Obwohl sie ein Land beherrschen, dessen Rohölvorkommen zu den ergiebigsten der Welt zählt, ruhen und rasten die US-Imperialisten nicht eher, als bis sie ihre imperialistischen Konkurrenten ausgeschaltet und sich das Monopol über die Ölressourcen der Welt verschafft haben.

Die eigenen Reserven werden geschont

Mit der Eröffnung der Alaska-Pipeline Ende Juni haben sich die US-Imperialisten die Möglichkeit geschaffen, das größte jemals auf dem amerikanischen Kontinent entdeckte Ölfeld mit Reserven von 916 Mrd. Barrel auszubeuten. Bei der Aufnahme der vollen Produktion könnten die USA mit dem Alaskaöl auf Jahre hinaus die Hälfte ihres Ölbedarfs decken. Die Produktion wird jedoch von Beginn an gedrosselt: lediglich Öl in einer Menge von 10 % des Bedarfs wird durch die 1 300 km lange Pipeline in den Westen der USA gepumpt. Nur ein Teil aber der 1,2 Mio Barrel, die in den nächsten Wochen täglich die Endstation Valduz erreichen, wird im Westen der USA weiter verarbeitet werden. Und der Rest? Die Kosten für weiteren Transport in den Süden oder Mittelwesten sind den US-Imperialisten zu hoch. Zu den Absichten der US-Ölmonopole, diesen Rest nach Japan zu exportieren, hat die Carter-Administration in den vergangenen Tagen aus „politischen Gründen" ihr „Nein" ausgesprochen: die eigenen Ressourcen sollen nicht dem Konkurrenten geöffnet, sondern geschont werden. Die schon gedrosselte Produktion des Alaskaöls wird absehbar weiter gedrosselt werden. Insgesamt haben sich die bekannten Erdölvorräte in den USA seit 1960 kaum verringert: Die Eigenförderung übersteigt die Entdeckung neuer Vorkommen nur um weniges. Sie wurde seit 1970 um 16,1 % gesenkt, der Ölimport bei wachsendem Bedarf um mehrfaches gesteigert.

Stattdessen

...wird der Zugriff auf die Reichtümer der US-„Hinterhöfe" verstärkt

In *Kanada* leisten US-amerikanische Kapitalgesellschaften, im Augenblick nach eigenen Aussagen noch nicht profitabel, „Pionierarbeit", um aus Ölsand und Ölschiefer Rohöl zu gewinnen und eine Produktion großen Ausmaßes vorzubereiten. Während die kanadischen Rohölvorkommen dank der Ausplünderung durch die US-Imperialisten auf 6 400 Mio Faß zusammengeschrumpft sind, umfassen die bekannten Vorräte an Ölsand und Ölschiefer 42 000 bis 57 000 Mio Faß.

aus Ölsand und Ölschiefer Rohöl zu

Mehr als ein Auge haben die US-Imperialisten auch auf das *Mexiko*öl geworfen. Die bekannten mexikanischen Ölvorräte sind dank neuer Funde im letzten Jahr um 27 % auf 14 Mrd. Barrel gewachsen. Gleich haben sich die US-Imperialisten mit einem großen Kredit in die staatliche Ölgesellschaft Pemex eingekauft, um sich das mexikanische Öl billiger unter den Nagel reißen zu können.

...wird der raschen Ausplünderung des Öls der OPEC-Staaten der Vorrang gegeben

Eine unter Führung der US-Imperialisten verfaßte Studie der OECD-Länder stellte kürzlich fest, daß für die nächsten 2 bis 3 Jahre mit einem „Ölüberfluß" zu rechnen sei, ab Anfang der achtziger Jahre dann mit einer „Ölknappheit". Ob diese Berechnungen stimmen oder nicht, die US-Imperialisten haben ihre Konsequenzen daraus gezogen: Allem Geschrei über angeblich „unerträglich hohe OPEC-Preise" zum Trotz, wollen sie in den nächsten Jahren den Import von OPEC-Öl eher ausbauen als einschränken; sie spekulieren sogar darauf, daß v.a. Saudiarabien seine Produktion so ausweitet, daß es innerhalb der nächsten 2 Jahre fast den gesamten US-Ölbedarf decken könnte. Diese Politik unterstützen sie mit einer gegenwärtig breit geführten Pressekampagne, in der sie eine angebliche „Partnerschaft" mit den OPEC-Ländern hervorheben: „Teureres Öl hilft USA und OPEC", schrieb z.B. der International Herald Tribune am 12.7. auf Seite 1. Das hat, bei allen Lügen, auch einen wahren Kern. Natürlich wollen die US-Imperialisten das Öl der OPEC-Staaten billig, wie sie alle fremden Rohstoffe billig wollen, um dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken. Weshalb sonst sollten sie die OPEC-Staaten sonst ständig bedrohen und erpressen versuchen? Aber die Kräfteverhältnisse sind nicht so, daß sie ihre Interessen nach ihrem Willen durchsetzen können. „Wie macht man das Beste aus einer Situation, die man nicht ändern kann?", fragen die US-Imperialisten (IHT, 12.7.) und rechnen vor, daß sie sich auch in dieser Situation gegenüber ihren Hauptkonkurrenten im eigenen Lager Konkurrenzvorteile schaffen könnten bzw. geschafft haben: 1. seien diese in viel stärkerem Maß als die USA vom Ölimport abhängig (Westeuropa zu 90 %, Japan zu fast 100 %, die USA dagegen zu knapp 40 %) und daher von dem „hohen" Ölpreis viel stärker betroffen. 2. würde der größte Teil der Einnahmen der OPEC-Länder als Bankeinlagen und Investitionen der OPEC-Staaten oder für deren Waffenkäufe in die USA fließen und dort letztlich das US-Kapital stärken. Von den über 100 Mrd. Dollar Öleinnahmen der OPEC-Länder sind im letzten Jahr allein aus Saudi-Arabien 27 Mrd. Dollar in die USA geflossen.

tuation gegenüber ihren Hauptkon-

Warum sie gar nicht daran denken, ihre Importe aus den OPEC-Staaten zu drosseln, im Gegenteil gerade z.B. mit dem Irak, der seit 1973 kein Rohöl mehr an die USA lieferte, Verhandlungen über Öllieferungen in die USA führen, hat mehrere Gründe: Die Ausbeutung des Alaska-Öls ist gegenüber dem Erdöl aus den OPEC-Staaten teurer, also weniger profitabel. Außerdem wollen sie ihre eigenen Ressourcen schonen, so lange und so weit es geht: Die Imperialisten bereiten den Krieg um die Herrschaft in der Welt vor, bei dem die schnelle Verfügung und der Rückgriff auf möglichst große eigene Vorkommen von Bedeutung ist. Und vor allem: Die USA können es sich gar nicht leisten, sich z.B. aus dem Nahen Osten, der fast 40 % der Weltproduktion fördert, zurückzuziehen und die großen Reichtümer dieser Region ihrem Hauptrivalen im Kampf um die Weltherrschaft, dem sowjetischen Sozialimperialismus, zu überlassen, der ebenfalls nach dem arabischen Öl und nach dem Monopol über die Erdölquellen der Welt giert (vgl. KVZ 18/77). – (Z-Red)

OPEC-Konferenz in Stockholm

Die 49. Ministerkonferenz der OPEC-Mitgliedsstaaten, die am 14. Juli in Stockholm zu Ende ging, hatte für die Imperialisten schon unter ungünstigen Voraussetzungen begonnen: Ende Juni hatten Saudi-Arabien und die Vereinigten Emirate ihre Rohölpreise um 5 % erhöht; weil die anderen 11 Mitgliedsstaaten daraufhin von der bereits im Dezember 76 beschlossenen Erhöhung um weitere 5 % absahen, war der einheitliche OPEC-Rohölpreis wieder hergestellt. „Für die Verbraucherländer wäre es andersherum vielleicht günstiger gewesen", schrieb die Süddeutsche Zeitung zähneknirschend. „Denn wären Saudis und Emirate bei ihren Preisen geblieben und hätten die anderen nochmals dazugelegt, so wäre die Chance größer gewesen, daß der einheitliche OPEC-Preis an dieser Differenz zerbricht." Ja, *wäre!* Der Wunsch der OPEC-Staaten nach Einheit hat diese „Chance", durch Spaltung die Rohölpreise wieder zu drücken, zunichte gemacht.

Umso wütender forcieren die Imperialisten, vor allem die US-Imperialisten, ihre Spaltungsbemühungen, wobei sie weder vor Erpressung, noch vor Bestechungsversuchen noch vor handfesten Drohungen zurückschrecken. Vor der Konferenz „erinnerten" sie die Saudi-Arabien daran, daß ein erneuter „Ölkonflikt" einen Krieg „heraufbeschwören" könne, in dem die Ölländer „sicher auch Angriffsziele wären". So jedenfalls „mahnte" Saudi-Arabien die anderen OPEC-Mitgliedsstaaten (vgl. Wiener Presse, 12.7.) Einen greifbaren Erfolg haben die Imperialisten auf der OPEC-Konferenz trotz aufgetretener Differenzen nicht erreichen können. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten, vor allem Algerien, der Irak und Lybien, treten für die Einrichtung eines Preisindex, d.h. für die Bindung der Rohölpreiserhöhungen an die Preiserhöhungen der imperialistischen Staaten ein; der lybische Minister erklärte dabei, daß die Preiserhöhungen für Rohöl 1978 keinesfalls unter 10 % liegen dürften. Nach den eigenen Angaben der Imperialisten sind die Rohölpreise seit 1973 real fast konstant geblieben (Bericht der US-Citybank) Eine österreichische Zeitung errechnete sogar, daß infolge der anhaltenden Dollarentwertung Rohöl heute, trotz der diesjährigen 10 %-igen Preiserhöhung, zu niedrigeren Preisen als 1974 zu bekommen sei. Eine Preiserhöhung, die den Ausverkauf der Reichtümer der OPEC-Staaten zu Schleuderpreisen an die Imperialisten verhindert, die Indexierung des Rohölpreises, ist tatsächlich das *Mindeste,* um zu verhindern, daß die OPEC-Staaten für ihr Rohöl immer weniger Gegenwert erhalten.

Lediglich Saudi-Arabien und der Iran traten gegen die Indexierung auf, wobei der saudiarabische Erdölminister Yamani den Standpunkt seines Landes damit begründete, daß ohnehin die Ölpreise schneller als die Inflation in den imperialistischen Staaten steigen werden. Die endgültige Entscheidung über die Erdölpreise 1978 wird auf der nächsten Ministerkonferenz im Dezember 77 getroffen. In Stockholm waren sich bei allen Differenzen die Minister einig, daß die Spaltung der OPEC-Staaten durch unterschiedliche Erdölpreise auf jeden Fall verhindert werden muß. Alles in allem: Schlechte Aussichten für die Imperialisten! – (Z-Red)

Imperialistische Zukunftsvisionen

Vor und während der Oberhauswahlen in Japan haben die westdeutschen Imperialisten eine große Welle sozialchauvinistischer Hetze gegen Japan entfaltet. Der Zweck ist eine Propaganda für schamloseste Ausbeutung und Unterdrückung, indem die japanische Arbeiterklasse als dumm, willenlos und beliebig ausbeutbar dargestellt wird. Die Angriffe der westdeutschen Imperialisten auf die Lage der Arbeiterklasse sollen dagegen als „noch erträglich" erscheinen. Gleichzeitig soll die Verächtlichmachung eines ganzen Volkes ideologisch die Arbeiter und Volksmassen Westdeutschlands auf den Krieg vorbereiten.

Schmücker ist auf dieser Linie auf der Betriebsversammlung bei Audi/NSU aufgetreten:

„Sehen wir einmal nach Japan. Dort wird härter gearbeitet. Die Stundenzahlen sind höher, die Festzeiten geringer. Der Urlaub ist kürzer und – man glaubt es kaum – wird oft gar nicht in Anspruch genommen."

Welche Verhältnisse die westdeutschen Imperialisten sehen möchten, beschreibt der „Stern" in einem Sonderheft über Japan, aus dem der Sozialchauvinismus nur so trieft:

Die Arbeiter sollen sich den Zielen der Imperialisten beugen

„Wird das westliche Denken vom individuellen Streben nach Glück geformt, so strebt in Japan der Mensch nur in Gruppen nach Glück, nach kollektivem Glück. Er unterwirft sich der Gruppendisziplin ..."

„In Japan ist ‚Ich' immer gering, immer klein. Ich heißt ‚boku', und ‚boku' heißt auch Diener; es bedeutet unten. ‚Geben Sie mir' heißt auf japanisch ‚heruntern Sie mir'. Man verbeugt sich vor anderen Menschen tief, tiefer, am tiefsten. Mindestens dreimal, das gilt als flüchtig ... Man beugt sich, um den anderen größer zu machen, indem man sich geringer macht, kleiner ... So lernen sie von Kind an, den anderen zu ehren, auch den Rivalen, den man haßt ...

‚Wir Japaner', sagt ein Psychiater in Tokio, ‚leben zwar in rivalisierenden Gruppen. In ihnen aber können wir nie offen aggressiv sein. Wenn es dann Krieg gibt, wenn uns eine feindliche Gruppe gegenübertritt, dann holen wir alles nach. Dann darf man endlich aggressiv sein. Mit viel Emotionen und großem Aufwand sind wir dann einmal ohne Hemmungen brutal.'"

In völliger Rechtlosigkeit der Ausbeuterordnung sollen die Arbeiter huldigen

„Japaner sind Meister der Imitation: Radios, Kameras, Uhren und dergleichen. Nur sie machen es nicht einfach nach, sie perfektionieren es, machen es zum vollendeten Produkt, das plötzlich ein eigenes ist ...

Die Ergebenheit gegenüber dem Kaiserhaus ist der Treue zum Konzern gewichen. Für die 83 000 Matsushita-Mitarbeiter beginnt jeder Arbeitstag mit einer Morgen-Zeremonie ...

chen. Für die 83 000 Matsushita-Mitar-

Jeden Morgen werden die ‚Sieben Gebote' der Firma verlesen und von der Belegschaft im Chor wiederholt: Dienst am Vaterland durch Fleiß, Gerechtigkeit, Harmonie und Zusammenarbeit, Kampf für eine bessere Zukunft, Höflichkeit und Demut, Anpassung, Dankbarkeit. Nachdem auch noch alle gelobt haben, ‚durch unsere industrielle Arbeit die Entwicklung der Kultur in der ganzen Welt voranzutreiben', muß der Redner des Tages über ein selbstgewähltes Thema sprechen. Täglich muß ein anderer Mitarbeiter ans Mikrofon; diesmal ist der Bereichsleiter dran. Noboyucki hat im Fernsehen eine Sportübertragung gesehen: ‚Gestern abend', sagt er, ‚hat die Mannschaft gewonnen, die über die bessere Grundausbildung verfügte. Auch bei unserer Arbeit ist eine bessere Ausbildung wichtig. Wir müssen besser sein.'"

Kontrolle bis ins Bett – Ziel der Kapitalisten

„Die Firma ersetzt das Zuhause. Auf dem Gelände der TV-Fabrik Azugi bei Tokio hat der Sony-Konzern eine Wohnsiedlung für 600 Mitarbeiter errichtet. Die Fließbandarbeiterin Hitomi Sato, 20, teilt ein Häuschen mit vier anderen Mädchen. Ihr Zimmer – zehn Mark Monatsmiete – durfte sie selbst einrichten. Um 22.30 Uhr müssen alle im Haus sein ...

Ihre Ferien verbringen sie am Fließband (ohne extra Zahlung) und erscheinen sogar krank am Arbeitsplatz (Krankmeldungen bei Sony: 0,6 Prozent der Belegschaft)."

Den westdeutschen Imperialisten ist es bitterernst. Das, was sie hier an Propaganda verbreiten über die japanische Arbeiterklasse, die angeblich anstelle des Klassenkampfes Gehorsamkeit, Fleiß und Treue setzt, trachten sie in die Praxis umzusetzen. Schrankenlose Ausbeutung, die Arbeiter auf den Knien vor den Kapitalisten statt Zusammenschluß der internationalen Arbeiterklasse gegen die Imperialisten, gegenseitige Abschlachtung für die Imperialisten, Überwachung der Arbeiter durch die Kapitalisten auch noch im Schlaf, das sind ihre heißen Wunschträume. Mit diesen Zielen vor Augen bereiten die westdeutschen Imperialisten sich auf die kommenden Lohnkämpfe und Massenstreiks der Arbeiter vor. Die Aussichten der Kapitalisten sind nicht gut, wenn Einheit unter den Arbeitern herrscht.

Wachsende Aggressivität des Sozialimperialismus in Mittelamerika

Im Bermuda-Dreieck in der Karibik führen die beiden imperialistischen Supermächte eine gemeinsame Forschungsexpedition durch. Ausgerüstet mit allen Raffinessen zur gegenseitigen Bespitzelung soll die gemeinsame Untersuchung des Verschwindens zahlreicher Schiffe und Flugzeuge in diesem Gebiet den friedliebenden Charakter, der Willen zur Entspannung und Zusammenarbeit jeder Supermacht dokumentieren. Eine ähnliche Expedition zur Aufdeckung des Ungeheuers von Loch Ness ist zu erwarten. Tatsächlich ist der Mummenschanz Ausdruck wachsender Rivalität auch in Mittel- und Lateinamerika. Die Verrufenheit des US-Imperialismus versucht die sozialimperialistische Supemacht zu nutzen, um unter dem Deckmantel des „Sozialismus" in Worten Einfluß auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der Völker zu gewinnen und sie in ihren Hegemoniebereich einzuverleiben.

Kuba wird dabei von ihnen als Garotte und als Stock benutzt. Heimtückisch propagieren sie Kuba, dessen Revolution von 1959 in hohem Ansehen bei den Völkern Lateinamerikas steht, als „Modell" der unabhängigen Entwicklung für die Entwicklungsländer, seine inzwischen vollständige Abhängigkeit vom Sozialimperialismus nutzen sie andererseits, um kubanische Arbeiter und Bauern zur Unterwerfung anderer Länder einzusetzen, wie das Beispiel Angola zeigt. Auf Kuba wurden gerade ausgedehnte Anlagen für die Reparatur für Luft-, See- und Panzerstreitkräfte fertiggestellt, auf der Grundlage „freundschaftlicher Zusammenarbeit" dienen sie als Aggressionsbasis gegen andere Länder. Auch eine eigene Waffenproduktion wurde mit Hilfe der Sozialimperialisten aufgebaut.

Im Süden Lateinamerikas haben die Sozialimperialisten eine siebte Atlantik-Station auf der Insel Ross errichtet, fünf weitere sollen folgen. Sogenannte „ozeanographische Forschungsschiffe" ausgerüstet mit hochentwickeltem Spionagegerät und die sowjetische Flotte kreuzen regelmäßig in der Karibik und im Südatlantik.

Während die aggressiven Pläne der Sozialimperialisten zunehmen, verstärken die US-Imperialisten ihre Anstrengungen, das, was sie als ihr natürliches Hinterland ansehen, unter Kontrolle zu halten. Sie versuchen die Südatlantische Vertragsorganisation (SATO) mit den lateinamerikanischen Ländern aufzubauen, um ihre Interessen in diesem Gebiet zu schützen. Sie führen militärische Planung und Manöver mit einigen lateinamerikanischen Ländern durch, um der anderen Supermacht Stärke zu demonstrieren. Diese militärischen Maßnahmen der Sozialimperialisten sind gekoppelt an politische und wirtschaftliche Anstrengungen, in die Länder einzudringen. So fand, nachdem in Mexiko große Erdölvorräte erschlossen werden, die letzte Tagung der RGW-Staaten über Erdöl in Havanna statt. Mitte März besuchte eine Delegation des „Obersten Sowjets" Mexiko, um die 1976 vertraglich festgelegten Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen.

Hauptinstrument des Eindringens in Mittel- und Südamerika ist Kuba. Die Revolution des kubanischen Volkes 1959 unter Führung von Fidel Castro war ein gewaltiger schritt vorwärts für Kuba. Den Sozialimperialisten ist es gelungen, den weiteren Fortschritt aufzuhalten und rückgängig zu machen, indem sie die führenden Kleinbourgeois für ihr System der „internationalen Arbeitsteilung" gewannen und Kuba zum Zuckerproduzenten des RGW verwandelten. Sie erklärten, mit den Einnahmen aus dem Zucker könnte sich Kuba alles kaufen, was es braucht. Zunächst haben die Sozialimperialisten Zuckerpreise über dem Weltmarktpreis garantiert, inzwischen kaufen sie billigst und verkaufen den Zucker teuer an die übrigen RGW-Staaten. Sie haben jetzt Kuba mit 5 Milliarden Dollar Schulden an der Angel, wirtschaftlich ist es abhängiger, als es jemals unter der Herrschaft des US-Imperialismus war. Das Land befindet sich in einer permanenten Wirtschaftskrise. Zum Beispiel mußte es 1976 20 000 Tonnen Lebensmittel von Kolumbien kaufen, war aber nicht in der Lage, sie zu bezahlen. „Kuba sieht sich aufgrund der Zuckerkrise und der fallenden Weltmarktpreise mit einer schwerwiegenden Krise konfrontiert, denn es bekommt nicht genügend Dollars und sieht sich dementsprechend nicht in der Lage, seine finanziellen Verpflichtungen im Ausland zu erfüllen." Kolumbien hat sich jetzt bereit erklärt, für die Lebensmittel Zucker abzunehmen, den es in einer Fabrik an der Grenze zu Venezuela gemeinsam mit diesem Land verarbeitet.

Wenn Kuba trotzdem als großzügiger Helfer gegenüber anderen Karibik-Ländern auftritt, so, weil es damit von den Sozialimperialisten beauftragt und finanziert wird.

Seit zwei Jahren verwirklichen zum Beispiel Kuba und Jamaica einen umfassenden Plan wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit. Im Dezember 1976 wurde eine Sekundarschule mit 500 Internatsplätzen fertiggestellt, in Kuba Jugendbrigaden aus Jamaica ausgebildet. Auch am Aufbau des Hochschulwesens von Guayana ist Kuba beteiligt. Für die Ortschaft Falmouth auf Jamaica wurde ein Wohnungsbauplan errichtet, in verschiedenen Regionen werden Stauseen gebaut, der Regierung Jamaicas „schenkten sie Maschinen für den Bau von Staubecken im Wert von anderthalb Millionen Dollar" (Radio Havanna). Jamaica ist der größte Bauxitproduzent der Welt, und die Sozialimperialisten möchten sich das Bauxitmonopol auf dem Weltmarkt erschleichen. Kuba wird auch eingesetzt, um auf den Kampf Panamas gegen den US-Imperialismus für die Kontrolle über die Kanalzone Einfluß zu gewinnen.

Beide Supermächte sehen in der Kanalzone einen Schlüssel zur militärischen Kontrolle über den Kontinent, weil es der einzige Wasserweg zwischen Nord- und Südamerika ist, der Atlantik und Pazifik verbindet. Der Kampf des panamesischen Volkes wurde zu einem Symbol für den Kampf der lateinamerikanischen Völker für vollständige Unabhängigkeit und Befreiung. Angesichts der hartnäckigen weiteren Besetzung durch den US-Imperialismus treten die Sozialimperialisten gegen die Forderung des panamesischen Volkes nach Kontrolle über die Kanalzone und den Kanal mit der Forderung nach „Internationalisierung" auf.

Aber die Rivalität der Supermächte um neue Märkte, Land und natürliche Reichtümer und billige Arbeitskräfte stößt auf den Widerstand der Völker Lateinamerikas. Zahlreiche Maßnahmen werden ergriffen, um die Einmischung beider Supermächte zurückzuweisen und die Unabhängigkeit zu stärken. Am 5. Juli haben Hunderte panamesischer Professoren und Lehrer in Panama demonstriert für die Wiederherstellung der vollen Souveränität über den Kanal, sie hatten Plakate, auf denen stand: „Weg mit den US-Basen", „Weg mit dem Kolonialismus". – (Z-Red.)

Die Bourgeoisie entdeckt die Kohle wieder

„Es sind immerhin 150 Millionen DM, um die es dabei geht." Mit diesen Worten bedankte sich der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Riemer bei allen drei Fraktionen im Düsseldorfer Landtag für ihre Zustimmung zum Nachtragshaushalt und der darin enthaltenen Kokskohlehilfe.

Beschlossen wurde:

„Zur Subventionierung der Kokskohle hat der Landtag bei der einstimmigen Verabschiedung des Nachtragshaushaltes am 30. Juni eine Förder- und Absatzbeihilfe von 146,5 Millionen Mark bewilligt ... Mit diesen Mitteln soll ... angesichts der Flaute in der Stahlindustrie zur Verbilligung der deutschen Steinkohle beigetragen werden." (Landtag Intern)

Die Kapitalisten brauchen billige Energieträger. Sie bezahlen zwar sowieso den Strom weit unter Wert, während sie die Kosten auf die Massen abwälzen. Trotzdem drücken höhere Kosten für Energieträger natürlich auf die Profitrate. Also besteht ihr Interesse darin, die Energie so billig wie irgend möglich zu kriegen.

„Jedenfalls hat der Chef der Ruhrkohle AG bereits behauptet, die Ruhrkohle AG wäre sofort bereit, Kohlekraftwerke für die Produktion von konkurrenzfähigem Strom aus Steinkohle zu bauen auf eigene Kosten, wenn sie von den Elekrizitätsversorgungsunternehmen bloß Lieferverträge erhalten würde. Die EVU haben darauf frostig reagiert ... Ist es nicht seltsam, daß es zwischen der Ruhrkohle AG und den EVU (*Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Mi-Red*) Krach gibt über die Steinkohleverstromung, wo doch die verschiedensten Beziehungen zwischen der EVU und der Ruhrkohle AG bestehen? ... Es ist äußerst schwierig, Konkurrenz durch das Monopol zu unterbinden, sobald die objektiven Bedingungen für Konkurrenz gegeben sind. Diese Konkurrenz zwischen dem Strom aus Kernenergie und dem Strom aus Steinkohle kann gegenwärtig nicht *ökonomisch ausgetragen* werden, sondern nimmt sofort politische Formen durch die Einschaltung des Staatsapparates von seiten der beiden Kontrahenten an." (Kommunismus und Klassenkampf, 2/77)

Die Subventionen, für die der Staat den Volksmassen unter anderem den „Kohlepfennig" aus der Tasche zieht, haben gefruchtet – rationalisiert, konzentriert, der Arbeitslohn gedrückt, der Profit gestiegen.

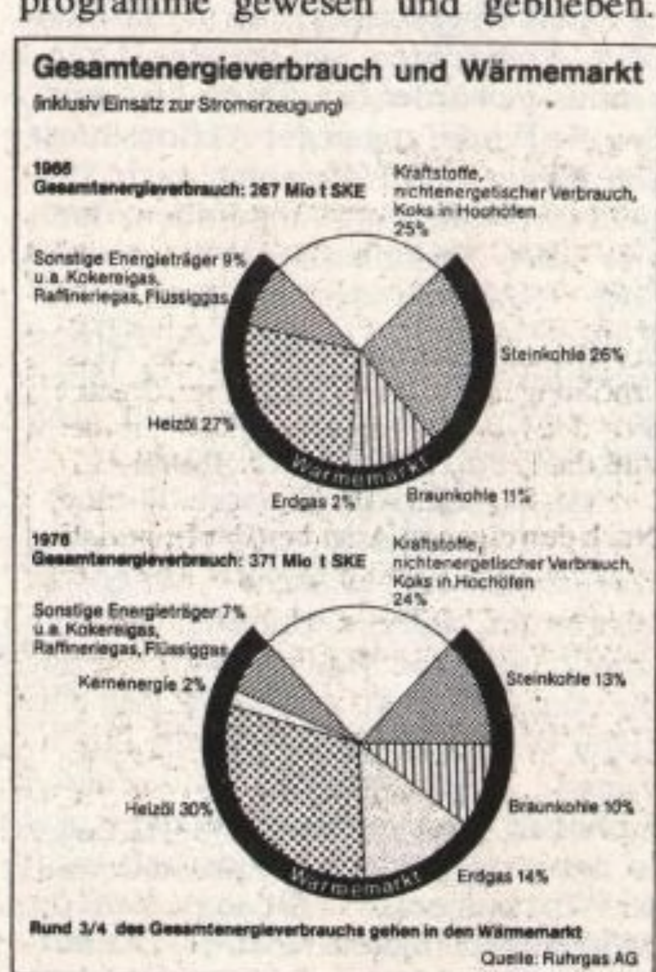
Um der „heimischen" Steinkohle willen war angeblich auch die Entschließung zur Energieversorgung gefaßt worden, die der Landtag am 12. Mai gegen die Stimmen der CDU verabschiedete, und die vorsieht, „daß die Steinkohle die entscheidende Sicherheitsfunktion für die Energieversorgung haben" soll, dagegen die Kernenergie nur eingesetzt werden solle, „wenn die Versorgungs- und Entsorgungsprobleme gelöst sind."

Wie wirken sich die Hilfen aus, der Bergbau war lange genug gefördert?

Gefördert wird die Stillegung von Zechen, der *Verlust* von Arbeitsplätzen. Auch die Neueröffnung.

Die Kohle hat ihre unangefochtene Stellung als Lieferant von Energie in dem Moment verloren, wo billigere Energieträger auf den Markt kamen. Das Erdöl, in Ländern aufgefunden, die von den Imperialisten völlig beherrscht waren, konnte weitaus billiger gefördert werden als die Kohle.

Für die Kohlekapitalisten lag die einzige Perspektive darin, um jeden Preis die Produktionskosten zu senken, um mit den Preisen des Öls konkurrieren, zugleich aber die Profite halten zu können. Das ist das Ziel aller imperialistischen Kohleförderungsprogramme gewesen und geblieben.



Das war auch das Ziel der Auflösung der alten Kohlegesellschaften und der Gründung der Ruhrkohle AG.

„Am 27. November 1968 wurde die Ruhrkohle Aktiengesellschaft mit dem Ziel gegründet, alle Ruhrzechen in eine Einheitsgesellschaft zusammenzufassen. Rund 94 Prozent der Ruhrförderung sind heute in der RAG vereinigt. ... Diese ist nach dem Vertragswerk zur Neuordnung des Ruhrbergbaus unter anderem verpflichtet, ein Gesamtanpassungsprogramm aufzustellen, das sich auf die Anpassung der Förderung an den Absatz, die bestmögliche Ausnutzung der leistungsstarken Anlagen sowie eine zentrale Belegschaftspolitik erstreckt." (Nordrhein-Westfalen a – z)

Die Methode der Ruhrkohlekapitalisten bestand im wesentlichen in zweierlei: Senkung des Lohns, also Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft, und Raubbau an der Natur. Schächte werden bloß bei den ergiebigsten Lagen eröffnet, um die notwendige Arbeitszeit zu reduzieren, und damit sich der Einsatz modernster Maschinerie auch lohnt. Die Zelle Radbod des Bezirks Westliches-Westfalen schreibt dazu:

„Von 1956 bis 1976 haben sie die Zahl der fördernden Schachtanlagen um 130 verringert, von 173 auf 43. Die Anzahl der Beschäftigten sank von 598 000 auf 196 000, die Förderung von 154,1 Million auf 89,3 Millionen Tonnen (nach Geschäftsbericht 1976 der AG Deutsche Steinkohlerevier GmbH im Westfälischen Anzeiger vom 9.7.77). 1956 produzierte jeder Arbeiter 253,2 Tonnen Kohle im Jahr, heute 455,6 Tonnen, also fast das Doppelte. Die Leistung pro Mann und Schicht betrug im Ruhrbergbau 1955 1,5 Tonnen, 1972/73 blieb sie knapp über 4 Tonnen. Diese gewaltige Steigerung der Ausbeutung der Bergarbeiter war die Folge der Mechanisierung der Strebe und Fördereinrichtungen durch Panzer, Hobel, Schrämmaschinen, Rahmen- und Schildausbau, Streckvortriebsmaschinen und Bandförderanlagen, die ermöglichten, die Produktion auf immer weniger Großanlagen zu konzentrieren und Tausende von Bergarbeitern auf die Straße zu werfen. Die Ruhrkohle AG hat dadurch eine höhere Leistung pro Mann und Schicht erreicht als alle europäischen Staaten: RAG 4 434 kg, Belgien 2 555 kg, Frankreich 2 767 kg, Polen 3 500 kg, Großbritannien 3 563 kg. Daraus zieht die Ruhrkohle AG die Kraft, in 34 Ländern Produktions-und Handelsbetriebe zu unterhalten, darunter fünf Schachtanlagen in den USA (Angaben von 1974).

Diese gewaltige Steigerung der Leistung hatte eine weitere Ursache in einem noch gewaltigeren Raubbau an den Kohlelagerstätten. Ganze Flöze, von denen es z.B. im Gebirge der Zeche Radbod bei Hamm gerade 30 gibt, von denen 11 für abbauwürdig und vier für bedingt abbauwürdig gelten, wurden wegen Störungen liegengelassen, ganze Abteilungen mit steilen und halbsteilen Lagerungen wurden stehengelassen. Der Abbau ging immer rascher in Tiefen bis 1 200 m und in die Breite, so daß es heute Wegzeiten bis zum Streb von zwei Stunden hin und zurück gibt, wovon noch 3 km mit dem Zug gefahren wird. Neue Schachtanlagen wurden nicht gebaut. Die Folge ist eine Stagnation in der Entwicklung der Produktivität in den 70-er Jahren."



Während es durch die Rationalisierungen gelang, den Wert der Kohle zu senken, indem der Wert der Arbeitskraft der Bergleute gesenkt wurde, haben unterdes die erdölproduzierenden Länder der hemmungslosen Ausräuberung durch die Imperialisten einen Riegel vorgeschoben. So kam die Kohle bei der Bourgeoisie wieder zu Ansehen. Zumal die Kohlekapitalisten mit Erfolgen aufwarten. So vermeldet das Handelsblatt zum Bilanzabschluß 1976 der RAG:

„Ein Fortschritt bedeutet es auch, daß die Investitionstätigkeit in den letzten Jahren stark forciert werden konnte. Waren es bei der Muttergesellschaft 1974 noch 388 Mio DM (in Sachanlagen) und 1975 rund 454 Mio DM, so wurden 1976 rund 633 Mio DM für Investitionen aufgewendet, ein Betrag, der sich sehen lassen kann."

Woher kommt das Geld für die Investitionen?

„Positiv für die Ertragslage wirkte sich aus, daß der Personalaufwand 1976 bei etwa 5,5 Mrd DM konstant gehalten werden konnte. Der Hauptgrund dafür liegt in dem Rückgang der Beschäftigtenzahl um 4 400 Personen auf 140 700 wegen der gezielten Drosselung der Produktion. Die Rationalisierungsbemühungen des Unternehmens in den vergangenen Jahren sind bemerkenswert. Seit 1972 ging die Belegschaft des Kohlekonzerns von 168 400 auf 147 500, also um mehr als 200 000 Beschäftigte zurück."

Die „bemerkenswerten Bemühungen", Arbeiter auf die Straße zu setzen, wirken sich auf die Arbeiter, die noch im Bergbau ausgebeutet werden, entsprechend aus.

„Über 23 000 alte Arbeiter hat die Ruhrkohle ausgetauscht gegen frische Arbeitskraft, vor allem türkische Bauern und Landarbeiter. Den Ruhrkohle-Kapitalisten ist es gelungen, den Preis der Arbeitskraft der Bergleute von der ehemals ersten Stelle weit nach unten zu drücken. Durch betriebliche Umschulungen von Knappen zu Handwerkern in den 60er Jahren, wovon viele nachher die Zechen verlassen wollten und haben, ist es ihnen gelungen, die Handwerkerlöhne 10 bis 15 DM unter die Strebdurchschnittslöhne von 104 DM (Radbod) pro Schicht zu drücken." (Zelle Radbod)

Kein Wunder, daß die RAG im vorigen Jahr einen Jahresüberschuß von 433 Mio DM erzielte. Trotzdem ist sie „in den roten Zahlen". Was heißt das? Von Anbeginn war die RAG verschuldet beim Staat und den Beteiligungsgesellschaften. Für die Schuldentilgung wird der aus den Knochen der Arbeiter geschundene Überschuß verwendet. 207 Millionen DM wurden 1976 in der Bilanz als Verbindlichkeit gegenüber der Öffentlichen Hand verbucht, 143 Millionen als Ausgleichsrücklage für 1977. Der Profit, den es *gegeben* hat, wird so versteckt. Was als „Verbindlichkeiten" beim Staat geführt wird, ist in Wirklichkeit nichts weiter als eine geschminkte – Subvention. Die Massen kommen dafür mit ihren Steuern auf.

Weiterhin Stillegung unrentabler Zechen, dem Fall der Profitrate soll noch mehr entgegengewirkt werden. Die RAG blickt in die Zukunft. Durch das Kokskohleprogramm wird der Stahlindustrie, die stark an der RAG beteiligt ist, *billiger* Koks, der RAG der *Absatz* von Koks garantiert. Mit der Energiewirtschaft ist ein Zehnjahresvertrag abgeschlossen auf Lieferung von jährlich 25 Millionen Tonnen Kohle. Die Kapitalisten lassen den Blick weiter schweifen. Import von Kohle aus Drittländern, wo sie billig beschafft werden kann, Subventionen für Vergasungsprojekte und Kapitalexport sind reizvolle Seiten, die sie der „wiederentdeckten" Kohle abgewinnen.

Subventionen abgrasen, Extraprofite einsacken – diese Wunschträume für die Zukunft stehen hinter der „Wiederentdeckung" der Kohle. Billige Energie für alle Kapitalisten, damit sie ihre Profite steigern können, eine „heimische" Rohstoffbasis als Grundlage der imperialistischen Expansion und der Kriegsvorbereitung. Es geht nicht um Arbeitsplätze und um den Gebrauchswert der Kohle. Arbeitsplätze werden vernichtet und die Ausbeutung gesteigert, mit der Kohle wird Raubbau getrieben bis hin zu den Projekten, im großen Maßstab Kohle unter Tage abzubrennen. Um was anderes sollte es in einem imperialistischen Programm auch gehen als um den Profit? – (Mi-Red)

den Profit? – (Mi-Red)

Mitbestimmung keinen Pfennig wert!

Mit Buhrufen und Pfiffen ist der Arbeitsdirektor Sporbeck auf der Betriebsversammlung der Klöckner-Hütte Bremen von den Arbeitern empfangen worden. Er waltete seines Amtes. Er hat die auf der Hütte geplanten Entlassungen durchzusetzen. Zu diesem Zweck hat er einen Sozialplan angekündigt. Die Arbeiter und Angestellten wissen, woran sie mit Sporbeck sind. Sie haben vieljährige Erfahrungen. Sporbeck ist eine Segnung, die aus der Montan-Mitbestimmung hervorgeht.

Sporbecks, Arbeitsdirektoren, Mitglieder der IG Metall und offizielle Vertreter der Kapitalisten in ihrem Kampf gegen die Arbeiter, das gibt es im ganzen Montanbereich, im Bergbau und in der Stahlindustrie. Die Arbeitsdirektoren sind zugleich Mitglieder des Kapitalistenverbandes, und einige von ihnen sitzen im Vorstand des Kapitalistenverbandes. Für die Arbeiter hat die Mitbestimmung im Montanbereich nur Verwirrung gebracht, sonst nichts. Kaum eine Industrie, in der in den Jahren seit dem Krieg so rationalisiert worden ist, so Entlassungen durchgeführt, so die Leistung pro Mann erhöht und die Löhne so gesenkt worden sind, wie im Montanbereich. Kämpfe dagegen haben die IG Metall und die IG Bergbau, wenn sie sie nicht von vornherein verhindern konnten, noch jedesmal vor der Entscheidung unterdrückt. Mit Hilfe der Mitbestimmung hätten sie das Beste herausgeholt, mehr als durch Kämpfe zustandegebracht werden könnte. So wird auch versucht, den Kampf gegen die jüngste Entlassungswelle in der Stahlindustrie zu unterlaufen und zu spalten. Dabei wird auf die Hoffnung der Arbeiter gesetzt, nochmal um den Kampf herumzukommen. Jedesmal hat sich dann am Ende ihre Lage noch einmal ein Stück verschlechtert.

In der Stahlindustrie steht jetzt der Tarifkampf bevor und es ist deutlich, daß die Stahlarbeiter eine hohe Forderung aufstellen und durchsetzen müssen, wenn sie sich nicht weiter drücken lassen wollen: relativ und absolut. 473 DM brutto pro Woche verdient heute ein Stahlarbeiter im Durchschnitt laut amtlicher Statistik. Die meisten wesentlich weniger. Da sind alle Zulagen drin, und dahinter verbirgt sich Contischicht und immer unerträglichere Tonnenleistung pro Mann und Schicht.

Letztes Jahr hat es geheißen, man müßte Lohnverzicht machen, dann könnten in der mitbestimmten Stahlindustrie die Arbeitsplätze gesichert werden. Jetzt haben die Stahlarbeiter Lohnabbau und Entlassungen. Dies Argument wird diesmal nicht mehr ziehen.

Was wird es diesmal heißen, um den Lohnkampf zu fesseln? Es wird heißen, die Arbeiter müßten die Montan-Mitbestimmung verteidigen. Um zu beweisen, wie verteidigungswürdig die Montan-Mitbestimmung im Interesse der gesamten Gesellschaft sei, müsse man halt im Lohnkampf nochmal zurückstecken. Dies verlange die Situation.

Ermöglicht wird dieses Manöver durch die Verfassungsklage des Bundesverbandes der Arbeitgeber (BdA) gegen das Mitbestimmungsgesetz, wie es für den Rest der Industrie im letzten Jahr vom Bundestag verabschiedet worden ist. Die Klage richtet sich gegen die „Einschränkung der Gegnerfreiheit" durch die Mitbestimmung. Durch die Mitbestimmung, insbesondere durch die von der IGM geforderte Einführung eines Arbeitsdirektors à la Montanbereich würden die Kapitalistenverbände in ihrer Kampffähigkeit zersetzt. Eugen Loderer in der Metall: „Mitbestimmungspolitisch betrachtet richtet sich die Arbeitgeberattacke gegen die Einrichtung des Arbeitsdirektors im allgemeinen und damit ganz offensichtlich auch gegen die Montan-Mitbestimmung." Vetter weist darauf hin, daß die Mitbestimmung in einer Zeit entstanden ist, „als wir den Grundstein für diese Bundesrepublik gelegt haben". „Und daran lassen wir nicht tasten."

Es ist schon sicher: im Tarifkampf werden die Stahlarbeiter zu hören kriegen, sie müßten gemeinsam mit den Stahlkapitalisten die Montan-Mitbestimmung gegen den Scharfmacher Schleyer verteidigen. Die beste Verteidigung aber sei ein Lohnabschluß, der der „schwierigen Lage" in der Stahlindustrie gerecht wird. Es soll diesem Ansinnen dann nicht besser ergehen, als dem Arbeitsdirektor Sporbeck auf der Betriebsversammlung der Klöckner-Hütte. – (Z-Red.)

Imperialistische Forschungsaufträge

„Erdöl ist Rohstoff. Es kann auch Waffe sein und wurde als Waffe benutzt. Die Abhängigkeit von den Förderländern müssen wir stetig vermindern." (Riesenhuber, CDU, während der Energiedebatte im Bundestag, 15.6.1977)

Der Kampf der erdölproduzierenden Länder gegen die imperialistischen Raubzüge sitzt den westdeutschen Imperialisten tief in den Knochen. Ihre Bestrebungen, den Kampf der Völker der Dritten Welt zu unterdrücken und ganz von den Reichtümern dieser Länder Besitz zu ergreifen, wird darum um so heftiger. Sie reagieren darauf mit der Forderung nach „Sicherung der Energie" mit dem Kernenergieprogramm. Jedoch „die eingetretenen Verzögerungen beim Bau von Kernkraftwerken" haben die Bundesregierung veranlaßt, im Rahmen eines „Programms zur Energieforschung" das „Entwicklungsvorhaben umweltfreundliche Steinkohlekraftwerke" vorzulegen, in dem es heißt:

„Steinkohle wird in Zukunft in der Bundesrepublik und weltweit an Bedeutung gewinnen. Langfristig wird die Umwandlung der Kohle in flüssige und gasförmige Energieträger neue Märkte für die Kohle erschließen", weshalb „von unseren Kohlevorräten nichts wegen kurzfristiger Überlegungen aufgegeben werden" darf.

Aus Kohle soll Gas, Benzin und Öl gewonnen werden, wozu die Bundesregierung Forschungsgelder aus Steuern von 940 Millionen DM bis 1980 veranschlagt hat.

„Bis zum Beginn der 90er Jahre wird die Kohle allerdings überwiegend in der Kraftwirtschaft eingesetzt werden"; bis dahin soll der Forschungsauftrag erfüllt sein, denn „mit dem Vordringen der Kernenergie wird die Steinkohle eine andere Aufgabe im System der Elektrizitätsversorgung einnehmen. Kernkraftwerke werden den Grundlastbereich bedienen, Steinkohlekraftwerke den Mittelbereich und die Spitzen des Strombedarfs."

Zur Umwandlung von Kohle in Öl soll Kernenergie angewandt und das imperialistische Energieprogramm abgerundet werden.

„Bei der Kohleverflüssigung kann in Deutschland an wissenschaftliche und technische Erfahrungen früherer Jahre angeknüpft werden, ... die ... Fischer-Tropsch-Synthese."

Der „Brockhaus" schreibt unter „Fischer-Tropsch" u.a.:

„Von 1936 bis 1939 wurden in Westdeutschland 6 Werke mit einer Kapazität von 370 000 t/J gebaut, und in Ostdeutschland 3 Werke mit 236 000 t/J. Das ursprüngliche Ziel, Treibstoff zu erzeugen ..."

Was Hitler in der Vorbereitung des zweiten imperialistischen Weltkrieges zur „Sicherung der Energie" betrieben hat, will die SPD-FDP-Regierung jetzt zu Ende bringen. In der Vorbereitung des Krieges um die Reichtümer anderer Völker, um die *langfristige* Sicherung der Energie durch direkte Inbesitznahme der Ölquellen sichern die westdeutschen Imperialisten *mittelfristig* ihre Energie, um diesen Krieg erfolgreich führen zu können.

„Die Fischer-Tropsch-Synthese wird zur Zeit noch großtechnisch in Südafrika durchgeführt. Diese Anlage (ist) Mitte der 50er Jahre im wesentlichen mit deutschen Kenntnissen und Erfahrungen errichtet worden ..."

So haben die westdeutschen Imperialisten bereits für das notwendige Benzin und Öl für ihre Fregatten gesorgt, wenn sie sie einsetzen im militärischen Kampf um das südliche Afrika.

Die sozialdemokratische Propaganda, die dieses Programm begleiten wird, kann man jetzt bereits mit hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit voraussagen. Als erstes werden sie behaupten, das Programm wäre dazu da, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wo Rationalisierung, Lohnraub und Raubbau im Abbau der Kohle nicht zu Höchstprofiten betrieben werden kann, werden sie sich nach anderen Quellen umsehen:

„In Anbetracht der voraussehbaren Energie – und damit auch Kohlenknappheit in den achtziger Jahren wird der Importkohle wieder wesentlich mehr Bedeutung zukommen als in den vorangegangenen Jahren." (Handelsblatt, 11.7.1977)

Auf dem Fuße folgen wird dann das Argument, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Sicherung der Energie das Interesse der Arbeiter und der Volksmassen sei, weshalb das Programm überhaupt nur betrieben würde. Deshalb müßten sie jetzt aber dafür zahlen:

„Meine Damen und Herren, andere Stichworte in diesem Kapitel wie beispielsweise Einfluß über die Energiepreise ... oder Verstärkung energiesparender Elemente in den Stromtarifen oder Kraftfahrzeugbesteuerung müssen realistisch ausgelotet werden." (Schmidt (Wattenscheid), SPD, während der Energiedebatte im Bundestag, 15.6.1977)

Eine ganze Latte von Tarif- und Preiserhöhungen bereiten die Sozialdemokraten bereits vor zur Finanzierung des imperialistischen Energieprogramms. Das dritte Verstromungsgesetz vom letzten Jahr hat eine zusätzliche Erhöhung der Stromtarife von 4,5% gebracht, den sogenannten Kohle„pfennig".

„Dazu Bund (Vorsitzender der Ruhrkohle AG): ‚Die Konturen eines großen weltweiten Kohlegeschäfts zeichnen sich ab.' (...) Für ihn gibt es nicht die geringsten Zweifel, daß die Zukunft der Steinkohle noch gar nicht begonnen hat. Aber in den 80er Jahren wird sie anbrechen, und das rechtfertigt für ihn die finanziellen Opfer der Steuerzahler und Stromverbraucher, Opfer, die 1976 der Ruhrkohle auch in Form der ‚normalen Subventionen' von 418 ... Mill. DM zugeflossen sind. Das waren pro Tonne 7 Mark." (Süddeutsche Zeitung, 23.6.1977)

7 Mark pro Tonne haben die Kapitalisten im letzten Jahr kassiert, das macht auf die gesamte geförderte Tonnenzahl von 96 Millionen 672 Millionen DM, die sie extra einstecken konnten. Dies ist der Kohlepfennig, den die Arbeiterklasse zahlt, und über die Steuern, die der imperialistische Staat ihr abpreßt, zahlt sie auch die 6,5 Milliarden DM, die für das imperialistische Energieforschungsprogramm bis 1980 der SPD-FDP-Regierung veranschlagt worden sind. – (Z-Red.)

„Ein schwarz grundiertes, mit den Konsum-Emblemen unserer Zeit tätowiertes Flugzeug“

documenta 6 in Kassel / Wie „Neuerer“ der bürgerlichen Künste der Jugend den Weg weg vom Kampf gegen die Bourgeoisherrschaft weisen wollen

„In der Welt von heute ist jede Kultur, jede Literatur und Kunst einer bestimmten Klasse zugehörig, einer bestimmten politischen Linie verpflichtet. Eine Kunst um der Kunst willen, eine über den Klassen stehende Kunst, eine Kunst, die neben der Politik einherginge oder unabhängig von ihr wäre, gibt es in Wirklichkeit nicht.“ (Mao Tsetung)

Auf den ersten Blick scheint das bei der „besten zeitgenössischen Kunstausstellung der Welt“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), der Documenta 6 in Kassel, die seit drei Wochen eröffnet ist, nicht der Fall zu sein.

Politiker, Kunstkritiker und Feuilletonisten schwärmen „von einem der wenigen Freiheitspunkte der Welt, wo die internationale Kunstszene gezeigt werden kann“. (Dr. Rolf Lucas, Geschäftsführer der Documenta GmbH und Fraktionsvorsitzender der CDU in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung)

„Die heftigen und kontroversen Diskussionen vor der Ausstellung, die weiten unterschiedlichen Felder und ihre Entsprechungen, die komplementären Techniken, Aussagen und Aussageformen signalisieren eine ungewöhnliche Konzentration des künstlerischen Schaffens und Gestaltung der Gegenwart aus aller Welt.“ (Hans Eichel, Kasseler Oberbürgermeister und Aufsichtsrat der Kasseler Documenta GmbH, in seinem Vorwort zum Katalog der Ausstellung)



„Joseph Beuys baut seine Honigpumpe auf, deren Schläuche bis in die Kuppel des Museums Fridericianum reichen“, heißt es im „Handelsblatt“ auf der Seite „Kunstmarkt“ wohlwollend unter diesem Bild. Beuys sagt über sich: „Ich habe gar kein Interesse, irgend etwas zu kritisieren.“

wohlwollend unter diesem Bild. Beuys sagt über sich: „Ich habe gar kein Interesse, irgend etwas zu kritisieren.“

„Die sechste Ausgabe dieses deutschen Renommierunternehmens hat den Mut zur Offenheit zu Widersprüchen und zu einem Pluralismus, der für strenge Kritiker sicher an Unverbindlichkeit und Charakterschwäche grenzt“, lobt der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ die „100 Tage Kunst und Medien“ in Kassel.

Einer Klasse zugehörig? Nein, klassenübergreifend, vielfältig aus aller Welt, das ist der Tenor der Stellungnahmen über die größte Kunstschau der Welt.

Dieser schöne Schein zerbricht jedoch schnell. Man braucht nur die ersten Seiten des Kataloges aufzuschlagen, um zu sehen, wem die Documenta wirklich dient. Unter der Überschrift „Förderer und Spender und Leihgeber“ findet sich dort eine drei Seiten lange Liste von Deutsche Bank bis General Motors und Thyssen AG.

Warum fördern diese Bourgeois die Documenta, wegen der Schönheit der Kunst? Nein, was die Documenta förderungswürdig macht, ist der ideologische Angriff, der mit deren Hilfe auf die Arbeiterklasse und die Volksmassen gefahren wird. Der riesige Propagandarummel für die Ideologie der herrschenden Klasse. Die „Bild“-Zeitung hat diesen Propagandarummel frühzeitig vorbereitet. „Das Loch“ des Künstlers Walter de Maria hat ihnen dazu als Aufhänger gedient. Unter der Überschrift „Das Loch von Kassel – Ganz Deutschland protestiert“, „Magistrat soll zum Irrenarzt“, hat sie der Documenta Publizität verschafft.

Über 2 000 Besucher haben im Durchschnitt täglich die Documenta besucht. Auffallend viele Schulklassen sammeln sich täglich vor den Ausstellungsräumen, die mit Bussen aus ganz Westdeutschland und Europa angereist kommen.

Die Kultusministerien wissen, warum sie die Schulen anhalten, die Documenta zu besuchen. Sie müssen die Jugend für die Ziele der Bourgeoisie gewinnen und verhindern, daß sie den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die proletarische Revolution führt.

Die Ziele der Bourgeoisie können nicht offen hinausposaunt werden, es kommt vielmehr darauf an, anknüpfend an bestimmten Erscheinungen des Kapitals von der Grundlage aller Übel in dieser Gesellschaft abzulenken, von der Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten. Das ist auch bei dem „Loch“ so. Walter de Maria läßt auf dem Friedrichsplatz vor einem der Ausstellungsgebäude ein tausend Meter tiefes Loch bohren und darin eine tausend Meter lange Messingstange versenken. Von diesem Stab, 16 Tonnen schwer, wird nur noch der Durchmesser von 5 Zentimetern zu sehen sein. „Was unser industrielles Zeitalter braucht, holt es doch aus der Erde: Mineralien, Metalle, Brennstoffe. Es scheint mir sehr zeitgemäß, in die Erde zu gehen, man darf nicht immer nur nehmen, sondern muß auch geben.“ „Zeitgemäß“ ist es wirklich. Die Kritik am Raubbau der Natur, den die Kapitalistenklasse betreibt, und an der Ausplünderung der Reichtümer der Völker und Länder der Dritten Welt, muß aufgefangen werden. Mit Hilfe der Kunst der Erde was geben, einen Bohrturm aufstellen und ein Loch bohren lassen, nicht um Rohstoffe für die kapitalistische Profitwirtschaft zu rauben, sondern ihr per Kunst ein Produkt, hergestellt aus Rohstoffen, zuzuführen, das hat wohl auch den amerikanischen Ölkonzernen so gut gefallen, daß sie dieses Projekt finanziert haben, abgesehen davon, daß sie das Geld über ihre Galerien zweimal wieder reinholen.

Nicht die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, sondern die schlimmen modernen Produktionsmittel und die Technik sind das Entscheidende, das soll dabei herauskommen. Noch deutlicher wird das an einer Aktion des Künstlers H.A. Schult „Crash“:

„Ein schwarz grundiertes, mit den Konsum-Emblemen unserer Zeit tätowiertes Flugzeug kreist über einer amerikanischen Wegwerf-Landschaft. Eine weiße Linie hat ein quadratkilometergroßes Stück der Verwesungs-Landschaft eingefaßt. In der Draufsicht aus Flughöhe ist das Bild einer Erdwiese entstanden, auf welcher die Blumen der Zivilisation ihre ganze Pracht zeigen. Der Pilot des Flugzeugs kreist über dem Bild, läßt das Benzin ab und setzt zum Sturzflug an. Er verläßt die Maschine und auf einem sich öffnenden Fallschirm entfaltet sich das Bildsignal eines Medien-Idols der Jetzt-Zeit. Der Flugapparat stürzt vorprogrammiert in das Bildquadrat und zerstört sich. Seine Reste werden direkt nach dem Aufschlag von vier Riesenprothesen, jenen Maschinenmutationen, welche die Menschheit allerorten bedrohend umklammern, begraben. Ein Denk-Mal unserer Zeit wird für wenige Augen-Blicke miterlebbar. Die Erinnerung an die komprimierte Aktion wird durch eine Texttafel am Ort des Geschehens dokumentiert. Diese Tafel soll als Assoziationsstartrampe dienen für zukünftige archäologische Reisen in das Innere heutiger Konsumlandschaften, in deren Verlauf wird auch jenes Flugzeug gefunden, welches im Sommer 1977 auf Absturzkurs gebracht wurde und seitdem im wachsenden Konsumberg gleichsam ein inneres Monument abgibt. Gleichzeitig findet in einem Denkmal des 18. Jahrhunderts, im Sockelgeschoß des Herkules, dem Okdogon, eine ‚Nacht aus Amerika‘ statt. In deren Verlauf wird die Crash-Aktion aus USA über Satellit live übertragen.“

Jene „Maschinenmutationen, die die Menschheit allerorten bedrohend umklammern“. Welcher Arbeiter, der täglich in der Fabrik zum Anhängsel der Maschine wird, sollte da nicht zustimmen? Diese Maschinenmutationen sind grausam und umklammern uns täglich. Nicht die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten auf der Grundlage des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln ist das Entscheidende. Nein, die „Maschinenmutationen“ sind das Grauenvolle an unserer Zeit. „Heute ist die wichtigste soziale Frage vielleicht nicht mehr der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern eher der zwischen dem Zeitrhythmus von Menschen und Maschinen.“ So beschreibt der „Video Künstler“ Nam June Paik diese Ideologie, und er zeigt „Auswege“. Inmitten einer tropischen Gartenlandschaft hat er seine Videoanlagen hineingesetzt und läßt nach Rockmusik auf Bildschirmen stilisierte Tänzer flackern. Die Aufnahme eines ganzen Ausstellungszweiges „Utopisches Design“ ergänzt diese Auffassung glänzend. Dort wird der Lancia Stratos Prototyp der Karosseriefirma Bertone in Turin gezeigt. „Sie sind insoweit unabhängig, als sie nicht Bestandteil oder Abteilung eines Unternehmens sind. Ihre vergleichsweise bescheidene Größe, ihr Werkstattcharakter und ihre zum Teil noch handwerkliche Arbeitsweise scheinen ein Klima zu erzeugen, das die designerische Phantasie und die individuell kreative Arbeit begünstigt und Ergebnisse hervorbringt, die wegen ihrer formalen und das heißt ästhetischen Qualität berühmt sind.“

Gegenübergestellt wird dem eine „Dokumentation des heutigen Automobildesignprozesses“ der Ford Motor Company Detroit und der General Motors Detroit, bei denen „der Computer herrscht“.

Genauso wie alle Kritik an der Verstümmelung des Arbeiters in einen Teilmenschen, seiner Entwürdigung zum Anhängsel der Maschine, an der Vergrößerung seiner Arbeitsqual und der Vernichtung des Inhalts seiner Ar-

der Vernichtung des Inhalts seiner Ar-

beit, an der Entfremdung der geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, an dem Verunstalten der Bedingungen, innerhalb deren er arbeitet, das mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise einhergeht, durch die Kritik an den „schlimmen Produktionsmitteln“ aufgefangen werden soll und die Eigentumsfrage zudecken soll, so soll die Kritik am politischen Herrschaftsapparat der Bourgeoisie durch Manipulation von Bewußtsein reduziert werden und an die Stelle der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse durch die proletarische Revolution die Befreiung von der Manipulation durch die Medien gesetzt werden.

Federführend dabei sind Klaus Staeck, SPD-Plakatkünstler, Joseph Beuys mit seiner Freien Internationalen Universität für Kreativität und interdisziplinäre Forschung und Wolf Vostell mit seinem „Haus der Tauben“. Vostells Raum „Haus der Tauben“ ist mit schwarzem Ölwasser gefüllt und erinnert an einen Luftschutzkeller oder ein unterirdisches Kanalsystem. Links und rechts sind Bildtafeln angebracht, auf denen prügelnde Polizisten und andere Gewaltszenen sowie großformatige zerrissene Pin-up-Fotos zu sehen sind, in die Fernsehschirme eingebaut sind, auf denen ein Starfighter zu sehen ist. „Mit Taschenlampe kann man durch das Wasser waten dicht an die Bilder – sich bewußt werden in einer Chaossituation“, schreibt Vostell selbst dazu. Grausam diese Gewalt und diese Waffen, das ist es, was einem „bewußt“ werden soll. Vostell greift die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten direkt auf und lenkt sie auf die Waffen und das Chaos, was angeblich diese moderne Technik produziert. Das Dialektische daran sei, daß so ein Flugzeug wie „der schöne Schein“ dastehen kann und gleichzeitig der Auslöser einer „Chaossituation“ (zum Beispiel Flugzeugabsturz) sein kann.

Genauso wie Vostell alle Gewalt schlechthin verurteilt und die Gewalt, die in den Dingen stecke, anprangert, so greift Beuys den Herrschaftsapparat insgesamt an und bringt den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital darauf herunter, daß „die Medien den Menschen nicht gleichberechtigt zur Verfügung stehen“. Deshalb liege innerhalb der modernen Gesellschaft zweifellos ein Charakterzug, der im Sinne machtpolitischer Interessen die Menschen manipuliert.“ Daher sei es notwendig, die Medien zu befreien, dann könne sich die Menschheit insgesamt befreien. „Erst unter der Bedingung einer radikalen Begriffserweiterung gerät Kunst und die Arbeit mit ihr in die Möglichkeit, heute das zu bewirken, was beweist, daß sie die einzig bewirkende, evolutionäre-revolutionäre Kraft ist, die fähig wird, repressive Wirkungen eines vergreisten und auf der Todeslinie weiter wurstelnden Gesellschaftssystems zu entbilden, um zu bilden: *einen sozialen Organismus als Kunstwerk.* Diese modernste Kunstdisziplin Soziale Plastik, Soziale Architektur, wird erst dann in vollkommener Weise in Erscheinung treten, wenn der letzte lebende Mensch auf dieser Erde zu einem Mitgestalter, einem Plastiker oder Architekten am sozialen Organismus geworden ist. Dann erst würden die Forderungen der Aktionskunst von *Fluxus* und Happening nach Mitspiel ihre volle Erfüllung finden, dann erst wäre Demokratie voll verwirklicht. Nur ein so revolutionierter Kunstbegriff kann zu einer politischen Produktivität werden, die durch jeden einzelnen Menschen hindurch sich vollzieht und Geschichte macht.“

Und Staeck bläst in dasselbe Horn: „Was ich vermitteln will? Ich möchte versuchen, ein kritisches Sehen zu vermitteln, daß die Manipulation, die ständig über die Medien läuft, ein wenig eingeschränkt wird, daß der einzelne die Manipulation besser durchschaut... bestimmten Minderheiten Gehör zu verschaffen, die in der Regel in der großen Medienlandschaft nicht zu Wort kommen ... die sonst nicht die Möglichkeit haben, gehört zu werden.“

„Hunderte von Sammlern und Kritikern aus aller Welt bekräftigen bei der Pressekonferenz und Eröffnung die ungebrochene Attraktivität“ der Documenta (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat auch gleich zusammengefaßt, was diese Documenta für die Bourgeoisie so attraktiv macht:

„Im Labyrinth des Fridericianums (Ausstellungshalle) haben gottlob die Künstler mit ihrem Irrationalismus und ihrer Phantastik die Macht der Technik besiegt“, und Bundespräsident Scheel bekräftigt, was das Entscheidende für die Bourgeoisie ist: „Was der Künstler für alle zu leisten vermag. In der Gestalt des Kunstwerkes wird dem einzelnen Betrachter anschaubar, daß die freie Selbstverwirklichung auch in einer pluralistischen Gesellschaft möglich und sinnvoll ist. Auch wenn der einzelne das Kunstwerk nicht ‚versteht‘, so vermittelt es ihm doch eine Ahnung von seiner eigenen möglichen höheren Freiheit.“

Lenin hat schon 1905 beschrieben, was von dieser Freiheit des Künstlers als Vorbild aller bürgerlichen Freiheit zu halten ist:

„In einer Gesellschaft, die sich auf die Macht des Geldes gründet, in einer Gesellschaft, in der die Massen der Werktätigen ein Bettlerdasein und das Häuflein Reicher ein Schmarotzerleben führen, kann es keine reale und wirkliche ‚Freiheit‘ geben. Herr Schriftsteller, sind Sie frei von Ihrem bürgerlichen Verleger? Von Ihrem bürgerlichen Publikum, das von Ihnen Pornographie in Rahmen und Bildern und Prostitution als ‚Ergänzung‘ zur ‚heiligen‘ Bühnenkunst fordert? Diese absolute Freiheit ist doch eine bürgerliche oder anarchistische Phrase. Man kann nicht zugleich in der Gesellschaft leben und von ihr frei sein. Die Freiheit des bürgerlichen Schriftstellers, des Künstlers und der Schauspielerin ist nur die maskierte Abhängigkeit vom Geldsack, vom Bestochen- und vom Ausgehaltenwerden.

Und wir Sozialisten entlarven diese Heuchelei, reißen die falschen Aushängeschilder herunter, nicht um eine klassenfreie Literatur und Kunst zu erhalten (das wird erst in der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft möglich sein), sondern um der heuchlerisch freien, in Wirklichkeit aber mit der Bourgeoisie verbundenen Literatur die wirklich freie, offen mit dem Proletariat verbundene Literatur gegenüberzustellen“ (Lenin) – (wg, Bezirk Nordhessen)

